24. Januar 1991

INTERIM

auswärts 2,50 DM

Nr. 131

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

VORWORT

Seit einer Woche läuft schon der imperialistische Krieg gegen Irak. Was "Krieg" gegen Irak" heißt ist nun die Frage. Bevor die erste Bombe auf Bagdad fiel hatte der Krieg für Millionen schon angefangen. Seien es die Menschen, die die Kriegsländer und ihre Lebensexistenz verlassen mußten, die Kurden in der Türkei, deren Heimat vollständig militarisiert wurde, oder die Menschen im Trikont, die von den wirtschaftlichen Schockwellen der Ereignisse erschüttert wurden. Dieser "Krieg" ist die Fortsetzung von einem Prozeß, der hunderte von Jahren alt ist.
Was von den bürgerlichen Medien als neuer Typus vom Krieg, "schnell und sauber", fast "menschlich" dargestellt wird, entlarvt sich als das was es ist: Krieg. Je erschreckender uns die Dimensionen dieses Krieges klar werden, umso mehr versuchen die Medien die Geschehnisse in den Bereich des Alltäglichen zu verdrängen. Wie zu erwarten, geht die Kriegszensur nicht nur von den US-Militärs aus, sondern auch hier durch unsere Medien. In der BRD (und weltweit) gibt es einen breiten Protest und Widerstand gegen diesen Krieg, was in den bürgerlichen Medien kaum wiederzufinden ist.
In Berlin scheint das autonome/anti-imperialistische Spektrum nicht aus der Hüfte zu kommen. Unsere Mobilisierung läuft zaghaft an: Zusammenhänge finden erst wieder zueinander, Strukturen werden wiederhergestellt. Wir versuchen unsere Parolen von "Kein ruhiges Hinterland" oder "Sand im Getriebe des Imperialismus" nun mit Praxis zu füllen. Ob das gelingt, müssen die nächsten Wochen (oder Monate) noch zeigen. Wenn wir ehrlich sind, hat unser Anfangschaos (siehe VV vom Dienstag) uns schon öfters einen gewissen Schutz vor der Repression geboten.
Ebenso unklar ist unser Verhältnis zu den anderen Linken; z.B. ob wir gegen, parallel, oder ergänzend vorgehen vorgehen. Was die Spaltung angeht steht die TAZ zu ihrem System. Ob es diesmal gelingt wird sich noch herausstellen. Es sind besondere Zeiten und fraglich ist, ob die alten Formeln noch greifen.
Beim Lesen dieser Nummer wird euch auffallen, daß sie schlecht ist. Die Schwäche von dem Konzept der **INTERIM** war immer, daß der Widerspruch zwischen Zeitungherausgeben und Beteiligung am Kampf nicht aufzuheben ist. Bei der IWF-Kampagne haben wir zugemacht. Jetzt machen wir ein Notdienst. Ihr aber auch. Es waren kaum Beiträge im Briefkasten. Ein Photo für die Titelseite zu ergattern, wurde zum äußerst schwierigen Unternehmen. Wir selbst wissen nicht wie es weitergehen wird.
Aus der PROWO-Ecke soll eine Antikriegszeitung zweimal wöchentlich erscheinen. Wir freuen uns, daß sie diese Aufgabe übernommen haben, um die Menge von unterdrückten Nachrichten weiterzuleiten. Da sie in der Legalität arbeiten, haben sie die Möglichkeit, eine weitaus bessere Logistik aufzubauen. Die erste Nummer soll gleichzeitig mit dieser erscheinen. Falls wir in den nächsten Wochen nicht erscheinen, wereden wir versuchen, diese Zeitung an die außerberlinischen AbonenntInnen zu vertreiben. Sollten wir aber weitermachen wollen wir ein bundesweites Format annehmen. Das heißt, daß ihr uns Berichterstattungen über das was bei euch läuft wöchentlich (Beiträge müssen bis Dienstag in Berlin sein) zuschicken solltet. Wir wollen keine Berichte, die in ausufernden Analysen eingerahmt sind, sondern sowas ähnliches wie der Beitrag aus Italien in dieser Nummer. Strategiediskussion zum weiteren Vorgehen, Analysen und Hintergrundberichte gehören ebenfalls zu unseren Vorstellungen für die nächste Ausgaben. Wir werden uns auch bemühen, daß die Zeitung in anderen Städten früher ankommt.
Viele von euch werden sich fragen warum wir den Artikel "Wenn Kreuzfahrer und Assassinen sich zusammentun, muß das Volk sich in acht nehmen" von uns abgedruckt wurde. Unter dem Motto "Kampf den Mehrheitsentscheidungen" haben wir uns dazu durchgerungen. Eine Analyse mit der Aussage, daß es keinen konventionellen Krieg am Golf geben wird, und daß die USA kein Interesse daran hat, Saddam und die Ba'ath Partei zu entmachten, leidet an glaubwürdigkeit. Inhaltlich gibt es weitere Widersprüche. Es sollen aber auch "interessante Thesen" drinstecken. Mag sein. Nicht daß ihr wieder denkt, wir würden damit politisch Farbe bekennen.

Techniks

AZś:Wir wollten euren Beitrag im Zusammenhang mit Anderen abdrucken. Nun ist in der 130. Danke für das Vertrauen

Wahre Heinos: Aus Erfahrung haben sich die Waahren nie mit einem 3 Zeiler eine solche Frage abgetan.
Eure fehlende Sachlichkeit lässt an eurer politischen Integrität zweifeln. Schaden wir also dem Markenzeichen nicht weiter.

Medicos:Oft genug haben wir gemäkelt das nicht anderthalbzeilig geschrieben werden soll

VerechnungsscheckliebhaberInnen: Von uns aus könntet ihr eure Opa und Oma in Tützing mit Verrechnungsschecks beglücken. Bloß uns nicht. **SCHICK NUR BAR!!** Sonst vernichten wir eure Schecks uns senden euch keine Zeitungen

Projektils (aus Münster): Da ich diese Zeitung allein betreibe, brauche ich keine 10 Exemplare uerer Zeitung. Eins reicht. Danke.

Noch ein kleiner Nachtrag zur Erklärung der "Kill a Multi" zum Anschlag auf die Deutscxhen Bank Filialen in der Interim Nr.130 (letzte Woche) auf Seite 6.
Wir haben einen Teil der Erklärung zensiert. Und zwar die Rezeptur und Bauanleitung für die Säurezünder der Brandsätze. Wir haben nicht gleich was dazu geschrieben, weil wir uns erst noch sachkundig machen mußten, aber so wie die ganze Geschichte im Tagesspiegel berichtet wurde, fanden wir es falsch die Anleitung zu veröffentlichen. DIeser Eindruck hat sich nach unseren weiteren "Recherchen" verfestigt.
Also: Wir sind der Meinung, daß Säurezünder zeitlich zu ungenau arbeiten, um eine Gefährdung von Menschen auszuschließen.Wir gehen auch davon aus, daß die Dinger **nachts im Briefkasten** hochgehen sollten und nicht am anderen Morgen in den Händen eines Bankfuzzies oder in der Brieföffnungmaschine.
Solche Schwierigkeiten gabauch schon im Dez 87, als in Hamburg eine ganze Reihe von Kaufhäusern mit mit ähnlich gebauten Zündern flambiert wurden.
Wir finden es falsch, solche "gewagten" Bauanleitungen zu veröffentlichen und werden es auch in Zukunft nicht machen.

Inhalt:

Ordner:

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

REDEBEITRAG GROSSDEMO 12.1.

Kampf dem Krieg am Golf ist für uns keine pazifistische Parole. Sie hat nichts mit einer irgendwie gearteten Friedfertigkeit von uns zu tun. Wir müssen den Kriegstreibern und Konzernen hier zeigen, daß sie bei uns auf entschiedenen Widerstand stoßen. Und zwar bei allen ihren Plänen, ob EG-Großraumpolitik oder Krieg und Verhandlungslösung am Golf. Ihr Konzept des Sozialabbaus und Verarmung hier und Vernichtung für die widerspenstigen Menschen im Trikont muß verhindert werden. Kein ruhiges Hinterland den Konzernen und Großraumstrategen.
Kampf dem Krieg am Golf, das ist für uns auch eine radikale Parole, die über die drohende militärische Auseinandersetzung im Nahen Osten hinausgeht. Wir meinen damit den Krieg, der schon seit längerem gegen die dortige Armutsbevölkerung geführt wird. Und dieser Krieg hat die unterschiedlichsten Gesichter: IWF- und Strukturanpassungsprogramme der Weltbank, Vertreibung und Vernichtung in Flüchtlingslagern, Zerstörung der eigenen Lebensmittelversorgung oder die UNO-Hungerblockade gegen die irakische Bevölkerung.
In Palästina und Kurdistan läuft der Befreiungskampf dagegen schon seit Jahrzehnten. In Marokko, Algerien und Ägypten reißt die Kette der Aufstände gegen das Diktat der Armut kaum ab. In der Türkei finden aktuell die größten Streikbewegungen seit dem Militärputsch 1980 statt. Im Südsudan, Äthiopien und Somalia gibt es Aufstandsbewegungen von enormen Ausmaßen gegen die herrschende Unterdrückung.
Die imperialistische Kontrolle ist dadurch ernsthaft in Gefahr geraten. Eine wichtige Rolle in den sozialen Auseinandersetzungen nehmen die Millionen von entrechteten und ausgebeuteten MigratInnen ein. Sie, denen die imperialistische Ausbeutung die Überlebensmöglichkeiten in ihren Heimatregionen zerstört hat, sind auf der Suche nach Einkommen und Überlebensmöglichkeiten aus der arabischen Region, aus Pakistan, Indien, den Philippinen und Südkorea in die Golfstaaten gewandert. Sie sind die Vergessenen im Golfkonflikt.
Spätestens seit dem Sturz des Schahs im Iran 1979 zeigt sich, daß es keine stabile Herrschaftsabsicherung in der Region für die Interessen der imperialistischen Staaten mehr gibt. Die nationalen Bourgoisien und Eliten dieser Länder können diesem sozialen Druck nur noch mit brutalster Repression standhalten.
Auch das Terrorregime von Saddam Hussein konnte die Breite Unruhe in der irakischen Bevölkerung nach dem langjährigen Krieg gegen den Iran nicht mehr durch nackte Unterdrückung eindämmen. Die Aneignung des kuwaitischen Öls und die damit verbundene Streichung eines erheblichen Teils der irakischen Auslandsschulden, sollte dem Regime den notwendigen finanziellen Spielraum für die Aufrechterhaltung des militärischen Unterdrückungsapparates und der Nahrungsmittelsubventionen ermöglichen. So war also die Besetzung Kuwaits der Ausweg aus dieser sich abzeichnenden verhängnisvollen Lage. Die drastische Reaktion des US-Imperialismus,

durch die UNO gestützt, mußte die irakische Baath-Partei wohl oder übel in Kauf nehmen.
Die besetzung Kuwaits war für die USA und ihre Verbündeten der willkommene Anlaß endlich im Nahem Osten Flagge zu zeigen. Sowohl Vernichtungskrieg mit hunderttausenden Toten, als auch die mögliche Verhandlungslösung gehören zur Strategie des internationalen Kapitals, um eine mittelfristige Stabilität der Region zu erreichen. Die militärische Konfrontation beinhaltet für die NATO die Gefahr,daß der Krieg nicht auf den Irak begrenzt bleibt und die militärische Entscheidung nicht in einigen Wochen, sondern erst in Monaten oder Jahren fällt. Die Verfügungsgewalt über das Öl wäre damit unsicher geworden. Dies und die Zuspitzung der sozialen Gegensätze in den USA, gekoppelt an die Ökonomische Krise, machen den militärischen Krieg für die US-Strategen sehr schwierig.

Sicher,wir sind mehr als erleichtert, wenn der offene militärische Krieg ausbleibt. Aber illusionär wäre es zu glauben, daß eine Verhandlungslösung, ein Kompromiß zwischen den USA und dem irakischen Regime, den alltäglichen Krieg gegen die Bevölkerung beendet.Denn es geht um eine längerfristige Kontrolle der Region. Und die imperialistischen Staaten werden ihre Option, ob Vernichtungskrieg oder Verhandlungslösung kühl und berechnend davon abhängig machen, welche Lösung effektiver die aufbegehrende Bevölkerung zurückdrängt.
Und ihre Angst ist berechtigt, daß die Zeiten in denen reaktionäre Regime und Militärdiktaturen eine relative Stabilität und den Ölfluß in die Metropolenstaaten gewährleistet haben, vorbei sind. Schon deshalb werden die US-Truppen auch nach dieser Eskalationsphase als Drohung und tatsächliche Einsatztruppe zur Niederwerfung regionaler Aufstände stationiert bleiben.

Die Golfkrise hat aber auch die Krise des linken radikalen Internationalismus deutlich gemacht. Die Zeiten, in denen wir uns problemlos auf die richtige Seite stellen konnten sind vorbei. Wobei unseren traditionellen Vorstellungen vom Befreiungskampf die Kämpfe der PalästinenserInnen und KurdInnen noch am nähesten sind. Auch wenn die Probleme schon hier anfangen, was sich in der Begeisterung der PalästinenserInnen für Saddam Hussein ausdrückt.
Aber auch die Brotrevolten und IWF-Riots sind nur die Spitze eines sozialen Aufstandes der Massen in der Region. Denn hinter den Aufständen verbirgt sich ein sozialer Prozeß, eine alltägliche Organisierung des Überlebens, von deren Dimensionen wir uns noch kaum eine Vorstellung machen können. Wir sind mit einem gesellschaftlichen Sprengstoff im Nahen Osten konfrontiert, der seine Ursachen in dem krassen Unterschied zwischen arm und reich, sowohl regional als auch durch die Klassengesellschaften der jeweiligen Länder findet.

Uns scheint, daß eine rassistische Medienhetze, die Islamisierung, Fundamentalismus oder Panarabismus diffamiert, auch bei uns greift. Oder wir uns mit dem Verweis auf"kulturelle Andersartigkeit" und Undurchschaubarkeit zurückziehen. Und tatsächlich ist ein Verstehen und eine Einordnung des Islam aus unserer Metropolensichtweise schwierig. Spätestens seit der iranischen Revolution 1979 ist der Einfluß des Islam auf soziale Bewegungen nicht mehr zu übersehen. Wir wissen auch vom Anwachsen der fundamentalistischen Bewegungen in der Region. Die Bedeutung des Islam als Bezugspunkt für den Kampf gegen die westlich, abendländische Modernisierung der Ausbeutung ist ein Aspekt, der islamische Fundamentalismus als reaktionäre verschärfte patriarchale Ideologie der andere.In diesem widersprüchlichen Spannungsfeld müssen wir unseren Blick schärfen und unsere eurozentristische Sichtweise in Frage stellen.

Natürlich finden wir es gut, daß so viele heute zu dieser Demonstration gekommen sind. Wir befürchten aber, daß allzu viele ihren Protest gegen den Krieg ausschließlich auf den 15. Januar und die Tage danach fixieren. Und damit den gleichen Fehler begehen wie zu Hochzeiten der Friedensbewegung, als ausschließlich die Raketenfrage im Blickfeld stand.
Heuchlerisch ist aber die Unterstützung der Demonstration durch SPD, Gewerkschaften und SED Nachfolgeorganisationen, die die jetzige Situation am Golf mit herbeigeführt haben. Sie haben es in der Vergangenheit, machen es aktuell und werden auch in Zukunft die Ausbeutung des Nahen Ostens mitgestalten.
Auch wir fürchten und hassen die Möglichkeit des Vernichtungskrieges, denken aber, daß unsere Solidarität in jedem Fall notwendig bleibt. Wir haben auf dieser Demonstration gehört, wie die BRD und das deutsche Kapital in diesen Konflikt maßgeblich verwickelt sind. Und genauso wie der Profit aus dem Giftgasgeschäft ist das tägliche Funktionieren der kapitalistischen Normalität hier verantwortlich für die Eskalation in der Golfregion.
Diese Demonstration war erst der Anfang unseres Widerstandes gegen die Kriegstreiber. Wir müssen aus der Rolle des Zuschauers herauskommen. Laßt euch entschlossene Aktionen einfallen.

BLOCKIERT SABOTIERT DESERTIERT

REDEBEITRAG MEDICO INTERNATIONAL

Türkische Soldaten überfallen Dutzende von kurdischen Dörfern, foltern und verschleppen die Bewohner, vernichten ihre Vorräte. Bauern und Hirten sind Freiwild für die türkischen Todesschwadronen. Dörfer werden in Brand gesteckt oder mit Artillerie in Schutt und Asche gelegt. Wälder, Felder, Plantagen und Gärten werden niedergebrannt, Soldaten erschießen Hunderte von Weidetieren. Tausende von kurdischen Dorfbewohnern fliehen aus der irakischen Grenzregion und hausen in Nomadenzelten als völlig mittellose Flüchtlinge im eigenen Land.

Ein Szenario aus dem drohenden Krieg am Golf?

Keineswegs, denn der Krieg hat in Türkei- Kurdistan bereits begonnen.

Nach der irakischen Invasion in Kuweit im August 1990 war die Regierung der Türkei eine der Ersten, die sich am Embargo gegen den Irak beteiligten. Doch es blieb nicht beim Boykott. Sofort wurden 40.000 zusätzliche Soldaten in das irakisch- türkische Grenzgebiet verlegt, wurden Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen für das Militär requiriert. Damit wurde in der Grenzregion zum Irak, dem Zentrum der Kurdischen Aufstandsbewegung in der Türkei, die erdrückende Präsenz der türkischen Truppen noch verstärkt. Hier ist sind die Partisanen der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) so stark, daß die türkische Armee das Gebiet nicht mehr vollständig kontrollieren kann. Aber hier findet auch seit Jahren ein erbarmungsloser Vernichtungsfeldzug gegen die kurdische Bevölkerung statt. Zehntausende von kurdischen Dorfbewohnern wurden von den in der BRD ausgebildetentürkischen Spezialeinheiten vertrieben und bevölkern jetzt die Elendsviertel der kurdischen Kreis- und Provinzstädte. Ihre Wut über den Terror des Militärs und ihre aussichtslose Lage machte sich im Frühjahr 1990 in einem Volksaufstand Luft, der viele Städte und Dörfer im kurdischen Südosten der Türkei erfaßte. Die türkische Regierung reagierte mit einer Verschärfung des Ausnahmezustands, mit Zensur und Verbannung. Doch trotz verschärfter Repression und Nachrichtensperre über den kurdischen Gebieten entwickelte sich die Volksbewegung weiter und konnte die Guerilla ihr Operationsgebiet ausdehnen.

Für die Türkei kam Saddam Husseins Invasion in Kuweit wie gerufen. Sie nutzte ihre neugewonnene Bedeutung als Bollwerk für den Westen, um dem Europarat mitzuteilen, die Menschenrechte in Kurdistan seien fortan "wegen akuter Gefahr für das Fortbestehen der Nation" außer Kraft gesetzt. Kein europäisches Land hat offiziell dagegen protestiert, daß sich die Türkei damit einen Freibrief für ihren schmutzigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung ausgestellt hat. Mit Massenverhaftungen, willkürlichen Morden durch die Sicherheitskräfte und der systematischen Zerstörung der ländlichen Gebiete schützt die Türkei westliche Interessen. Mit den Vorbereitungen auf einen Krieg, die Staatspräsident Özal gegen eine imer größer werdende Opposition, die sich in Streiks und Arbeitswiderstand manifes[tiert,] in der Türkei durchpeitscht, wird ein psychologischer Krieg gegen die kurdische Bevölkerung geführt. Während öffentlich Gasmasken an die Armee verteilt werden, wird den Dorfbewohnern, die die irakischen Giftgasangriffe im August 1988 aus nächster Nähe miterlebt haben, jede Schutzmaßnahme verweigert. Die Bevölkerung der kurdischen Städte weiß, daß sie die ersten Opfer sein werden, wenn irakische Raketen und Giftgasgranaten auf den strategischen Zielen in ihrer Umgebung, auf NATO- Flughäfen und Ölraffinerien niedergehen.

An der irakisch türkischen Grenze stehen sich zwei mit deutscher Hilfe und deutschem Knw- how hochgerüstete Armeen gegenüber, die schon vor Beginn eines möglichen Krieges am Golf der kurdischen Bevölkerung den Krieg erkärt haben. Doch damit nicht genug.

" IN BERLIN

DAIMLER BENZ AG
Niederlassung Berlin: Salzufer 1-5, 1 Berlin 10
Ausstellungsräume: Kurfürstendamm 203, 1 Berlin 15
Produktion, Motoren und Aggregate: Daimlerstr.143, 1 Berlin 48

CARL ZEISS
Zweigniederlassung Berlin: Bayrischer Platz 1, 1 Berlin 30

THYSSEN
Eisen & Stahl GmbH & Engineering: Friedrich Krause Ufer 16, 1/65
Bandstahl GmbH und Service: Berliner Str.19, 1 Berlin 27

AEG
Zentrale: Hohenzollerndamm 150, 1 Berlin 33
Aus- und Weiterbildungszentrum: Sickingenstr.71, 1 Berlin 21

PREUSSAG AG
Zentrale und Handel GmbH: Lützowplatz 11, 1 Berlin 30

DEGUSSA AG
Härterei: Ollenhauer 119, 1 Berlin 51
Chemie/Metall: Schaper Str.18, 1 Berlin 15

PHILLIPS GMBH
Zentrale und Unternehmensbereiche: Martin-Luther-Str.3-7
Apparate Fabrik: Ullsteinstr.73, 1 Berlin 42

MANNESMANN DEMAG
Technik: Kolberger Platz 5, 1 Berlin 33
Handel AG: Telegrafenweg 21, 1 Berlin 20

MANNESMANN REXROTH GmbH
Techn.Büro: Kurfürstendamm 206, 1 Berlin 15
Gießerei: Bismarckstr.12, 1 Berlin 12

HOCHTIEF AG
Zweigniederlassung Berlin: Bayrischer Platz 1, 1 Berlin 30

MAN
Zentrale: Nonnendammallee 1-5, 1 Berlin 20
Service: Tempelhofer Weg 5, 1 Berlin 42/Theodor Heuss-Pl.8

DYNAMIT NOBEL AG
Lützowstr.102, 1 Berlin 30
Produktion: Brunsbütteler Damm 82, 1 Berlin 20
Bauwesen: Emserstr.21, 1 Berlin 20

LEYBOLD AG
Wittestr.30E, 1 Berlin 27

BUDERUS HANDEL GmbH
Bessemer Str.24, 1 Berlin 42

DEUTSCHE BP AG - AIR BP
Tegel Flughafen

IVECO MAGIRUS DEUTZ AG
Niederlassung Berlin: Nonnendammallee22, 1 Berlin 20

WTB WALTER THOSTI BOSWAU BAUAKTIONGESELLSCHAFT
Zweigniederlassung Berlin: Mecklenburgische Str.57, 1 Berlin 33

BROWN-BOVERY GMBH
Grade Str.59, 1 Berlin 47

SIEMENS
Nonnendammallee 101-103 1 Berlin 13
Siemensstadt

SIEMENS-KWU
Werk Berlin: Huttenstr.12-16, 1 Berlin 21

SAARSTAHL VERTRIEBS GmbH
Kurfürstendamm 42, 1 Berlin 15

Dies die genauen Adressen der in Berlin ansässigen Konzerne und Betriebe, die an Rüstungs- und Giftgasexporten Richtung Irak beteiligt sind. Grundlage ist die DOKU der taz vom 12.1.91, wo auch genauere Angaben bzw. Quellen über die Schweinereien zu finden sind.
Diese Angriffspunkte eignen sich für dezentrale wie große Aktionen unterschiedlichster Art.

KAMPF DEN PROFITEUREN

KAMPF DEN SCHREIBTISCHTÄTERN

Ende Dezember forderte die Türkei die Stationierung der Schnellen Eingreiftruppen der NATO in der Türkei. Deutsche und andere europäische Luftwaffengeschwader wurden in Kurdistan stationiert und erhöhen so die Gefahr eines Krieges beträchtlich. Vor allem für die Bundesrepublik, die durch fortgesetzte Waffenlieferungen an den Irak und die Hochrüstung des NATO- Partners Türkei im Krieg gegen das kurdische Volk entscheidend zum Entstehen der gegenwärtigen Krise beigetragen hat, erfüllte den türkischen Wunsch nach Truppenstationierung mit Freuden. Sie hat so einen Weg gefunden, sich unter Umgehung aller ihr auferlegten Beschränkungen, direkt am Krieg ums Öl zu beteiligen.

Gegen die Kurden wird Krieg geführt, jetzt und heute, mit deutschen und europäischen Waffen und bald vielleicht auch Truppen, mit zuerst stillschweigender und jetzt immer offener Billigung des nunmehr geeinten Europas.

Verhindern wir den Krieg am Golf. Denn die Kurden, aber auch die anderen Völker des Mittleren Ostens stehen zwischen allen Fronten. Keine Staatsregierung, sondern nur eine solidarische Bewegung kann ihren Forderungen Ausdruck verleihen.

DIE SCHULDIGEN DES LAUFENDEN UND DES DROHENDEN KRIEGES SITZEN AUCH HIER IN DER BRD, ZIEHEN WIR SIE ZUR RECHENSCHAFT!

FORDERN WIR STRAFFERVOLGUNG FÜR DIE AN DEN WEAFFENLEIFERUNGEN BETEILIGTEN FIRMEN!

WIR KÖNNEN DEM KRIEG IN TÜRKISCH- KURDISTAN NICHT TATENLOS ZUSEHEN:

PROTESTIEREN WIR GEGEN DIE AUFHEBUNG DER MENSCHENRECHTE IN DEN KURDISCHEN PROVINZEN!

SCHLUSS MIT DER VERTREIBUNGSPOLITIK!

STOPP DER WAFFENLIEFERUNGEN AN DIE TÜRKEI!

KEIN KRIEG AM GOLF!

NATO- TRUPPEN RAUS AUS KURDISTAN!

aus: Al Karamah Nr. 14

DER KRIEGERISCHE AUSGANG DER GOLFKRISE IST DIE LOGISCHE FOLGE DER NEUEN VERÄNDERTEN WELTLAGE

Abu Hashish

Seit dem zweiten August sind fast drei Monate vergangen und die imperialistischen Kriegstrommeln werden immer lauter. Die Menschen werden täglich offen auf den "Erstschlag" vorbereitet mit einem imperialistischen Aufmarsch und einer Konzentration von mehr als einer halben Million Soldaten. Bekannte und unbekannte Vernichtungswaffen verwandeln die Region nicht nur in ein Pulverfass, das angeblich "entschärft" werden kann, sondern sie ist auch zum Schauplatz politischer und ökonomischer Prozesse ausschließlich imperialistischer Natur geworden, die das Ende und den Beginn eines neuen Kapitels der von Klassenkämpfen und Klassenkriegen gekennzeichneten Menschheitsgeschichte bezeugen. Sehen wir einmal von dem Geschwätz und der perfekt funktionierenden Manipulation der bürgerlichen Massenmedien und dem "Gröhlen" der linken Spießbürger ab, die "bewußt oder unbewußt" und lächerlicherweise ihre Hoffnung darauf setzen, einen Vernichtungskrieg verhindern zu können und sich dabei auf eine nicht existierende Humanität der imperialistischen "Zivilisation" fixieren, so konstatiert mensch zwangsläufig, daß das Zusammenwirken von langfristigen ökonomischen und politischen Faktoren den Ausgang der Krise am Golf bestimmen wird.

Die veränderte politische Weltkarte als Ausgangsbasis

Seit ca. fünf Jahren kann mensch eine rasche Umwandlung auf der politischen Weltbühne verfolgen, deren Hauptstütze die Existenz einer zweipoligen Welt in Folge des zweiten Weltkrieges bildete: diese manifestierte sich in der Herauskristallisierung des Warschauer Paktes zum einen und der NATO, dem IWF, der Weltbank und dem Weltwirtschaftsgipfel zum anderen. Diese Spaltung im weltweiten Maßstab prägte und bestimmte den historischen Entwicklungsprozeß der Nachkriegszeit. Für die Völker des Trikont und ihre revolutionären, aber auch burgerlich emanzipatorischen Bewegungen war mit der Existenz des Warschauer Paktes ob es der abendländischen und besserwisserischen Linken passt oder nicht die objektive Bedingung geschaffen, ihren Kampf mit berechtigtem Optimismus und realen Erfolgsaussichten durchzuführen. In diesem Kontext stellten die Staaten des Warschauer Paktes, allen voran die UdSSR und später auch für gewisse Zeit China, die ökonomische, politische, militärische und selbstverständlich im übergreifenden Sinn die ideologische Stütze dar. Basierend auf dieser Grundlage wurden die Strategien des sozialen und nationalen Befreiungskampfes ob klar oder verschwommen, direkt oder indirekt von den progressiven Kräften des Trikont (seien es uralte Kommunistische Parteien oder neu entstandene linke Bewegungen, seien sie Moskau oder Peking orientiert) ausgearbeitet. Wenn die Anziehungskraft und Bedeutung Pekings durch seine Haltung gegenuber Afrika, dem Nahen Osten und in erster Linie gegenüber Indochina Einbußen erlitten haben mußte, überlebte dagegen der "Internationalismus" sowjetischer Prägung so lange, wie es zu dem **offenen** Wandel oder – wie manche sagen – der "Wende" kam, die auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU in Gang gesetzt wurde und im Laufe der letzten drei Jahre mehr als klar und deutlich zutage trat. Der de facto Rekapitalisierung folgte vor kurzem die unbedingt notwendige de jure Entschließung: das kapitalistische Recht auf Privateigentum wurde verfassungsmäßig abgesegnet.

Wenn die Politik nichts anderes ist als der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie, dann bedarf die gegenwärtige Haltung und das konzentrierte Bemühen der UdSSR, sich einen Platz im imperialistischen Gefüge zu verschaffen und damit gegen die Interessen der unterdrückten Völker und "in Sorge" um die imperialistische "Zivilisation" zu operieren, keiner langen Erklärung mehr; "Ich habe anlässlich vieler Gelegenheiten erklärt, daß wir keine den westlichen Interessen abträgliche Ziele verfolgen, wir wissen, wie wichtig der Nahe Osten, Asien, Lateinamerika, andere Regionen der Dritten Welt und auch Südafrika für die amerikanische und westeuropäische Wirtschaft sind, besonders was die Rohstoffquellen betrifft. Diese Verbindungen zu zerstören ist das letzte, was wir wollen. Wir haben nicht die Absicht, einen Bruch der historisch geformten, wechselseitigen wirtschaftlichen Interessen zu provozieren".1)

Es kann dementsprechend kein Zweifel mehr daran bestehen, daß für die im Zerfall befindliche UdSSR die aus der BRD geflossenen ca. mehr als 15 Milliarden DM und die laufenden Milliarden Kredite aus den anderen imperialistischen EG Staaten sowie nicht zuletzt die großzügigen Finanzspritzen der reaktionären "Finanzoligarchien" des Golfs wesentlich wichtiger sind als die Millionen Opfer eines imperialistischen Krieges in der arabischen Region. Diese Tatsachen hinter veralteten Klischees wie "Menschheitsinteresse" oder dem sog. Neuen Denken zu verstecken, ist ein Schwindel aber dieses Mal sowjetischer Prägung. Um es auf einen Nenner zu bringen: der **ohnehin** zum Scheitern verurteilte bürokratische "Sozialismus" hat den Kalten Krieg nicht überlebt und dies bedeutet in der letzten Konsequenz, daß wir es nunmehr mit einer Phase unter zunächst militärischer Ägide des US–Imperialismus zu tun haben. Zunächst deshalb, weil diese Entwicklung bereits jetzt auch andere Charakteristika tiefgreifender und zukünftiger Prozesse von entscheidender Bedeutung aufweist. Bevor aber auf die Merkmale dieser Epoche eingegangen werden kann, muß zunächst unbedingt die Triebkraft all dieser Entwicklungsprozesse klargestellt werden, und zwar die dem Kapitalismus innewohnende Gesetzmäßigkeit: die Konkurrenz.

Diese Konkurrenz drückte sich im Laufe der Geschichte auf internationaler Ebene bekannterweise in Form von Kriegen aus, die dazu dienten, die Kolonien neu aufzuteilen. Dieses Ansinnen stellte auch den wahren Hintergrund des ersten und zweiten Weltkrieges dar. Nach dem zweiten Weltkrieg allerdings und mit der Entstehung des Warschauer Paktes sah sich das imperialistische System mit einer existentiellen Bedrohung konfrontiert. Diese Bedrohung resultierte in erster linie daraus, daß ein neues weltweites System entstanden war, das für sich eine neue Gesellschaftsform ohne Ausbeutung der unterdrückten Völker beanspruchte. Die imperialistischen Staaten waren dementsprechend bemüht, bestimmte Formen der Arbeits– und Aufgabenteilung zu finden, die zum einen eine geschlossene Front gegen das "sozialistische Lager" in seiner existierenden Form gewährleistete und zum anderen ihre Profitmaximierung durch die Ausplünderung der Drei Konitnente ständig steigerte. Demzufolge wurden imperialistische Gremien politischen und militärischen Charakters installiert wie die NATO, der IWF, die Weltbank und als wichtigstes Instrument der Weltwirtschaftsgipfel. Genauere Untersuchungen ergeben, daß der WWG ständig mit einem Problem befasst war: die innerimperialistische Konkurrenz so zu fesseln, daß sie sich nicht in kriegerischen Auseinandersetzungen entlud. Hierunter sind natürlich die Erscheinungen und Folgen der Konkurrenz zu verstehen, so z.B. der Zoll– und Handelskrieg zwischen den USA und Japan oder der Stahlkrieg zwischen der EG und den USA, die – mit einem Zeigefinger auf die Existenz des "sozialistischen Lagers" und die immer stärker werdenden nationalen und sozialen Bewegungen in den Drei Kontinenten – schnell und reibungslos beigelegt werden mußten. Die Konkurrenz selbst kann selbstverständlich nicht beseitigt werden – auch wenn Helmut Kohl, George Bush, Siemens oder die Manhattan City Bank dies wollen, was aber nicht der Fall sein kann, so lange der Kapitalismus existiert.

Darüberhinaus versuchten die imperialistischen Staaten, ihre jeweiligen Einflußsphären in den Drei Kontinenten auszudehnen: zunächst durch den Einsatz "friedlicher" Mittel, sprich der Schaffung ökonomischer und politischer Abhängigkeiten. Wenn sich diese Politik als untauglich erwies, wurden Stellvertreterkriege angestiftet. Während der letzten vier Jahrzehnte haben sich die USA ununterbrochen intensiv darum bemüht, ihre militärische Dominanz nicht zu verlieren. Aus diesem Grunde intervenierten sie – neben den geradezu atsronomischen Summen, die für das Militär ausgegeben wurden – überall dort, wo es für die Eindämmung des Einflusses des "sozialistischen Lagers" notwendig war. Unterdessen verschob sich allerdings das ökonomische Machtzentrum zugunsten des japanischen und des deutschen Imperialismus und die Aufrechterhaltung der militärischen Vorherrschaft wurde zu einer Frage der Zeit.

Nun und gegen alle Erwartungen brach das "sozialistische Lager" in Windeseile wie ein Kartenhaus in sich zusammen (entgegen allen historischen Erfahrungen der bisherigen Geschichte, daß die herrschende Klasse, sobald sie an der Macht ist, alles tut, um an der Macht zu bleiben, erfuhren wir z.B. in der DDR das krasse Gegenteil – d.h. daß sie sich dem Imperialismus widerstandslos ergeben hat), unterwarf sich den imperialistischen Herren und damit löste sich die existentielle Bedrohung des weltweiten imperialistischen Systems auf. Ab diesem Zeitpunkt beginnt eine Epoche der vollen Entfaltung der Gesetzmäßigkeiten der Konkurrenz. Bereits vor fast einem Jahr sagte Helmut Kohl unmittelbar nach dem Fall der Mauer (und mit ihr der DDR), daß das kommende Jahrzehnt nicht das Jahrzehnt der Japaner oder anderer Nationen, sondern dasjenige der Deutschen sei – dessen ist er sich gewiß. Sehen wir einmal von der Oberfläche propagandistischer Behauptungen, die sich gerne der Begrifflichkeiten vom "imperialistischen Zusammenhalt" und ähnlicher Termini bedient, dann stellen wir folgendes fest: die Konkurrenz wird

einerseits unweigerlich zur Verschärfung der Klassengegensätze im eigenen Land und zum anderen zu imperialistischen Kriegen führen, deren Schauplatz zumindest in den kommenden Jahren in die Drei Kontinente verlagert werden wird. Über die Formen der imperialistischen Auseinandersetzungen kann momentan nicht viel gesagt werden. Eins aber ist gewiß; die Golfkrise ist die erste verdeckte innerimperialistische Auseiandersetzung. Damit dies nicht abstrakt bleibt, soll die Beantwortung der Frage "warum?" nicht offen gelassen werden und ihre Ausführung wird durch die Charakterisierung der gegenwärtigen Epoche vorgenommen:

1) Mit dem Zerfall des "sozialistischen Lagers" verloren die nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen und damit die unterdrückten Völker im Weltmaßstab nicht nur ihre politische und militärische Stütze, sondern vor allem auch die ökonomische Unabhängigkeit in einer Welt, die von imperialistischen Institutionen wie 'Weltbank' und 'Währungsfond' beherrscht wird. Trotz aller politischer Widersprüche zum "sozialistischen Lager" war es für die verelendeten Massen des Trikont möglich, neben der errungenen politischen Befreiung eine gleichberechtigte Handelsbeziehung mit den "sozialistischen Staaten" herzustellen und somit ihre ökonomische Unabhängigkeit vom Imperialismus abzusichern. Zumindest konnten sie dadurch von den menschenvernichtenden imperialistischen Handelsbedingungen abweichen. Dafür gibt es genügend Beispiele: es ist schwer zu sagen, ob Kuba ohne diese objektiven Bedingungen hätte überleben können, aber die ökonomische Niederlage und damit der politische Machtverlust der Sandinisten räumt jeden Zweifel aus. Die Menschen des Trikont wissen sehr wohl, was das bedeutet und spüren es nun am eigenen Leib. Eine völlig neue Situation mit verheerenden Folgen ist eingetreten. Dementsprechend müssen die Befreiungsbewegungen des Trikont nicht nur den politischen und sozialen Kampf führen, sondern auch strategische Konzepte für die Zeit danach ausarbeiten, wenn wir überleben wollen. Dies zu verdrängen oder zu ignorieren bzw. falschen Optimismus zu verbreiten bedeutet, unser Grab selbst zu schaufeln zumindest für die kommenden zwei oder drei Jahrzehnte. Fakt ist, daß der Imperialismus damit begonnen hat, die Welt neu aufzuteilen. Früher waren die blutbefleckten Kolonialisten "christliche Missionare" wie die Kreuzritter, heute nennen sie sich "Missionare des Friedens", wobei sie sich des Instruments des UNO-Sicherheitsrates bedienen.

2) Ein weiteres Charakteristikum ist der Beginn einer klaren Herauskristallisierung von imperialistischen Machtzentren (die EG unter der Führung der BRD und Japan), die die Führungsrolle des US Imperialismus nicht nur in Frage stellen, sondern unermüdlich darauf hinarbeiten, diese zu übernehmen. Das entscheidende Machtzentrum aber sowohl in ökonomischer als auch in militärischer Hinsicht bildet im Rahmen der EG der deutsche Imperialismus[2]. Das deutsche Kapital befindet sich nach dem Ende des Kalten Krieges in einer sehr günstigen Situation, um den USA die Führungsrolle des Imperialismus streitig zu machen: es verfügt zunächst über eine sehr stabile ökonomische Grundlage, die in den letzten Jahrzehnten energisch ausgebaut wurde, während die USA für ihre Funktion als Weltgendarm seit dem zweiten Weltkrieg unvorstellbare Summen ausgeben mussten. Dem deutschen Imperialismus gelang es, im Trikont ein wirtschaftliches, von ihm abhängiges Natz auszubauen, das - ohne militärische Invasion und daher unnötige Ausgaben - eine erbarmungslose Ausplünderung der Reichtümer der Völker dieser Staaten ermöglichte und weiterhin ermöglicht. Die deutschen Kapitalisten haben bewiesen, daß sie es verstehen, den Erfordernissen der Profitmaximierung in allen Zeiten und überall meisterhaft nachzugehen. So sind sie beispielsweise in der Lage, in Zusammenarbeit mit den weißen Faschisten in Azania die Urbevölkerung gnadenlos und offen auszumerzen, gleichzeitig aber den "ANC-Führer" in Bonn empfangen zu können; oder das zionistische, rassistische Gebilde in Palästina massiv und **unverdeckt** auf allen Ebenen aufzubauen und gleichzeitig paradoxerweise sehr enge ökonomische Beziehungen mit dem antizionistischen und sogar auch antiimperialistischen Libyen und dem Irak, der auch den Antizionismus propagiert, herzustellen und dort Projekte in Milliardenhöhe errichten zu können. Darüberhinaus und aufgrund ihrer stabilen ökonomischen Basis sind die deutschen Imperialisten in die östlichen Staaten Europas eingedrungen und sind bereits jetzt "Herr der Lage". Das bedeutet unter anderem, daß das deutsche Kapital dadurch nicht nur die im Trikont erschöpften Rohstoffe oder schwer zugänglich gewordenen Quellen durch solche vor allem aus der UdSSR ersetzen werden, sondern auch die allerwichtigsten Mittel für das Funktionieren der imperialistischen Maschinerie langfristig absichern - nämlich den Bezug des Erdöls und des Erdgases aus der UdSSR.

Diese Tatsachen erklären uns die Zuversicht der herrschenden Klasse hier, die wir täglich aufgetischt bekommen und sie machen deutlich, daß der wahre Sieger des Kalten Krieges nicht - wie bisher viele grundfalsch denken - die USA sind, sondern es der deutsche Imperialismus ist.

Japan, das ebenfalls auf einer stabilen ökonomischen Grundlage steht, strebt seinerseits an, demnächst sein militärisches Potential so auszubauen, daß es in der Lage sein wird, die eroberten Märkte in den Drei Kontinenten auch militärisch zu verteidigen.

Unter diesen Umständen versucht der US Imperialismus aus seiner ökonomischen Stagnation und der Fäulnis des Monopolkapitals herauszukommen, indem er sich bemüht, zumindest seine militärische Vormachtstellung nach wie vor zu behaupten. Darüberhinaus sucht er nach Möglichkeiten, in der von der freien Konkurrenz völlig beherrschten Welt mit allen Mitteln an die Rohstoffquellen zu gelangen. Es reicht dann nicht mehr aus, daß pro-imperialistische Regime in den Drei Kontinenten an der Macht bleiben, sondern dies muß jetzt differenzierter betrachtet werden: und zwar unter dem Gesichtspunkt, welchem der imperialistischen Staaten sich die reaktionären Cliquen unterwerfen. Bereits vor dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes wurden deswegen Stimmen aus den USA laut, das kostspielige Kriegspotential beispielsweise aus Deutschland abzuziehen und sich anderen Aufgaben in den Drei Kontinenten zu widmen. Jetzt erst recht - wenn auch zu spät - muß das aus der Sicht des US Imperialismus geschehen. Die deutschen Imperialisten sollen gefälligst selbst für ihre Sicherheit sorgen. In diesem Kontext muß die Krise am Golf betrachtet und ein Blick auf die Bedeutung dieser Region für die neue Strategie der USA geworfen werden, die westeuropäischen Länder verbrauchten Ende 1989 ca. 12,5 Millionen barrel Öl pro Tag, 9,4 Millionen wurden importiert, davon allein 3,9 Millionen aus dem Mittleren Osten. Die zweite konkurrierende Macht Japan verbrauchte 5 Millionen barrel in der selben Zeit, davon mußten 4,5 Millionen importiert werden - hierunter 3 Millionen aus dem Mittleren Osten. Von den gesamten Welt Ölreserven im Jahr 1989 verfügte der Mittlere Osten über 65,4% und das noch bevor die Weltöffentlichkeit von den neuentdeckten Erdölfeldern in Saudi-Arabien erfuhr, die allein die gesamte Welt für zwei Jahrhunderte versorgen können. Darüberhinaus stellen die arabischen despotischen Herrscher am Golf eine lebenswichtige Finanzquelle für die imperialistischen Konzerne, vor allem in den europäischen Zentren, dar. Was die imperialistischen Staaten für das Öl bezahlen, fließt zurück in ihr eigenes Haus und zwar in Form von Geldanleihen oder auch in gewissen Anteilen an einzelnen Konzernen. Es sei hier erwähnt, daß allein die bekannten Devisenbestände in England, die die kuwaitische Clique As Sabah kontrolliert, 150 Milliarden US-Dollars betragen. Zusätzlich beteiligt sich die Herrscherfamilie Kuwaits mit 10%, 17% und 25% an British Petroleum, Daimler Benz und Höchst. Es bleibt zu sagen, daß die nicht bekannten Zahlen unsere Vorstellungen bei weitem übertreffen. Wenn diese Summen mit den Militärausgaben und Investitionen sowie den Geldanleihen Saudi-Arabiens addiert werden und wenn die Bedeutung der Ölreserven für die imperialistischen westeuropäischen und japanischen Räder in Betracht genommen werden, dann ist es ersichtlich, welchen Stellenwert diese Region für die mit Japan und der EG konkurrierenden US Kapitalisten hat. Um es kurz zu sagen: das US-Kapital versucht, durch sein Militärpotential so schnell und frühzeitig wie möglich, die Lebensader der imperialistischen Ökonomie unter seine direkte Kontrolle zu bringen. Es erhofft sich davon, in der Konkurrenz zu bestehen.

Daß der Irak in den Kuwait intervenierte, gab für die USA sicherlich den Anlass, ihre Pläne rasch und intensiv durchzuführen. Aber selbst wenn dies nicht geschehen wäre, hätte sich der US Imperialismus etwas ausgedacht. Schließlich - alle imperialistischen Kriege müssen einen Anlass haben. Ein hoher jordanischer Offizier sagte vor kurzem, daß er bereits vor drei Jahren die Ehre hatte, ein US Manöver in der kalifornischen Wüste zu verfolgen, bei dem das US Militär auf eine solche Intervention vorbereitet wurde. Auf den Karten des Manövers waren Städte und Orte der Golfregion verzeichnet.

Wie dem auch sei: andere Komponenten machen den Krieg - natürlich mit der Gewißheit über den Sieg, was nichts anderes bedeutet, als die Vernichtung von Millionen von Menschen - aus der Sicht der USA notwendig, gar lebenswichtig:

a) Die USA stehen unter dem Zugzwang, ihre militärische Vormachtstellung nach dem Kalten Krieg weltweit zu beweisen. Es sei daran erinnert, daß es immer noch die selben USA sind, die am Ende des zweiten Weltkrieges militärisch und ökonomisch als Sieger hevorgingen und auf Hiroshima und Nagasaki zwei Atombomben abwarfen mit der Botschaft: "Wir sind die Herren!". Wer die Geschichte des Imperialismus und seinen aggressiven und faschistischen Charakter nicht vergessen will, kann mit Gewißheit sagen, daß die USA heute dringender denn je eine ähnliche Vorgehensweise gegenüber der arabischen Region praktizieren werden.

b) Am Irak und damit der arabischen Region muß stellvertretend für die Völker der Drei Kontinente am Anfang des Kapitels der neuen Epoche ein Exempel statuiert werden. Gemeint sind damit nicht nur revolutionäre Kräfte, die gegen die imperialistische Unterjochung allgemein kämpfen, sondern auch reaktionäre und pro-imperialistische Regime, die sich gegen den Willen des US-Imperialismus auf andere imperialistische Staaten stützen. Um dies zu veranschaulichen, sei ein Beispiel genannt: an sich ist das irakische Regime ein pro imperialistisches. Die Ökonomie des Landes ist in erster Linie abhängig von der BRD, England und Frankreich, aber auch von Japan. Selbst seine militärischen Einheiten wurden in der BRD ausgebildet. Wenn man/frau einen deutschen Imperialisten fragen würde, was er lieber hätte: daß der Irak von den USA vernichtet wird oder daß diese, seine Kapitalverbindungen weiterbestehen solle, dann müssen wir nicht lange raten, welche Antwort kommen würde. Was bedeutet das für die kommende Epoche? Normalerweise - auch logischerweise - muß der deutsche Kapitalist sein Kriegsmaterial zur Verteidigung der Quelle seiner Profite zum Einsatz bringen und das heißt hier, irgendwie (in welcher Form auch immer) gegen die USA zu operieren. Da es noch zu früh ist (endogene und exogene Faktoren spielen hierbei eine Rolle) so vorzugehen, ärgert sich der deutsche Kapitalist 'x' und versucht alles andere, um Profit daraus zu schlagen (d.h. zumindest

die Finanzierung der US-Invasion und die BRD als Brückenkopf). Mit anderen Worten: die USA wollen allen Staaten der Drei Kontinente beweisen, daß kein anderer imperialistischer Staat sie schützen kann und so gibt es keine Möglichkeit außer der, sich dem US-Imperialismus zu unterwerfen. Es muß hinzugefügt werden, daß die arabische Region auch in dem Sinne exemplarisch für die Völker der Drei Kontinente stehen muß, als daß den Völkern und vor allem ihren revolutionären Bewegungen gezeigt werden soll, daß sie keine Chance haben, die imperialistischen Interessen anzutasten.

c) Die Interessen des zionistischen Staates

Historisch betrachtet stellt mensch fest, daß das Überleben des zionistischen Staates nur in einer völligen Kooperation mit dem Imperialismus möglich ist. In der Zeit der zionistischen Bewegung vor der Errichtung des Staates oder besser gesagt bis zum Ende des zweiten Weltkrieges hatte sie mit dem englischen Imperialismus ihre enge Verbindung. Dieser schuf auch für sie blutig die Grundlage für die Errichtung ihres Staates auf den Trümmern des palästinensischen Volkes. Diese Bewegung scheute es gemäß ihrem Charakter nicht, selbst mit der deutschen imperialistischen Herrschaft in seiner damaligen Staatsform - sprich dem deutschen Faschismus - zusammenzuarbeiten, als dieser stark wurde. Später wechselte dieselbe Bewegung den Hauptverbündeten und wandte sich dem US amerikanischen Imperialismus zu, als dieser führend für den Welt-Imperialismus aus dem Krieg hervorging. Aus der derzeitigen zionistischen Literatur, die die Strategie des Zionismus für die kommenden Jahrzehnte diskutiert, entnimmt man/frau die Anzeichen dafür, daß er sich auf die oben abgehandelte Etappe vorbereitet. Die neuerdings intensivierte fieberhafte Kontaktaufnahme sowie die offene und verstärkte militärische Beziehung mit den deutschen Imperialisten liefert uns unter anderem ein Indiz dafür, daß die Zionisten die Erfordernisse für die Wahrung ihrer Interessen in der Zukunft im Zusammenhang mit dem aufkommenden Führungswechsel im imperialistischen Weltlager realisieren. Unter anderem deswegen sind die USA bestrebt, in dieser Phase ihrem zionistischen Verbündeten erneut zu beweisen, daß dieser seine bevorstehenden Probleme (neben den ökonomischen steht wohl die Suche nach einer territorialen Lösung für die Millionen Einwanderer, d.h. die Entwurzelung des palästinensischen Volkes auch aus Westbank und Gaza und die Verwirklichung des expansionistischen Vorhabens, nämlich die Okkupation Jordaniens, auf der Tagesordnung) nur und einzig und allein in der Kooperation mit dem US-Imperialismus lösen kann. Damit keine falschen Schlußfolgerungen dahingehend gezogen werden, wie manche es sich wünschen, daß die europäischen Imperialisten möglicherweise an der Lösung des Palästina-Problems in Form von zwei Staaten interessiert wären, muß klar sein, daß die Imperialisten langfristig nur auf einen sicheren Partner setzen, der nicht von ernstzunehmenden sozialen Unruhen bedroht wird und das ist die zionistische Siedlergesellschaft. Sehen wir also von den inhaltslosen Erklärungen von Politikern der EG ab, stellen wir fest, daß diese ständig darum bemüht sind, den zionistischen Staat für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Entsprechend der Durchführung seiner Interessen drängt der Zionismus auf einen militärischen Vernichtungsfeldzug, in dessen Schatten er seine Expansion in Angriff nimmt. Wie mensch täglich verfolgen kann und sieht, laufen die Vorbereitungen hierfür auf Hochtouren.

Der Krieg wird ein vernichtender sein

Aus folgenden Gründen wird der US-Imperialismus seinen Vernichtungskrieg nicht lange auf sich warten lassen:

1) Die tiefgreifende ökonomische Krise der USA muß zwangsläufig - wenn der Widerstand der arabischen Massen und des Proletariats und der ausgebeuteten Schichten in den USA selbst dies nicht verhindern - in einem Krieg am Golf zum Ausdruck kommen.

2) Die USA wissen, daß die aus unterschiedlichen Interessen hergestellte imperialistische und reaktionäre "Solidarität" nicht von Dauer ist. Sie wird zusammenbrechen, wenn die Ökonomie der jeweiligen Staaten zu sprechen beginnt. Und hier werden die Vertreter der Ökonomie (die Politiker) nichts zu sagen haben, außer ihre Aufgabe und zwar genau diese - zu erfüllen. Aufgrund der vorherigen Ausführungen ist es ersichtlich, daß dies gar nicht lange dauern wird.

3) Der entscheidende Faktor ist allerdings die Lage im arabischen Raum selbst. Die ausgebeuteten, demoralisierten arabischen Massen gewinnen durch diese Herausforderung - selbst wenn sie auch von diesem irakischen Regime kommt - immer mehr an antiimperialistischen Bewußtsein und werden merklich mobilisiert. Die herrschenden Cliquen, die sich der imperialistischen Invasion unterworfen haben und in erster Linie die herrschenden Mafiosi in Syrien (die zum Ärgernis Frankreichs die Beherrschung des Libanon als Preis erhalten haben und damit die Vernichtung des palästinensischen Widerstandes in Angriff nehmen) sowie die Marionetten in Kairo sind bedroht und sind sich sicher, daß die Massen sich über kurz oder lang mit dieser Haltung nicht abfinden werden. Ein Beispiel ist hier die Haltung des jordanischen Monarchen: es ist bekannt, daß dieses Regime seit fast acht Jahrzehnten nichts anderes war als ein Agent des US-Imperialismus. Blutig und bestialisch vernichtete es jegliche anti-imperialistische Haltung in Jordanien und beteiligte sich an allen imperialistischen Verschwörungen in der Region, einschließlich der Komplotte, die darauf abzielten, den palästinensischen Widerstand zu liquidieren (wie 1970/71). Dieses Regime war gezwungen, entweder die Haltung der verelendeten Massen (und zwar überall in Jordanien) gegen die imperialistische Invasion, aber auch für die Verjagung der - wie sie sagen - imperialistischen Finanzquellen am Golf (koste es, was es wolle) zu übernehmen, und da es das naturgemäß nicht kann, manövriert es und hält sich zum Teil verdeckt. Nebenbei gesagt, der jordanische Monarch hat auch von der Geschichte gelernt und zwar: sollte er gegen die stürmisch aufstehenden Menschen in Jordanien, die nichts zum essen haben, wie gehabt vorgehen - mit der Gewissheit, verjagt zu werden - dann weiß er auch, daß selbst der Schah nach seinem Sturz oder der berüchtigte Marcos sich bei den ehemaligen Herren auf eine Gewährung von Asyl nicht verlassen konnten. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß die verräterische palästinensische Bourgeoisie, die von den Almosen der Finanzdespoten am Golf gelebt hat, gezwungen war, eine verdeckte Haltung einzunehmen. Also keine revolutionäre, wie die Massen sie wollen, sondern eine gemäßigte - wie üblich. Der US-Imperialismus muß jeden neuen Tag mit einer radikalen Veränderung in den Staaten, die die Invasion gegen den Willen der Massen willkommen heißen, rechnen. Es muß nicht unbedingt eine revolutionäre Veränderung sein (da es an einer revolutionären Avantgarde fehlt, aber es reicht vorläufig, wenn kleinbürgerlich nationale Offiziere agieren), was wünschenswert wäre, - aber geputscht wurde in der Region oft genug. Und die heutige Zeit wird wohl kaum eine Ausnahme bilden.

Diese Gründe erzwingen nicht nur den schnellen Krieg, sondern auch die Art und Weise seiner Durchführung. Sollten wir die irakische Propaganda ernst nehmen, dann verfügt dieses Regime über Waffen und eine militärische Stärke, die wohl nicht innerhalb von Stunden vernichtet werden kann - falls es zu einem klassischen, konventionellen Krieg käme, wie ihn die USA seinerzeit gegen Libyen oder in Panama veranstalteten. Das alles führt zu der Feststellung, daß ein Sieg des US-Imperialismus und mit ihm des Zionismus (Jordanien zu okkupieren) nur mit dem Einsatz von taktischen atomaren Sprengköpfen gewährleistet werden kann. Es kann aber auch zum Einsatz von neuen, unbekannten biologischen, chemischen oder anderen Arten von Waffen kommen, die aber deshalb nicht weniger vernichtend sind.



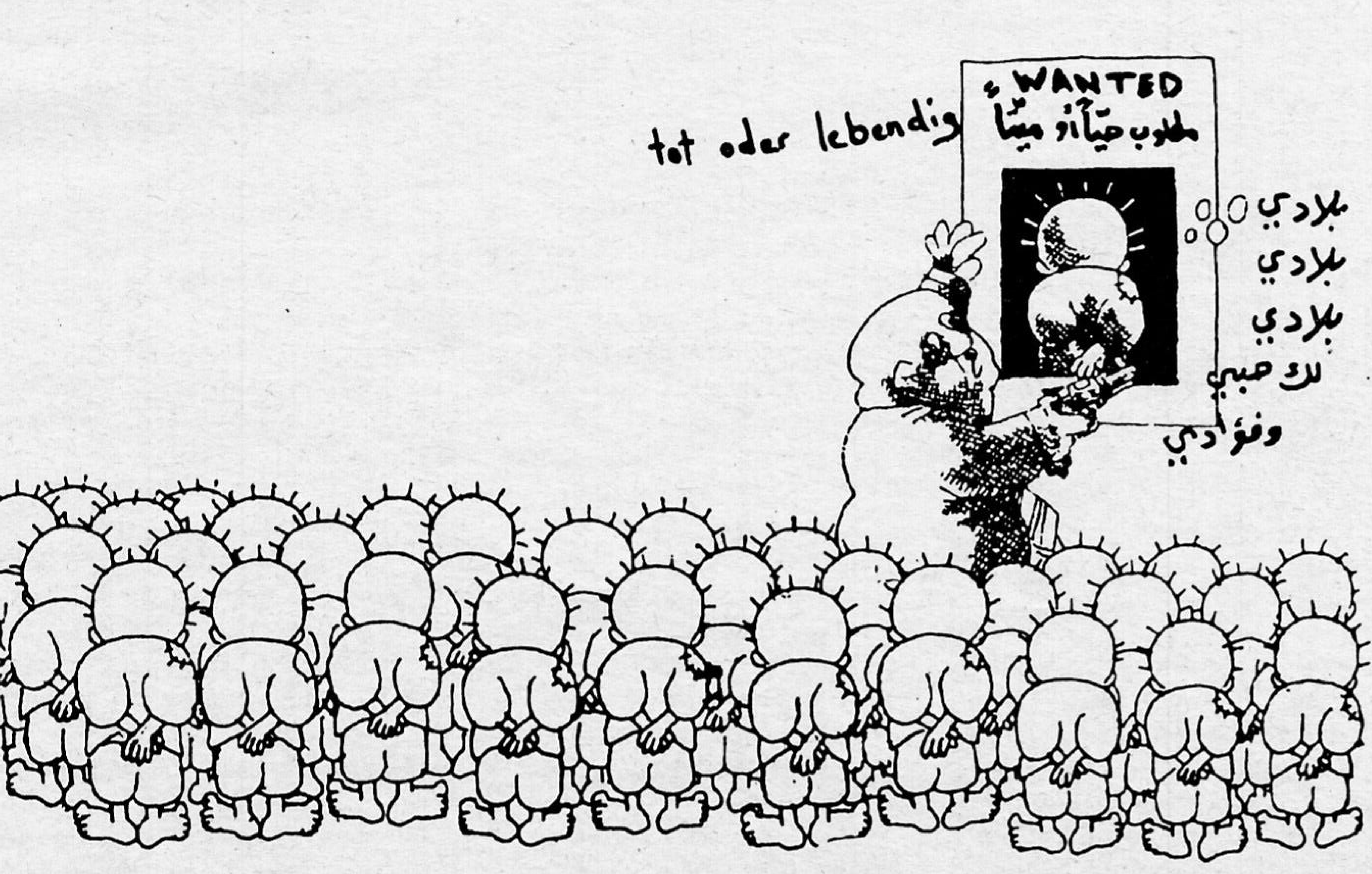
Was ist mit dem irakischen Regime .....

Vorweg ist zu sagen: die folgenden Zeilen richten sich nicht an reaktionäre Kräfte, aber auch nicht an diejenigen, die mit dem linken Mäntelchen gemeinsam mit der Bourgeosie ins Feld ziehen. Sie richten sich dagegen an diejenigen Menschen des aufrechten Gangs, die im Sumpf unserer reaktionären Epoche noch versuchen, den Interessen der verelendeten Massen weltweit treu zu bleiben. Die vorherigen Ausführungen zielen nicht darauf ab, das irakische Regime anders zu verkaufen als es ist, sondern sie sind vielmehr ein Versuch, die Entwicklungen aus einer anderen Sicht zu betrachten als der des Spießbürgers. Das irakische Regime ist dadurch nicht ein revolutionäres geworden. Allein die Tatsache, daß das Baath-Regime den nationalen Kampf des kurdischen Volkes ständig liquidierte, erlaubt derartige Schlußfolgerungen nicht. Auch das Anfang des Jahres beschlossene Gesetz zur Gewährung von Straffreiheit für diejenigen Verwandten, die ihre Frauen töten, falls sie die Ehre des Mannes verletzt haben - denn wie das Gesetz sagt, muß die Gesellschaft geschützt und die Moral und die Tugend gehoben werden - verdient nicht nur keinen Respekt, sondern muß auch bekämpft werden. Wäre der Krieg eine innerarabische Angelegenheit geblieben, müßte die Parole der unterdrückten arabischen Massen zwangsläufig lauten: "Stürzt die herrschenden Cliquen!" Aber nun sind die Massen sowohl im Irak selbst als auch in anderen arabischen Staaten mit einer barbarischen imperialistischen Invasion konfrontiert.

Eine Invasion, die die Region auf Jahrhunderte in Rückständigkeit und Unterwerfung zurückwerfen wird, falls sie überhaupt den Vernichtungsschlag überleben wird. Dies erklärt den wahren Hintergrund der spontanen Haltung der unterdrückten Menschen der Region. Daß sich manche Kräfte in der arabischen Region dem Baath–Regime irakischer Prägung (vorher war es syrischer Prägung und früher das ägyptische Nasser Regime) unterwerfen und sich in nichts von ihm unterscheiden, soll auf keinen Fall dazu führen, die aufständischen und zum Kampf bereit stehenden irakischen, jordanischen und palästinensischen Massen zu denunzieren. Sie durchschauen und kennen den Feind – sei es die herrschende Klasse oder seien es die Invasoren zionistischen oder imperialistischen Charakters – besser als diejenigen, die sich selbst als Avantgarde bezeichnen (einschließlich der gesamten palästinensischen Linken, die während der dreijährigen Intifada versuchen, mit dem Imperialismus eine Gnadenlösung auszuhandeln und somit die Interessen der aufständischen Massen aufs Spiel setzen anstatt den Aufstand schrittweise zu steigern. Diese Kräfte sehen nun ihre Chance, aus ihrer Misere rauszukommen und unterwerfen sich deswegen in einer Art platonischer Liebe dem irakischen Regime – eine Entwicklung, die mensch ständig ihrer Presse entnehmen kann) Diese Aussagen basieren auf einem Aufenthalt in Jordanien, wo es von den Massen zu erfahren war, daß diese auch vor der Möglichkeit der Kapitulation des irakischen Regimes Angst haben. Deswegen tun sie alles und teilen sie das Wenige, was sie haben, mit den irakischen Menschen, um die imperialistische Blockade zu durchbrechen. So fuhren z.B. im Rahmen einer Aktion des Verbandes der Jordanischen Arbeiter/innen an einem Tag im September 600 Frauen in den Irak, um Säuglinge zu stillen. Im Gazastreifen wurden von den seit drei Jahren im Aufstand befindlichen Massen Lebensmittelsammlungen organisiert, die in den Irak geschickt wurden. Dies alles geschieht mit der Maßgabe, daß das irakische Regime vor den imperialistischen Invasoren nicht kapitulieren soll. Mit anderen Worten: die Massen kennen das irakische Regime, aber sie erkennen auch die Dimension des imperialistischen Vernichtungsfeldzuges in der Region. Deswegen haißt die Parole: "Die Aggressoren mit allen Mitteln abwehren!". Die Abrechnung mit den jeweiligen arabischen Herrschenden einschließlich des Iraks ist einzig und allein das Werk dieser Massen selbst. Die Haltung mancher "linker" abendländischer Kräfte und Einzelner, die die imperialistische Aushungerungsstrategie gegen diese Massen oder vielleicht auch eine gewaltsame Lösung teilweise bejahen, und die sich hinter dem Vorwand, daß das irakische Regime auch despotisch ist, verstecken, bedeutet im Klartext, mit den Imperialisten ins Feld zu ziehen. Sie befürchten, ihre jahrelange Teilhabe am Profit, der aus den Drei Kontinenten blutig ausgeplündert wird, zu verlieren. Das ist wahr – ob sie wollen oder nicht, denn Internationalismus hat immer, stets und überall nur einen Charakter, und zwar einen revolutionären.

ANMERKUNGEN

1) Michail Gorbatschow: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt. München 1989, S. 230f.
2) Es sei vielleicht darauf hingewiesen, daß die EG langfristig zum Scheitern verurteilt ist, denn die Grundlage ihrer Entstehung ist bereits jetzt vom Tisch. Sie entstand hauptsächlich als Koordinierungsform der Ausbeutung durch die europäischen Imperialisten als Gegengewicht zu den USA und Japan – aber in einer Welt der zwei Pole. Da diese Welt in dieser Form aber nicht mehr existiert, werden sich z.B. die englischen und französischen Imperialisten zukünftig der deutschen Hegemonie jedenfalls nicht freiwillig unterwerfen. Wir dürfen nicht einen Moment vergessen, daß der gleiche Kapitalismus, der früher die faschistische Staatsform erzeugte, sich nicht scheuen wird – falls dies für seine Machterhaltung notwendig sein sollte – diese noch einmal zu erzeugen.



Übereinkommen

zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985
gierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik
der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kont
meinsamen Grenzen

Das Königreich Belgien, die Bundesrep…
Großherzogtum Luxemburg …
en genannt —

aufbauend auf dem am 14. Ju…
schrittweisen Abbau der Kont…

entschlossen, das in diesem Üb…
fung der Kontrollen des Perso…
rung des Transports und des …

in der Erwägung, daß der Vertr…
durch die Einheitliche Europäisc…
nengrenzen umfaßt,

in der Erwägung, daß der durch …
einstimmt, unbeschadet der Maß…
trages getroffen werden,

in der Erwägung, daß die Verwirkli…
und eine enge Zusammenarbeit …

haben folgendes vereinbart:

EUROPOL

Die Bullen greifen nach den Sternen

Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit

Herausgeber: Bürger kontrollieren die Polizei (Bremen), CILIP — Bürgerrechte und Polizei (Berlin), Straßenmedizin — Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen (Hamburg)

Mit Beiträgen von: H.-G. Behr, H. Busch, N. Bethune, Chr. Busold, O. Diederichs, R. Gössner, J. Quattremer, W. Raith, F. Scheuerer, M. Schubert, D. Schulze-Marmeling, H. Wächtler, Th. Weichert, A. Yurttagül

Inhalt: TREVI–Schengen–Europas Sicherheitsbehörden machen mobil; Festung Europa — Grenzen dicht für Flüchtlinge; BKA: im Rausch der Drogen; Europa im Datennetz; „Terrorismusbekämpfung" — Hebel zur westeuropäischen Vereinheitlichung gegen politische Opposition; Organisierte Kriminalität in Westeuropa (eine kontroverse Debatte; Nordirland — Lateinamerika in Europa? u.a.m.

Vollständige Dokumentation der Schengener Verträge

Broschüre, 64 Seiten, DIN A 4, ISBN 3-88876-039-9

DM 8.50

Bestelladresse: Straßenmedizin c/o BI Umweltschutz Unterelbe
Hohenesch 63 (Hinterhaus), 2000 Hamburg 50

Einzelexemplare: DM 8.50 zuzügl. DM 1.50 P&V (DM 10.- in bar oder als Scheck)
ab 5 Exemplaren: DM 5.95 (30% Rabatt), zuzügl. P&V / Sonderrabatte bei Abnahme höherer Stückzahlen

INFORMATIONEN ZU PALÄSTINA Stand : 20.1.1991

In Gaza und Westbank gibt es eine totale Ausgangssperre, die mit Schießbefehl durchgesetzt wird. In Nablus wurde eine Frau erschossen, die am fenster ihres Hauses stand. Jeden Tag bekommen die PalästinenserInnen 1 Stunde Zeit, um Einkäufe zu machen, sonst dürfen sie die Häuser nicht verlassen.
Trotzdem sind am Samstag Menschen in Nablus und Ramallah auf die Dächer der Häuser gegangen und haben Parolen gerufen.
In den Besetzten Gebieten wird kein Luftalarm gegeben. Was die Angst der BewohnerInnen natürlich steigert. Es gibt jetzt über Ostjerusalem, die Strukturen der Intifada ein eigenes Warnsystem.
Es sind an die PalästinenserInnen keine Gasmasken ausgegeben worden. Von etwa 1,3 Mio. PalästinenserInnen haben 70 000 eine Gasmaske von den israelischen Behörden bekommen. Das sind vornehmlich Leute, die in Krankenhäusern arbeiten. Die israelische Regierung begründet die Verweigerung der Gasmasken für PalästinenserInnen damit, daß, wenn sie erst mal die Gasmasken haben, sie sich auch gegen Tränengaseinsätze der israelöischen Armee wehren können.
Auch in Palästina gab und gibt es faktisch eine Nachrichtensperre. Die ersten Meldungen über die wenige "Gegenwehr" des Irak löste erst mal schlechte Stimmung aus. Der Sender von Radio Bagdad und Radio Monte Carlo (PLO freundlicher Sender) wurden von den Israelis massiv gestört. Das jordanische Fernsehen berichtet total ausführlich über die Aktionen in Westeuropa und den USA zeigt Demos usw., was den Leuten in den Besetzten gebieten sehr wichtig ist.
Nach dem ersten raketenangriff auf Tel Aviv gab es Massendemonstrationen in Algerien, Jordanien, Pakistan, Libyen, Tunesien, Sudan und Ägypten. Auch in Ost-Jerusalem gingen trotz Ausgangssperre viele Menschen auf die Straße.
Am Freitag wurden in Ägypten 8 000 Männer verhaftet.
In Syrien ist der Geheimdienst voll im Einsatz, verhaftet Leute auf der Straße und versucht , alles zu kontrollieren. Über Demos gibt es unterschiedliche Informationen, daß es welche gegeben haben soll und auch das Gegenteil wird gesagt.
Die wenigen linken Israelis, die gegen den Krieg sind sagen, daß es praktisch keine Oppostion gegen Krieg gibt. Es ist eher eine Festival Stimmung unter den Israelis. Die Stimmung ist gekennzeichnet von "es steht alles auf dem Spiel". Am Sonntag kam im israelischen Rundfunk, daß die USA Israel zugesichert haben, daß sie alles tun werden, um eine Nahostkonferenz zu verhindern.

Außerdem wurde gesagt, daß die toten US-Soldaten nicht in ihren jeweiligen Heimatstädten begraben werden sollen, sondern zusammen in Oaklahoma.
In den 48 Gebieten ist es auch unter den PalästinenserInnen angespannter, die Angst ist größer, von Angriffen betrofen zu sein.
Die Einschätzung unterschiedlicher PalästinenserInnen und Leuten aus den umliegenden arabischen Ländern ist, daß es noch einige Zeit brauchen wird, bis die Massenproteste z.B. in Ägypten, Syrien usw. sich weiter entwickeln.
Es wurde noch darauf hingewiesen, daß es ab März sehr heiß wird und die Sandstürme anfangen.



GRUß AN ARBEITERKLASSE IM WIDERSTAND!

Am 3. Januar folgte 90 % der Arbeiterklasse dem Aufruf einer allgemeinen Arbeitsniederlegung und brachte das Leben in der Türkei wie im Kurdistan zum Stillstand. Streikende Bergbauarbeiter aus Zonguldak fingen 4.1.91 einen langen Aufmarsch auf die Haupstadt Ankara an (zuerst 60.000, die sich in kürzester Zeit auf 200.000 erhöhte),mit Parolen wie "Regierung muß zurücktreten","Arbeiter vereinigt euch und erobert die Macht!"

Arbeitende!
Zur Zeit befinden sich über 170.000 ArbeiterInnen in der Türkei und im Kurdistan im Streik. Die Putschisten vom 12. September 1980 schufen alle demokratische und ökonomische Rechte der Arbeiterklasse,die sie durch harte Kämpfe errungen hatten,ab. Neue Verordnungen machten Tarifverhandlungen undurchführbar. Die Verfassung vom 1982 verbot Streikrecht in 10 Industriezweigen, somit praktisch das Streikrecht überhaupt. Gegen eine Inflationsrate von 80-90 % jährlich wurden Arbeitende zu einem Hungerlohn verurteilt. Die reale Kaufkraft der ArbeiterInnen macht heute ein Drittel der vor dem Putsch 1980. Die Bargbauarbeiter aus Zonguldak hatten ein Netto-Lohn von DM 120-200 vor ihrem Streik am 30.12.90. Unter diesen Bedingungen antworteten Berbauarbeiter auf die Macht Özal's und dem Kapital mit einer Explosion in Zonguldak.Daß hinterher 105.000 aus Metall- und mit denen aus anderen Industriebereichen insgesamt mehr als 170.000 ArbeiterInnen in Streik gingen zeigt, daß der Widerstand von Zonguldak der Arbeiterklasse in der Türkei ein Funke war.

Sowie in Bergbauindustrie führen rückständige Technologie und mittelalterliche Arbeitsbedingungen auch in anderen Industriebereichen zu unzähligen Mordfällen durch Arbeit.Sozialversicherungsanstalt der Türkei gab bekannt, daß im Land jährlich ca.150.000 Arbeitsunfälle registriert werden, durch die ca.2.500 ArbeiterInnen 100 % arbeitsunfähig behindert werden und ca.1.000 ArbeiterInnen ihr Leben verlieren. Allein in Zonguldak verlieren alle drei Tage zwei Arbeiter ihr Leben.

Heutiger Präsident und Ex-Vorsitzender von MESS (Gewerkschaft der Arbeitgeber metallverarbeitender Industrie) Turgut Özal drohte Bergbauarbeiter in Zonguldak zu Anfang des Streiks mit Schließung der Minen.Das war offensichtlich eine bewußte Provokation. Özal's und der Machthabern zweite und verdeckte Drohung ist durch Teilnahme am Golfkrieg Arbeiterbewegung zu niederschlagen. Özal's Politik, durch die er sich durch Teilnahme am Golfkrieg Beute zu verschaffen und so seine Macht auf längere Zeit sicherzustellen erträumt,ist für die Arbeiterklasse in der Türkei wie im Kurdistan von großer Belange. Özal und die Arbeitgeber werden im Falle eines Golfkrieges (unbeachtet dessen, ob die Türkei sich an diesem Krieg beteiligt oder nicht!) diese Situation für ihren rücksichtslosen Angriffsplan gegen Streiks ausnutzen und die ArbeiterInnen zu "Vaterlandsverräter" erklären. U.a.auch an der depressiven Haltung der Arbeitgeber der Metall-, Bergbau-, Textil- und anderer Industrien kann das festgestellt werden. Die einzige gesunde Position im Interesse der Arbeiterklasse der Türkei und der kurdischen Nation ist Fernbleiben vom Golfkrieg und im Falle eines Krieges gegen diesen arbeiten und von gerechten Streiks kein Fuß zurückweichen.

Im Kurdistan wird seit Jahren eine Politik der Unterdrückung, Massaker und der Genosiden betrieben. Besonders in der Region Botan werden Dörfer und Städte geleert, Häuser in Brand gesteckt. In der Türkei darf alles in ausländischen Sprachen wie Engl., Franz. oder Deutsch publiziert bzw.gesendet werden. Wahren Besitzern des Landes, den Kurden wird das Recht verweigert, ihre Sprache zu sprechen, ihre Kultur zu entfalten. Sie werden im

politischen wie sozialen Leben unterdrückt.In einem Kriegsfall wird Kurdistan für Türkei zum Zentrum dieses Krieges und umfassende Genosid-pläne werden ausgearbeitet. Auch diese Entwicklung zeigt nochmals, daß die Arbeiterklasse in der Türkei und nationaler Befreiungskampf Kurdistan's gemeinsame Interessen haben.

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß der Schmied einer Teilnahme der Türkei am Golfkrieg Marionette des US-Imperialismus; Özal ist und Arbeiterklasse sich in ihrem Interesse von der Özal-Macht befreien muß.

Viele Gewerkschaften und allen voran der Vorstand des Dachverbands "Türk-Is" machten räuberischem Entreißen der Rechte der Arbeiterklasse und Verwandlung der Türkei zur "Hölle der billigen Arbeitskraft" ihre Augen zu. DISK wurde verboten, gegen ErkämpferInnen der Rechte der ArbeiterInnen wurde vor Gerichten Todesstrafe verlangt. Man behandelte Widerstand gegen die Ausbeutung als etwas illegales und damit strafbares. Unter diesen Umständen lernten ArbeiterInnen, daß sie zu ihren Rechten allein durch eigenes Kämpfen kommen würden. Bewegende Arbeiteraktionen im Frühling 1989 war u.a. auch ein Zeichen gegen die kollabrierende Gewerkschafter. Heute sind alle ausgebeuteten ArbeiterInnen sich bewußt, daß sie ihren gerechten Kampf weder Politikern wie Inönü/Demirel noch Gewerkschaftern wie Sevket Yilmaz überlassen können. Jede(r), wer sich ein Leben ohne von der Ausbeutung, der Unterdrückung und Kolbenhieben der Militärs getroffen zu werden wünscht, kann dies allein durch die eigenen Hände verwirklichen. Heute gibt es in der Türkei nur einen Weg zu Recht zu kommen:Protestieren, Streiken,Demonstrieren und die Macht nicht Anerkennen.

Arbeitende Kollegen und Kolleginnen,
Dürfen wir unsere Klassengeschwister alleine lassen? Nein! Wir müssen Widerstand der streikenden ArbeiterInnen unterstützen. Diese Widerstände und Streiks sind Stimmen der Freiheit und der Demokratie. Sie sind alle unserer Stimme gegen die Bourgeoisie. Es ist der Tag der Unterstützung und der Solidarität mit den widerstehenden und streikenden ArbeiterInnen.

SOLIDARITÄT MIT ARBEITERINNEN IM STREIK UND WIDERSTAND!
NEIN ZUR KRIEGSPROVOKATION AM GOLF!
SCHLUß MIT UNTERDRÜCKUNG, AUSBEUTUNG, MASSAKER UND ZWANGSEVAKUIERUNG IN DER TÜRKEI UND IM KURDISTAN!

Als eine Gruppe von Betriebsräten bzw. Gew.aktivistInnen von Hudson,BMW, Bosch,Siemens,Daimler-Benz,VW-Bordnetz,Ford,Osram,Jersey,KSR.II,KSR.III., Borsigwerke,H.Bopp,R.Titz,Olbo,Stöhr und der Schok.fabrik rufen wir alle Arbeitende zur Solidarität mit den ArbeiterInnen im Streik und Widerstand und sie finanziell wie moralisch zu unterstützen.

Berliner Solidaritätskomitee mit der Arbeiterklasse in der Türkei und im Kurdistan- Flugblatt Nr. 2, 5.1.1991

Kontaktadresse: c/o Halkevi, Kottbusser Damm 74, 1/61, Tel: 692 96 48

Spendenkonto:
Nr.:3292550600 (A.R.Özkan Streik Zonguldak) Berliner Bank,BLZ 100 200 00

: Das Komitee hat am 02.01.1991 an die Gewerkschaft der :
: Bergbauarbeiter Genel Maden Is 5.000,- DM überwiesen. :



Wenn Kreuzfahrer und Assassinen sich zusammentun, muß das Volk sich in acht nehmen

Wenn die Elefanten kämpfen,
wird das Gras zertrampelt,
wenn die Elefanten sich lieben,
wird das Gras auch zertrampelt.

Afrikanisches Sprichwort mit einer Pointe aus Trinidad

Der Golfkrieg ist ein Angriff des Kapitals auf die Arbeiterklasse weltweit. Diese Offensive hat gerade erst begonnen und wirkt sehr widersprüchlich. Beispielsweise sanken nach dem Angriff auf Irak die Ölpreise und alle Welt redet von "Verlusten" des Kapitals. Tatsache ist, daß das Kapital mit dieser Offensive nicht weltweit beginnen kann, und daher mit dem niedrigen Ölpreis in den Metropolen "für Ruhe sorgen" möchte, aber nur vorübergehend. Eine ähnliche Maßnahme sind die Milliardenbeträge, die bereits nach Ägypten, Jordanien und in die Türkei geflossen sind - insgesamt weit mehr an Geld als das, was der amerikanische Imperialismus von seinen Juniorpartnern in Europa und Japan bislang an Geldern für den Krieg zugeschoben bekommen hat. Ob diese Maßnahmen wirken, ist gerade in Ägypten und der Türkei fraglich. Aber das Kapital hat gar keine andere Wahl, als tatsächlich weltweit gegen die Arbeiterklasse in die Offensive zu gehen, und die Chancen, daß die Arbeiterklasse weltweit auf diese Offensive mit der Revolution antwortet, stehen unserer Einschätzung nach nicht schlecht.

Der nächsten Wildcat wird der Midnight Notes Text als Broschüre beiliegen. In der Nummer wird ein längeres Thesenpapier von uns selbst zum Golfkrieg und zur augenblicklichen Phase des Klassenkampfes drin sein. Deshalb sparen wir uns hier längere Kommentare oder Erläuterungen, zumal der Text der Amis eh schon recht lang ist.

Wildcat

Das *Midnight Notes*-Kollektiv ist Teil der Bewegung gegen den amerikanischen Truppenaufmarsch in der Golfregion. Aber wir meinen, daß viele AktivistInnen die gegenwärtige Strategie der US-Regierung falsch interpretieren. Daher fürchten wir, daß viele sich darauf vorbereiten, den letzten großen Krieg, nämlich Vietnam, noch einmal auszufechten. Wir stellen das aufgewärmte Vietnamkriegs-Szenario, von dem viele in unserer Bewegung auszugehen scheinen, in folgenden Punkte infrage:

1. daß der US-Truppenaufmarsch hauptsächlich gegen Saddam Husseins Ba'ath-Regime gerichtet ist;
2. daß sich das US-Militär auf einen großangelegten konventionellen Krieg zwischen US- und irakischen Truppen vorbereitet.

Wir halten diese Annahmen und das Szenario, das sie nahelegen, für falsch. Wir glauben nicht, daß die Regierungen der USA und des Irak die Todfeinde sind, als die ihre Propagandaministerien sie darstellen. Im Gegenteil sollten die amerikanische und die irakische Invasion vom August 1990 ein gemeinsames Ziel der herrschenden Gruppen in Saddams Irak, Bushs USA, Gorbatschows UdSSR und Fahds Saudi-Arabien erreichen:

Sie sollten den Erdöl- (und somit den Energie-)Preis erhöhen und das ölproduzierende Proletariat auf dem ganzen Planeten militärisch einschüchtern.

Folglich können wir am besten etwas gegen die gegenwärtige Golfpolitik der USA tun, wenn wir für niedrigere Benzin-, Heizöl- und Strompreise kämpfen und fordern, daß die US-Truppen vom Golf abgezogen und demobilisiert werden.

MIDNIGHT NOTES — BOX 204 — JAMAICA PLAIN, MASSACHUSETTS — 02130 USA

I

Nichts ist wahr... alles ist erlaubt.

Hasan ibn Ṣabbâh; "der Alte vom Berge", Begründer der Assassinen

Daß sich an der saudisch-kuwaitischen Grenze zwei Armeen in einer dramatischen Konfrontation gegenüberstehen, scheint auf unversöhnliche Gegensätze zwischen den Regierungen der USA und des Irak hinzudeuten. Aber der Schein kann trügen. Während der Kreuzzüge, als die Christen einen heiligen Krieg begannen, um den Moslems Jerusalem (und jede Menge Beute) abzunehmen, verbündeten sich Christenführer mit der ketzerischen islamischen Sekte der Assassinen, um in blutigen Machtspielen ihre eigenen Glaubensbrüder loszuwerden. Wer den Assassinen beitreten wollte, mußte bereit sein, jeden zu ermorden, den die Sektenführer aussuchten (in vielen Sprachen, z.B. Englisch, bedeutet der Sektenname *assassins* Mörder). Richard Löwenherz z.B. rief die Assassinen, um Conrad, Herrscher von Tyros und Marquis von Montferrat, zu erstechen, und fälschte dann einen Brief von Hasan ibn Ṣabbâh, der seine Unschuld beweisen sollte.

Wenn Kreuzfahrer und Assassinen sich in der Vergangenheit stillschweigend einigten, warum sollten dann heute die Führer der USA und des Irak nicht dasselbe tun können? Vergegenwärtigen wir uns die Vorgeschichte: Zwei Wochen vor der irakischen Invasion signalisierte der Außenminister von Saudi-Arabien, dem Hauptverbündeten der USA in der Region, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate könnten keinen militärischen Schutz von der saudischen Regierung erwarten, da sie die OPEC-Förderquoten verletzten und den Ölpreis drückten. Am Freitag vor der Invasion Kuwaits wehrte sich die Bush-Regierung gegen die Absichten von US-Kongreß und -Senat, Wirtschaftssanktionen gegen den Irak zu beschließen. Des weiteren ist mittlerweile allgemein bekannt, daß sich die US-Botschafterin im Irak, April Glaspie, am 25. Juli mit Saddam Hussein getroffen und dabei folgendes gesagt hat: *«Der Präsident persönlich will die Beziehungen mit dem Irak ausweiten und vertiefen... Zu innerarabischen Differenzen, wie Ihren Grenzproblemen mit Kuwait, haben wir nicht viel zu sagen.»* Warum Ende Juli solch Einigkeit und Anfang August scheinbar solche Uneinigkeit?

Wir behaupten, daß die Invasionen vom August ein gemeinsames Ziel der herrschenden Gruppen in Saddams Irak, Bushs USA, Gorbatschows UdSSR und Fahds Saudi-Arabien erreichen sollten: Sie sollten den Erdöl- (und somit den Energie-)Preis erhöhen und das ölproduzierende Proletariat auf der ganzen Erde militärisch einschüchtern, wobei letzteres eine notwendige Vorbedingung für ersteres ist.

Die Einigkeit der iranischen, irakischen und saudischen Regierungen hinsichtlich der Preiserhöhungen war im Sommer 1990 allgemein bekannt. Zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt waren sich die drei größten OPEC-Produzenten über den Preis einig. Die Gründe für diese neue Preisstrategie wurden in einem Bericht dargelegt, den Saddam Husseins Regierung Ende 1989 beim *Washington Center of Strategic and International Studies* bestellt hatte. Dieser Bericht wurde geheim gehalten, aber Henry Schuler, der Direktor der Institutsabteilung für Energiesicherheit, gab am 1. März 1990 dem *Arab Oil and Gas Journal* ein Interview, das anscheinend darauf beruhte. Darin äußerte Schuler Sorgen über die innere Stabilität der meisten Regierungen am Golf, einschließlich Saddams Ba'ath-Regime, und zeigte einen Ausweg auf: Er sagte, die arabischen Ölproduzenten könnten 24 oder 25 $ pro Barrel bekommen, ohne daß die Verbraucher sich nach anderen Energiequellen umsehen würden. *«Warum soll man das Geld auf dem Tisch liegen lassen?»* fragte Schuler und fügte hinzu, die arabischen Nationen würden sich in der Tat ernsthafter Kritik seitens ihrer Bevölkerung aussetzen, wenn sie nicht in ihrem eigenen Interesse die Ölpreise hochdrückten. Diese Strategie ließe sich allerdings nicht durch simple Marktmanipulationen umsetzen, sondern erfordere Veränderungen hinsichtlich der Frage, wer die Ölpreise festsetzt. Saddam Husseins Regierung hat sich seitdem weitgehend an diese politischen Rezepte aus Washington gehalten.

Die beiden größten Nicht-OPEC-Ölproduzenten, die USA und die UdSSR, strebten ebenfalls höhere Erdölpreise an. Für die Sowjetunion war das sowohl eine Notwendigkeit als auch eine Gelegenheit: Sobald ihre osteuropäischen "Verbündeten" erst einmal in die Fänge des IWF und der Freiheit entlaufen waren, konnte sie ihr Öl auf dem Weltmarkt verkaufen und die für das Überleben der Perestroika nötigen Devisen bekommen. Zudem machte der sowjetischen Erdölindustrie der Niedergang der Produktion zu schaffen. Die benötigten Neuinvestitionen konnten nur von ausländischen Kapitalisten kommen, denen ein höherer Ölpreis sicher war. Gleichzeitig plante die US-Regierung eine Rezession zur Senkung der Löhne. Ließ sich die Sache besser in Gang bringen als durch einen neuen Öl-"-Schock" - verursacht von einem "verrückten" arabischen Führer? Überdies war ein Anfangsschock nötig, der gleichzeitig wieder Kapital in die Energieindustrien und den Südwesten der USA — die Ursachen der Sparkassen-Zusammenbrüche — pumpte und die Militärausgaben aufrechterhielt.

Der Ölpreis-"Schock" ist mit der Blockade des Irak und der langsamen Steigerung der Lieferungen durch die ölproduzierenden Länder recht geschickt fabriziert worden. Aber die Ölpreis-Schocks der Vergangenheit waren anders als der August 1990. Damals gab es keine Invasion der Ölproduktionsstätten. Der Schock von 1973 nahm den Sechstagekrieg zum Anlaß, der Schock von 1979 benutzte die iranische Revolution. Diesmal sind irakische, US-amerikanische, französische, britische, syrische, ägyptische (und sogar osteuropäische!) Truppen und Schiffe an den Bohr- und Verladeorten, inspizieren Tanker und verhören Ölarbeiter. Was soll die ganze Feuerkraft, wo doch in der Vergangenheit ein bißchen Medienmanipulation denselben Zweck erreichte?

Die Militarisierung der Ölproduktion ist notwendig, um den Ölpreis *aufrechtzuerhalten und zu kontrollieren*, denn die Forderungen des ölproduzierenden Proletariats müs-

sen eingedämmt werden, wie die Revolutionen und Sozialpartnerschaften der 70er und Anfang der 80er Jahre zeigen. Diese Jahrzehnte haben gezeigt, daß das durch höhere Ölpreise erzeugte überschüssige Geld von den ölexportierenden Ländern im kapitalistischen Sinn nicht so profitabel wie möglich verwandt wurde. Statt die Ölprofite in die Energie- und High-Tech-Sektoren des Weltkapitals zu investieren, floß dieser Überschuß zu oft in die Erhöhung des Lebensstandards des ölproduzierenden Proletariats. Zu diesem Proletariat gehören nicht nur die Arbeiter auf den Ölfeldern, sondern auch die Gesamtheit der ArbeiterInnen, die zur Produktion dieser Arbeiter nötig sind. Daher sind ägyptische Bauarbeiter, palästinensische LKW-Fahrer, philippinische Krankenschwestern und Prostituierte aus Sri Lanka Teil des ölproduzierenden Proletariats in der Golfregion.
Diese ausländischen ArbeiterInnen waren besonders wichtig im Kuwait vor der Invasion, wo 80 Prozent der Arbeitskräfte im Land ausländische ArbeiterInnen waren (darunter ungefähr 400.000 PalästinenserInnen). Ebenso spielten sie eine zentrale Rolle im Irak, wo 1,5 Millionen ÄgypterInnen, 300.000 SudanesInnen und 200.000 andere ausländische ArbeiterInnen etwa ein Viertel der Arbeitskräfte ausmachten. Mindestens 60 Prozent der saudiarabischen Arbeitskräfte sind AusländerInnen (darunter mehr als eine Million JemenitInnen und 300.000 PalästinenserInnen). Ebenso sind 90 Prozent der Arbeitskräfte in den Vereinigten Arabischen Emiraten ausländische Arbeitskräfte, hauptsächlich aus Indien, Pakistan und dem Iran. Ganz allgemein ist das ölproduzierende Proletariat international zusammengesetzt — es kommt in der Regel aus den ärmsten Teilen Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und des Nahen Ostens.
Aber es kontrolliert eine entscheidende Nahtstelle im kapitalistischen Produktionszyklus. Erdöl ist nämlich immer noch die grundlegendste aller Waren (d.h. es geht direkt oder indirekt in die Produktion fast aller Waren ein, einschließlich Essen, Wohnen und Kleidung), und hochtechnisch, wie sie ist, ist die Ölproduktion äußerst verwundbar durch aufsässige ArbeiterInnen.
Die iranische Revolution von 1979, in der die Erdöl-Arbeiter die Ölquellen besetzten und das städtische Proletariat das Schah-Regime vernichtete, machte klar, welche Gefahr das ölproduzierende Proletariat für das weltweite Kapital birgt. Aber im Iran zeigte sich die Macht der ÖlarbeiterInnen in den 70ern und Anfang der 80er nur am spektakulärsten. Von Mexiko über Nigeria bis Indonesien riefen die Ölpreis-"Schocks" Erwartungen hervor, die selbst von den repressivsten Regierungen nicht kontrolliert werden konnten, wie der Sturz des Schah zeigte. Diese Ansprüche mußten erstickt werden. Daher der Zusammenbruch der Preise ab 1982 und Mexikos Zahlungsverzug bei Öl-garantierten Krediten, was die Schuldenkrise einleitete. Mit der sogenannten "Ölschwemme" haben fast alle ölproduzierenden Länder IWF-Sparprogramme akzeptiert, die die Löhne und Ansprüche des ölproduzierenden Proletariats radikal beschnitten. Zum Beispiel senken die vom IWF auferlegten Abwertungen der Währungen ölproduzierender Länder direkt die Löhne der ausländischen ArbeiterInnen, die das verdiente Geld (auf der Bank oder schwarz) tauschen müssen, um es nach Hause zu überweisen.

Seit Mitte der 80er Jahre steigt die soziale Spannung in diesem Proletariat; denn es weiß, daß es die grundlegendste aller Waren produziert, aber der kapitalistische Markt sagt ihm, sein Produkt sei praktisch wertlos (z.B. wurden im Frühjahr 1986 pro Barrel [ca. 160 Liter] Öl weniger als 10 $ bezahlt). Seit 1988 ist diese Spannung auf der ganzen Welt in Riots und Aufständen gegen die Sparprogramme und -regimes explodiert, z.B.:
1988: *Algerien*: Riots gegen Sparprogramme; *Palästina:* die Intifada; *Nigeria:* Riots gegen IWF-Sparprogramme.
1989: *Jordanien:* Riots gegen IWF-Sparprogramme.
1990: *Nigeria:* versuchter Militärputschversuch gegen IWF-Programme; *Jordanien:* Riots gegen Sparprogramme; *Venezuela:* Riots gegen IWF-Sparprogramme und Putschgerüchte.
Am Islam orientierte soziale Bewegungen sind in diesen Jahren ebenfalls in Ägypten, Algerien, Libanon, Palästina, Saudi-Arabien, Kuwait und den Emiraten als Bewegung eindrucksvoll angewachsen. Sie werden immer wieder als "fundamentalistisch" bezeichnet, aber sie stellen weder einen "Rückfall ins Mittelalter" dar, noch sind sie nur eine Art postmodernen Patriarchats, sondern ebenso oft eine Form von Internationalismus, der gegen die ungleiche Verteilung des Ölreichtums, d.h. gegen die Kapitalisierung des "Geschenks von Allah an alle", protestiert und eine ideologische Grundlage für die Verweigerung von IWF-Sparprogrammen bietet (da Wucher im Islam immer noch eine Sünde ist, wie er es im Christentum *war*).
Höhepunkt und Synthese dieser Reaktionen des ölproduzierenden Proletariats gegen den IWF war der Aufstand in Trinidad am 27. Juli 1990, eine Woche vor der irakischen Invasion Kuwaits. Er kam am Ende einer Zeit politischer Instabilität, nachdem die Regierung von Trinidad den wirtschaftspolitischen Empfehlungen des IWF nachgekommen war. Wie üblich verursachte diese Politik massive Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen. Daraufhin wurde am 6. März 1989 als "Tag des Widerstands" ein Generalstreik durchgeführt, um gegen die Preissteigerungen und den Abbau von Sozialeinrichtungen zu protestieren; im September 1989 streikten die Arbeiter auf den Ölfeldern zum ersten Mal seit dreißig Jahren; zwischen Mai und Juli 1990 gab es immer wieder Streiks von ArbeiterInnen im Gesundheitswesen. Mitten in dieser sehr angespannten Lage schlug die *Jammat Al Muslimeen* zu, eine islamische Sekte von Afro-Karibiern. Sie fesselten den Präsidenten von Trinidad und Tobago, Robinson, und sein Kabinett an Bomben, während das städtische Proletariat Essen, Kleidung und Geräte aus den Läden der Innenstadt enteignete. Da eine US-Intervention erwartet wurde, konnte der Aufstand am 1. August niedergeschlagen werden. In den Nachwehen militarisierte die Regierung ihre Herrschaft über die Inseln. Aber sowohl die Direktheit des Angriffs als auch das überraschende Auftauchen von islamischen Revolutionären auf einer karibischen Insel machte klar, daß das ölproduzierende Proletariat weltweit vor dem Durchbruch steht.
Die irakische und die US-Invasion vom August 1990 waren eine Antwort auf die Klasseninhalte des Aufstands von Trinidad. Die Gewehre auf beiden Seiten der kuwaitischen Grenze zielen nämlich auf die ölproduzierenden ProletarierInnen und ihre Freunde, denen gesagt wird, daß jeder Versuch, den Ölpreis-"Schock" zur Steigerung ihrer Löhne, ihres Lebensstandards oder ihrer politischen Macht zu benutzen, unmittelbar militärisch beantwortet werden wird. Eben darum erwartet die US-Regierung, daß ihre Truppen auf Jahre hinaus in Saudi-Arabien bleiben werden. Die Intensität der Konfrontation mit diesem Proletariat hat die herrschende Klasse der Golfstaaten dazu gezwungen, ihre "nationalistischen" Masken fallenzulassen und sich, wenn auch widerstrebend, mit Israel und den USA, d.h. mit den staatlichen Verkörperungen des internationalen Kapitals, zu verbünden. Diese ideologische Umorientierung der Golfstaaten entspricht wenigstens der Logik ihrer Interessen. Sie haben sich längst ökonomisch ins internationale Kapital integriert und sich exterritorialisiert. Kuwait z.B. hat 100 Milliarden $ in Europa und Nordamerika investiert, 60% seiner 2,1 Millionen-Bevölkerung sind nicht-kuwaitisch. Es ist eine Ölplantage, Punkt.
Diese Staaten mußten die USA bitten, sie zu besetzen, um den Leuten, die auf ihrem Territorium arbeiten, und den Ländern, aus denen sie kommen, etwas klarzumachen: "Das Fest ist vorbei", und diesmal wird das Geld nicht "verpraßt". Der Massenexodus von ArbeitsimmigrantInnen aus Irak, Kuwait und den angrenzenden Gegenden zeigt spektakulär die "Verwundbarkeit" des ölproduzierenden Proletariats. Dieser Exodus wird bei allen zukünftigen Lohnüberlegungen eine herausragende Rolle spielen. Die ArbeiterInnen, die sich über die irakisch-jordanische Grenze bewegen und in "Flüchtlingslagern" in der Nähe von Amman sterben, sind nämlich nicht Flüchtlinge, sondern das Ergebnis einer Massenentlassung. Sie haben an der eigenen Haut eine weitere Variante der *neuen Einzäunungen* erfahren — der weltweiten Enteignung der ArbeiterInnen von ihrem Land und den sozialen Garantien der 80er Jahre — was ihre Forderungen zähmen soll, wenn sie wieder in die Gebiete der Ölproduktion zurückkehren.
Folglich sind die Invasionen notwendig, um die Ölpreise zu kontrollieren und den Preisanstieg aufrechtzuerhalten. Nur wenn das ölproduzierende Proletariat mit Gewalt daran gehindert wird, sich einen größeren Anteil an den gestiegenen Öleinkünften zu holen, und die Petrodollars dadurch für die kapitalistische Produktion befreit werden, kann nämlich der Ölpreis aufrechterhalten werden. Die Waffen, die um die Bohrtürme, die Förderanlagen, Raffinerien und Tanklager stationiert sind, sind jetzt ein direkter Teil der Produktionskosten des Erdöls geworden. Es ist ganz richtig, von der "Söldner"-Rolle der amerikanischen "Kreuzfahrer" zu sprechen.
Sie sind eine Art Erdöl-Pinkertons des ausgehenden 20. Jahrhunderts, während die "Bedrohung" durch die irakischen Assassinen dazu dient, die US-Präsenz zu rechtfertigen und durchzusetzen.
Das heißt nicht, daß die Regimes von Bush und Saddam sich in vollkommener Übereinstimmung befinden. Es gibt eine Reihe von wichtigen, wenn auch lösbaren Differenzen zwischen ihnen. Erstens: Obwohl Bush und Saddam sich darüber einig sind, daß die Ölpreise steigen sollten, will die US-Regierung nicht, daß die Irakis den Preis kontrollieren. Diese Rolle kommt schon der saudi-arabischen Regierung zu, die in der OPEC die Preise bestimmt und die mehr als 1 Billion $ in den USA, Europa und Japan investiert hat. Die Saudis bestimmen den Ölpreis immer im Interesse des kollektiven Weltkapitals, Saddam Hussein dürfte nicht so zugänglich sein. Zweitens: Saddams Regierung hat die Invasion Kuwaits benutzt, um ein äußerst fahrlässiges Verbrechen gegen das Kapital zu begehen (das wurde in den ganzen Medienergüssen kaum erwähnt): Sie hat einseitig 100 Milliarden $ an Auslandsschulden gestrichen. Dies ist ein äußerst beunruhigender Präzedenzfall, der sofort daran erinnert, wie die Nazis Deutschlands Schulden aus dem ersten Weltkrieg gestrichen haben, also auch Angst aufkommen läßt, die Dritte Welt könnte in der kommenden Rezession einen militanten oder sogar militärischen Zahlungsboykott bei internationalen Schulden beschließen. Außerdem werden die US-Banken, die zunehmend vom Crash bedroht sind, das Bargeld in ihren Tresoren vermissen.
Diese Differenzen hinsichtlich der Kontrolle über die Festsetzung der Ölpreise und hinsichtlich der Schuldenpolitik können vermittelt werden, obwohl in diesem Vermittlungsprozeß durchaus am Rande auch militärische Gewalt angewandt werden könnte. Doch die US-Kreuzfahrer sind nicht auf der arabischen Halbinsel, um einen großangelegten, konventionellen Krieg gegen die irakischen Assassinen zu führen, wie viele es sich immer wieder ausmalen. Die US-Truppen sind nämlich nicht auf der arabischen Halbinsel, um gegen die Soldaten einer Regierung zu kämpfen, die das Spiel des kollektiven Kapitals mitspielt. Das Regime von Saddam Hussein zeigt sich vollständig gewillt und in der Lage, dieses Spiel mitzuspielen. Diese US-Invasion des persischen Golfs ist daher nicht mit dem Krieg in Vietnam zu vergleichen, wo das US-Militär hingeschickt wurde, um eine direkt antikapitalistische, revolutionäre, bewaffnete Bewegung zu bekämpfen. Sie gleicht eher der US-Besetzung von Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg, die nicht in erster Linie eine sowjetische Invasion abwehren, sondern das Entstehen von revolutionären Kräften in Westeuropa selbst verhindern sollte.
Die schnelle Stationierung von hunderttausenden von Soldaten mit einem großen Kader von Logistik-Spezialisten in militärisch ungedeckten Aufmarschgebieten läßt eher auf die Vorbereitung von ständigen Stützpunkten in Saudi-Arabien als auf die Invasion von Kuwait und Irak schließen. Es ist kein Zufall, daß diese Invasion bis jetzt die größten Verluste unter den vertriebenen ausländischen ArbeiterInnen und - durch Arbeitsunfälle - unter den US-Truppen gefordert hat. Die US-Truppen werden nämlich als *Streikbrecher* beim Aufbau der Infrastruktur der Golfbesetzung eingesetzt, da die Behörden schwere Bedenken haben, US-Truppen und Golf-ArbeiterInnen zusammenzubringen. Tatsächlich zeigt die Schnelligkeit der Stationierung, daß die US-Truppen nicht nur *Streikbrecher*, sondern auch *Geiseln* sind, denn ihre bloße Anwesenheit auf der arabischen Halbinsel wird der Bush-Regierung militärische Gründe liefern, diese äußerst exponierte Streitmacht zu beschützen.

II

Es gab immer hunderte von Leuten in der arabischen Heimat, die sich aus Unwissenheit die Weltsicht der Nazis zu eigen machten, bevor der Nazismus überhaupt auftauchte.

Michel Aflaq: Fi Sabil (1955)

Die oben angestellte Analyse der Klassenverhältnisse und der Motive, unter denen die Invasionen vom August stattfanden, deutet auf eine funktionale Einigkeit zwischen der ba'athistischen und der republikanischen Regierung von Saddam und Bush hin und hat klare politische Folgen für AntikapitalistInnen.
Doch dann ist da die Gleichung Saddam = Hitler, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Sobald nämlich von Hitler die Rede ist, hört alles politische Denken auf. Hitler wirkt wie "der Alte vom Berge" des 20. Jahrhunderts, der die Vernunft in einer Mischung aus Schrecken und Faszination erstarren läßt. Aber um Mitternacht nehmen sich die Schrecken des Tages banaler aus.
Sehen wir uns zunächst die Gleichung an: Ist Saddam ein arabischer Hitler? Saddams Ba'ath (= Handlung, Bewegung, Wiederbelebung, Wiedergeburt) ist ganz klar eine Form von Nationalsozialismus. Sie zielt auf die Neudefinition einer arabischen Nation, die sich von Marokko bis zum Irak erstreckt; sie betrachtet alle nach-osmanischen Grenzen als vorläufig. Es stimmt, daß Aflaq, einer der Gründer des Ba'athismus in den 40er Jahren, dessen Gleichsetzung mit arabischem Nazismus ablehnte, aber in seinen Äußerungen stellte er den Vorrang der arabischen Rasse bei der Suche nach der Nation nicht in Frage.
Ba'athistischer Sozialismus gleicht Hitlers Nationalsozialismus auch insofern er eine Form von staatlich dominiertem Kapitalismus ist, in dem Eigentumsrechte «Naturrechte in den Grenzen des nationalen Interesses» sind *(Artikel 34 der ba'athistischen Verfassung)*. Die Ba'ath-Partei hat gewiß nicht zu einer deutlichen Verringerung der Einkommensunterschiede beigetragen, aber dafür hat sie den Anstieg der Reallöhne durch den Import von ausländischen ArbeiterInnen kontrolliert. Auch in Saddams Äußerungen ist der ba'athistische Sozialismus nicht gerade antikapitalistisch, und erst recht nicht in seiner Praxis. Dies hier ist zum Beispiel die Definition von "Sozialismus", die er vor einem Jahrzehnt vorschlug: *«Sozialismus bedeutet nicht die gleichmäßige Verteilung von Reichtum unter den Armen, denen alles genommen wird, und den Reichen, die sie ausbeuten; das wäre zu unflexibel. Sozialismus ist ein Mittel, um die Produktivität zu steigern und zu verbessern.»*
Wenn wir zu diesem ideologischen Bild noch folgendes hinzurechnen:

- die Gasangriffe auf die kurdische Unabhängigkeitsbewegung;
- die Massenhinrichtungen von KommunistInnen und islamischen FundamentalistInnen;
- die brutale Behandlung der ausländischen ArbeiterInnen, die zum Tod von allein 1.000 ägyptischen ArbeiterInnen pro Jahr führt;
- das machiavellistische Abschlachten von Parteigängern im Innern der Macht;

bekommen wir ein Bild von Saddam Hussein als dem Führer einer faschistischen Partei.
Aber Hitler? In der Form vielleicht, aber kaum in der Größenordnung. Im 20. Jahrhundert lassen sich mit Saddam und den Ba'athisten am ehesten die Führer des nationalsozialistischen Zionismus wie Begin und Sharon vergleichen. Wie die israelischen Faschisten könnte Saddam Hussein ohne die Unterstützung des internationalen Kapitals für sich und seine Partei nichts ausrichten.
Und wie die Zionisten hat er sie bekommen, denn sein arabischer Faschismus spaltet das ölproduzierende Proletariat in Araber und Nichtaraber. Der Ba'athismus stellt eine Alternative zu der internationalistischen Anziehungskraft gewisser islamischer Fundamentalismen von Indonesien bis zur Karibik dar, die eine sozialdemokratische Vision von einer nichtstaatlichen Bruderschaft mit Wohlfahrts- und Umverteilungsgarantien entwerfen.
Saddams ba'athistische Partei arbeitet jetzt am persischen Golf und in Nordafrika genau so, wie die Nazis einen Pangermanismus organisierten, der die Hälfte der europäischen Arbeiterklasse dazu rekrutierte, mit dem stillschweigenden Einverständnis des internationalen Kapitals die andere Hälfte zu ermorden. Sein Erfolg könnte die Araber aus den Reihen des Antikapitalismus auf diesem Planeten entfernen, so wie es die Zionisten weitgehend mit den Juden gemacht haben.

Die Kapitalisten setzen darauf, daß der ba'athistische Irak - der ein Jahrzehnt lang ein dreimal so großes Land bis zum Waffenstillstand niederkämpfen konnte - die einzige Kraft ist, die den USA helfen kann, die gefährlichen ArbeiterInnen am Golf zu disziplinieren und zu verwirren.

III

Der Mensch erbittet das Böse, wie er das Gute erbittet. Der Mensch ist ja eilfertig.

Sure 17 (Die Nachtfahrt), Koran

Wenn nach der US-Propaganda Saddam Hussein und die irakischen Ba'athisten der Hitler und die Nazis der 90er Jahre sind, dann paßt es, daß das Bündnis von USA, UdSSR und den meisten anderen "Alliierten" unter der Überschrift jenes Produkts der antifaschistischen Politik des zweiten Weltkriegs, der Vereinten Nationen stattfindet. Einige verklären die Zeiten, als die Rote Armee und die US-amerikanischen GIs zusammen kämpften, um die Welt gegen die "Barbarei" zu verteidigen, dermaßen, daß sie große Hoffnung in die neue Einheitsfront setzen, die in der arabischen Wüste zusammenkommt, um die nationale Souveränität von schwächeren Staaten zu verteidigen. «Vielleicht», flüstern sie sehnsüchtig, «könnte dies das erste Zeichen für die Entstehung einer Weltregierung sein, jetzt wo der Kalte Krieg zuende ist.» Aber genau wie beim Wort "Hitler" in diesem Jahrhundert das Denken aufhört, fängt es bei der Vorstellung von einer Weltregierung an, halluzinierend zu rotieren. Bevor wir aber den Verstand verlieren, sehen wir uns das Vorgehen der UNO im allgemeinen und ihre besondere Rolle in der Kuwait-Krise an.

Die UNO ist die kollektive Vereinigung kapitalistischer Staaten. Weder vertritt sie das Weltproletariat, noch ist sie der erste Weltstaatenbund dieser Art. In der Geschichte des Kapitalismus gab es immer wieder Momente, in denen kapitalistische Staaten sich zusammengetan haben, um die Grundregeln des Weltmarkts — der wahren und einzigen Verkörperung einer kapitalistischen "Weltregierung" — zu organisieren. So wurde etwa das heutige internationale Seerecht im 17. Jahrhundert begründet, um Seeverkehr und -auseinandersetzungen von Staaten und Firmen auf dem neuen Weltmarkt zu regeln. Ende des 19. Jahrhunderts trafen sich die Großmächte in Berlin, um Afrika rationell und gemeinsam aufzuteilen. Im 20. Jahrhundert wurden in Versailles und Jalta Einflußsphären, nationale Grenzen und Konzernansprüche neuverteilt, die vom Völkerbund, bzw. der UNO überwacht werden sollten.
Die jetzige, eher ekelerregende Kriecherei der Staaten bei der UNO und in der arabischen Wüste ist nur ein Teil des globalen Neuaufteilungsprozesses nach dem Kalten Krieg. Sie gibt nicht zu mehr Hoffnung auf ewigen Frieden Anlaß als die Konferenzen von Berlin 1885, von Versailles 1919 und von Jalta 1945. Wenn das Kapital kollektiv handelt, dann, um seine Klassengegner einzeln zu schlagen, das Bündnis am Golf macht da keine Ausnahme.

Manche sagen aber, das Prinzip des "Schutzes der nationalen Souveränität", mit dem die USA ihre Führungsrolle in der UNO-Invasion Saudi-Arabiens rechtfertigen, sei "progressiv". Ließe sich nicht gerade dieses Prinzip z.B. im Fall von Palästina gegen die USA und ihren Verbündeten Israel anwenden? In einer juristischen Debatte hätte so eine Taktik vielleicht Erfolg. Aber auf Staatsebene sucht man vergeblich nach einer gerechten Anwendung dieses Prinzips. Erst recht vergeblich ist der Glaube, dieses Prinzip könnte im Interesse des palästinensischen Proletariats angewandt werden. Die USA als Staat sind im Rousseau'schen Sinn ein vorvertraglicher Wilder, sie müssen erst noch die Art von Katastrophe einstecken, die sie zu halbwegs annehmbarem bürgerlichen Verhalten zähmen würde. Das beweist das letzte Jahrzehnt von den US-Invasionen in Grenada und Panama bis zur Ignorierung der Urteile des Internationalen Gerichtshofes gegen ihre Angriffe auf Nicaragua. Der Staat Israel ist an Wildheit nur das schrillere Echo der USA.
Es ist utopisch zu glauben, die USA würden ihre Palästina-Politik ändern, bloß weil gezeigt wird, daß sie das Prinzip der nationalen Souveränität inkonsequent verfolgen — im Fall Kuwait ja und im Fall Palästina nein. Aber selbst wenn solche Argumente sie zum Handeln bringen würden, wären die Folgen für die proletarischen Kämpfe verheerend, wie die Geschichte von anderen bewaffneten UNO-"Friedens"-Initiativen, wie Korea 1950 oder Zaire 1960 oder kürzlich Namibia gezeigt hat.
Läßt sich die UNO dann überhaupt in dieser Krise benutzen? Vielleicht. Hinter der Entwicklung des internationalen Rechts von Grotius' Theorien im 17. Jahrhundert bis zu den neuesten Menschenrechts-Chartas stecken nicht nur die Manöver von kapitalistischen Staaten. Die UNO selbst ging aus einer Elefantenhochzeit zwischen Sozialdemokratie und Stalinismus in den 40er Jahren hervor, und beide Formen der Klassenherrschaft waren Antworten auf proletarische Kämpfe, deren Energien sie wenigstens vorwegnehmen und absorbieren sollten.
Daher kann die UNO diesen Kämpfen als formale Arena dienen, in der die Kapitalisten die proletarische Macht unter dem Aspekt von "Menschen"-Rechten anerkennen. Solch eine formale Arena kann ebensowenig als bloße bürgerliche Illusion abgetan werden, wie ein Gericht oder ein Parlament. Ein günstiges Urteil oder Gesetz ist nicht bedeutungslos. Aber es kann nicht das Ziel eines Kampfes sein, denn in einem Moment der Schwäche können Urteile aufgehoben und Gesetze geändert werden. Der Fall Kuwait ist in dieser Hinsicht allerdings klar: Die "Menschenrechte" der meisten ArbeitsimmigrantInnen sind verletzt worden: ihre Löhne nicht bezahlt, ihr Lebenszusammenhang zerschlagen, ihre Bewegungen eingeschränkt. Diese Rechte könnten wir im Forum der UNO verteidigen, wenn wir dieses Forum überhaupt benutzen wollen; nicht aber die Rechte der Ölplantagenbesitzer auf ihre Profite.

IV

Hast du nicht gesehen, wie Allah mit der Armee des ELEFANTEN verfuhr? Hat er nicht ihre List fehlgehen lassen und Vögel in Schwärmen über sie gesandt, die sie mit Steinen von Ton bewarfen, und sie somit gleich abgefressenen Halmen gemacht?

Sure 105 (Der Elefant), Koran

Nichts, was das US-Militär tut, liegt im Interesse der Menschen der Welt. In Saudi-Arabien hält es z.B. als Polizei gegen das ölproduzierende Proletariat höhere Ölpreise aufrecht. Für die ÄgypterInnen, SrilankanerInnen, Pakistanis und PalästinenserInnen auf den Ölfeldern sind die US-Truppen zu mobilen WanderarbeiterInnen des Todes geworden.
Das ist natürlich nicht die offizielle Version. Laut George Bush sind die Kreuzfahrertruppen dazu da, den *American Way of Life* gegen Saddam Husseins Assassinen zu verteidigen. Aber die Truppen sind ProletarierInnen — großteils Schwarze, Latinos, arme Weiße, sowohl Männer als auch Frauen, viele mit Kindern —, deren Löhne seit 1973 auf das Niveau von vor dem zweiten Weltkrieg gefallen sind. Die höheren Ölpreise, die sie durch ihre Anwesenheit erzeugen und aufrechterhalten, greifen ihren eigenen Lebensstandard weiter an (nicht den von George Bush). Die höheren Ölpreise schlagen sich nämlich ganz sicher in einer Rezession und einer Inflationsperiode nieder, die zusammengenommen die Löhne weiter untergraben, die Mieten weiter steigern und der Regierung noch mehr Vorwände geben werden, die letzten Sozialleistungen zu streichen, auf die wir noch Anspruch haben. Je niedriger aber die Löhne sind, umso attraktiver erscheint es vielen, zu einer Söldner-Kreuzfahrer-Armee zu gehen (die ihre eigenen Reallöhne nach unten drückt).
Und so dreht sich der Teufelskreis, bis er von innen oder von außen durchbrochen wird. Wir schulden den arbeitenden Menschen vom Golf und den Truppen unsere Solidarität, und dazu müssen wir ihnen vor allem helfen, den Teufelskreis zu durchbrechen. Das können wir tun, indem wir ihnen helfen, die US-Regierung zum Truppenabzug zu zwingen, damit die ölproduzierenden ArbeiterInnen sich politisch für ihre eigenen Interessen bewegen können, ohne von US-TodesarbeiterInnen abgeschlachtet zu werden.

Aber was ist mit Saddam und seinen Assassinen? Wird ihnen der Abzug der US-Truppen nicht freie Hand über das ölproduzierende Proletariat geben? Im Gegenteil. Es sind ja gerade die US-Kreuzfahrer, die Saddam an der

Macht halten. Ohne stabile höhere Ölpreise und einen starken sichtbaren äußeren Feind könnte sich das gegenwärtige irakische Ba'ath-Regime nicht halten. Aber gerade die Präsenz von US-Truppen, -Flugzeugen und -Schiffen erfüllt ja beide Bedingungen. Wenn sie abziehen, wird die Schwäche der irakischen Ba'ath-Partei klar zu Tage treten. Diese Partei hängt nämlich völlig von einer äußerst verwundbaren Produktionsform ab, die man leicht sabotieren und zerschlagen kann — d.h., wenn man nicht so besorgt um die Kapitalströme wäre. Saddams Ba'athismus ist genauso abhängig von den USA wie Shamirs Zionismus. Der endgültige Abzug der USA aus der Region würde sie beide zum Untergang verdammen.
Wir haben gezeigt, daß es gegen das Interesse des ölproduzierenden Proletariats, der US-ArbeiterInnen und sogar der US-Truppen ist, wenn das US-Militär am Golf bleibt. Wir können noch ein bißchen weiter gehen. Diese Truppen sollten sowohl aus dem persischen Golf als auch aus Europa abgezogen werden (wo die angebliche sowjetische Bedrohung jetzt in sich zusammenfällt). Aber die Truppen müssen nicht nur heimgeholt, sondern auch **demobilisiert** werden.

Warum braucht die US-Regierung das Militär? Es gibt keine angebliche großangelegte ausländische Bedrohung gegen die Interessen der ArbeiterInnen hier (und viele US-ArbeiterInnen haben wiederum gar keine Heimat). Der wirkliche Zweck des Militärs ist klar: Es dient dazu, uns zu unterdrücken. Da die Demobilisierung von mehr als zwei Millionen SoldatInnen dazu benutzt werden kann, unser ohnehin schon fallendes Lohnniveau zu senken, sollten die Truppen während ihrer Demobilisierung voll bezahlt werden, bis ihnen ein anderes Einkommen zur Verfügung steht.

Auch alle UNO-Truppen sollten die Golfregion verlassen, denn hinter der "Friedenssicherungs"-Fassade dienen auch sie nur der Repression. Die kapitalistische Organisation der Welt läßt keinen Frieden zu, denn sie muß unseren Widerstand gegen die Ausbeutung und gegen den Diebstahl der Allgemeingüter der Erde zerschlagen, sie kann also keine "Friedensdividende" ausschütten.
Hier haben wir die historische Chance zu einer weltweiten Bewegung gegen den Militarismus und die vom Militär abhängige weltweite kapitalistische Produktion. Da praktisch jede Nation sich mit Streitkräften an der US/UN-Ölpolizei zur Kontrolle der Forderungen des ölproduzierenden Proletariats beteiligt, kann eine internationale Bewegung gegen die Militäraggression der UNO am Golf das niederträchtige Bündnis zwischen Kreuzfahrern und Assassinen durcheinanderbringen.

V

Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße, liegt also in der Preisform selbst. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zu adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann.

Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, S. 117

Der Ölpreis ist im Kapitalismus politisch bestimmt: durch unsere Kämpfe und die Versuche der Herrschenden, uns durch das Öl zu besiegen. Der jeweilige Preis spiegelt sowohl wider, wie wirksam sie uns kontrollieren, wie politisch sicher also Investitionen in Energiegüter sind, als auch, welcher Preis in Zukunft dafür nötig ist, daß ausreichend in Technologie, Automatisierung, Atomkraft und Biotech investiert wird, um den Preis auf höherem Niveau zu stabilisieren.

Ende der 70er Jahre z.B. benutzten die Menschen von Mexiko über Nigeria bis zum Iran die höheren Ölpreise, um einen besseren Lebensstandard, höhere Löhne, Sozialleistungen, Schulen und Krankenhäuser zu fordern. Viel von dem Reichtum, den die höheren Ölpreise erzeugt hatten, ging an die ProletarierInnen, statt in Industrien investiert zu werden, die ein hohes Technologie- und Energieniveau erfordern und die gerade entwickelt werden, um die ArbeiterInnenmacht über die Produktion von Reichtum zu schwächen. In den USA, Europa und Japan trieb der Widerstand gegen die Atomkraft die Versicherungskosten für AKWs so hoch, daß auch der höhere Ölpreis nicht die Profitabilität der Atomkraft garantierte, was den kapitalistischen Planern einen schweren Schlag versetzte. Gleichzeitig organisierten sich US-amerikanische LKW-Fahrer, BäuerInnen und Bergarbeiter, europäische BäuerInnen und italienische Hausfrauen gegen die höheren Ölpreise, während Taxifahrer in Levittown, Pennsylvania, und in Japan revoltierten. Der Preis für Energiegüter fiel.

Mit dem Preissystem organisieren die Kapitalisten daher in ihrem Interesse die gesellschaftliche Produktion und Konsumption quer durch alle möglichen Kämpfe hindurch. Keine Ware hat nur einen einzigen Preis, je nach den Kampfumständen kann sie viele haben. Es kostet z.B. ungefähr 2 $, ein Barrel Rohöl zu fördern, also ungefähr 1¼ Cent pro Liter. Aber der Preis für Rohöl schwankt auf der Welt sehr weit. Obwohl der Preis für exportiertes Erdöl auf dem Weltmarkt überall so ziemlich der gleiche ist, unterscheidet sich der Benzinpreis an der Zapfsäule beträchtlich von Land zu Land. Im Dezember 1988, als der Weltpreis für Rohöl unter 15 $ pro Barrel lag, kostete der Liter Benzin ca. 4 Cents in Caracas und mehr als 1 $ in Tokio.
Diese Preisunterschiede sind das Ergebnis vieler Kämpfe. Nigeria z.B. hat mit den billigsten Inlands-Benzinpreis der Welt (ca. 7½ Cents pro Liter), weil die Menschen an den Taxiständen und in den Innenstädten jedesmal, wenn die nigerianische Regierung auf Druck des IWF die Preise an den Zapfsäulen zu erhöhen versuchte, revoltierten, um den Wert ihrer Löhne zu verteidigen.

Angesichts der Invasionen zeichnet sich in den USA jetzt allerdings eine unheilige — wenn auch unbeabsichtigte — Allianz zwischen Dritte-Welt-UmverteilerInnen, UmweltschützerInnen und den Planern in der Ölindustrie ab. Die *Dritte-Welt-Soli-Leute* glauben, höhere Ölpreise in den USA könnten den Reichtum an die ArbeiterInnen in ölexportierenden Ländern in der Dritten Welt umverteilen und so den jahrzehntelangen ungleichen Tausch zwischen diesen Ländern und den entwickelten kapitalistischen wiedergutmachen. Die *UmweltschützerInnen* glauben, höhere Ölpreise würden ArbeiterInnen und Kapitalisten in den USA so weit disziplinieren, daß sie ökologisch sicherere Alternativenergien - Sonne, Wind, sogar Hanf — akzeptieren, und wir vernünftigerweise unseren Benzin- und Autogebrauch einschränken. Die *Planer in der Ölindustrie* sehen in den höheren Ölpreisen natürlich mehr Profite, die sie in Industrien investieren können, die auf High-Tech-Energien beruhen. Aus all diesen Perspektiven erscheint das US-Proletariat als ungerecht (gegenüber seinen Brüdern und Schwestern in der Dritten Welt), verantwortungslos (gegenüber den Bedürfnissen von Mutter Erde) und unrealistisch (weil es sich nicht um die rationale Verteilung der Ressourcen kümmert).

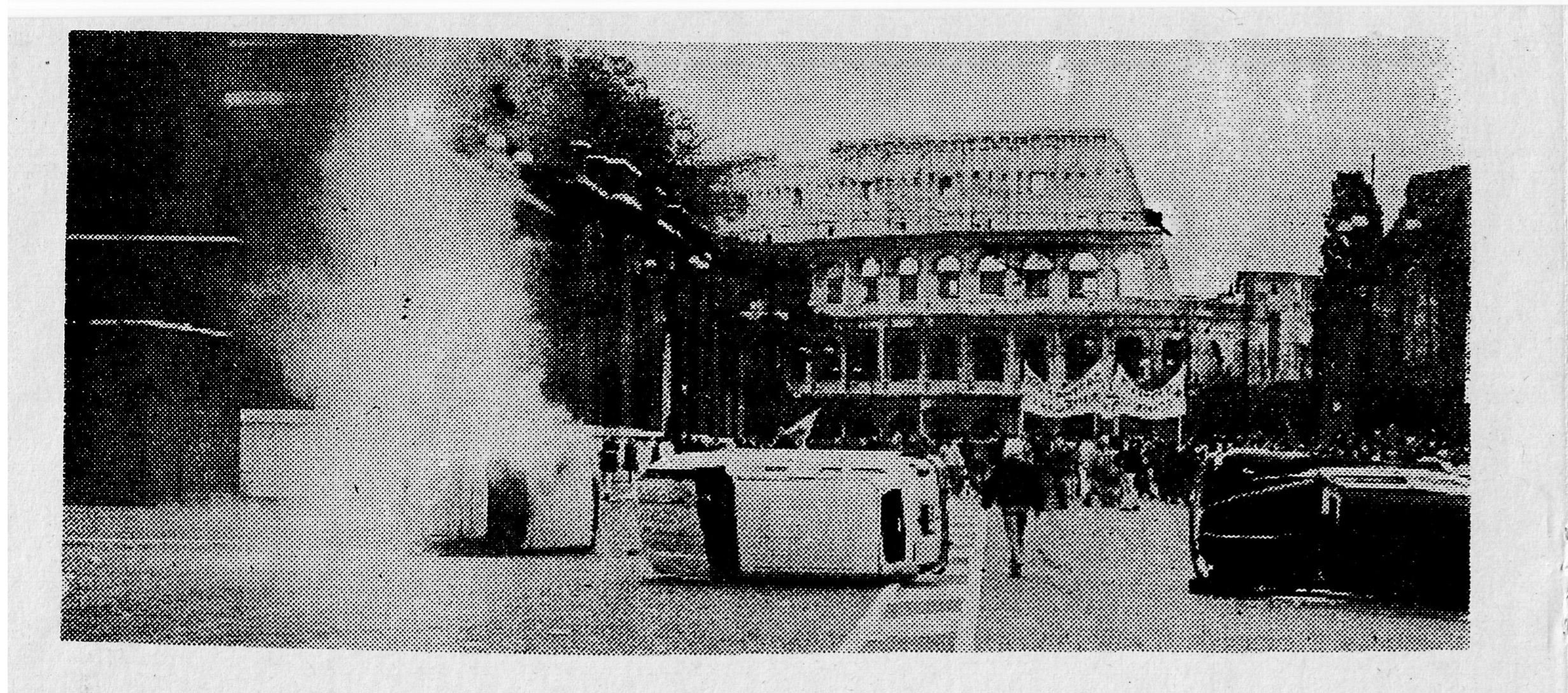
Wir lehnen die Behauptungen dieser merkwürdigen Allianz ab. Höhere Benzin- und Heizölpreise in den USA richten sich gegen unsere Bedürfnisse als ArbeiterInnen, gegen das, was wir als ArbeiterInnen wollen. Wenn wir die Preissteigerungen in den USA aufhalten, werden wir nicht nur die Pläne des Kapitals ins Wanken bringen — es ist auch das einzige politisch sinnvolle Ziel einer proletarischen Bewegung in den USA. Andernfalls wird jede Bewegung gegen die Invasion sofort in Konflikt mit dem größten Teil der lohnabhängigen Bevölkerung geraten. UmweltschützerInnen und Dritte-Welt-Soli-Leute, die glauben, sie machten gerade einen himmlischen Deal mit der Ölindustrie und einigen Kongreßabgeordneten, werden bald entdecken, was für teuflische Folgen dieser Deal hat.
Das heißt natürlich nicht, daß die umverteilerischen und ökologischen Forderungen falsch sind. Aber sie lassen sich nicht durch höhere Preise durchsetzen, denn die US-ArbeiterInnenklasse ist nicht die Ursache der ungleichen kapitalistischen Ausbeutung der menschlichen Rasse und der Ausplünderung dieses Planeten, der allen gehört. Das Preissystem selbst ist der Ursprung dieser Ungleichheit und Erniedrigung. Wer das eigentlich Richtige mit Hilfe dieses Systems zu tun versucht, begeht Klassenselbstmord.
Die Forderung nach niedrigeren Energiepreisen hier widerspricht nicht der Forderung nach einem besseren Lebensstandard in Nigeria, Venezuela oder Trinidad. So lange wir aufgrund der kapitalistischen Organisation der Produktion so viel Öl verbrauchen, schafft die Arbeit der ölproduzierenden ArbeiterInnen Reichtum, auf den sie alles Recht der Welt haben. Dieser Reichtum geht nicht an uns. Wie wir sehen, gehen die Profite der Ölgesellschaften steil nach oben — Exxons zusätzlicher Gewinn bei einer Preissteigerung von einem ¼Cent pro Liter entspricht dem gesamtem Grundstückswert von South Dakota — und doch fallen die Reallöhne in den USA. Es gibt Reichtum genug, daß alle gut leben können, und wenn wir irgendwelche Kompromisse bei der Produktion und dem Konsum von Öl machen müssen, dann zwischen uns und den ArbeiterInnen in den Förderländern. Da heute ein paar mächtige Institutionen das "Geschenk Allahs" (oder der Natur) kontrollieren, müssen die ArbeiterInnen ihren gemeinsamen Feind erkennen.

Solange wir in einem kapitalistischen Universum leben, heißt Verringerung unseres Energieverbrauchs: Senkung unseres Lebensstandards, härtere Arbeit und weniger Lohn. Wenn wir nicht für die Kapitalisten arbeiten müßten, müßten wir z.B. nicht so oft autofahren. Aber entscheidend ist, daß nicht die Bosse darüber bestimmen dürfen. Die ArbeiterInnen dürfen nicht von Umweltengeln zu "gutem" Verhalten gezwungen werden, wenn dies den Herrschenden nützt, denen es nur um wirksamere Formen der Ausbeutung geht. Auf hohe Ölpreise zu setzen, ist sehr gefährlich, solange die Kapitalisten die Macht haben, die Preise zu ihrem Vorteil festzulegen. Die Bewegung gegen den Golfkrieg muß mindestens so schlau sein wie die zeitgenössischen Kreuzfahrer und Assassinen, gegen die wir kämpfen. Wenn wir gegen die hohen Ölpreise lediglich Alternativenergien fordern, geben wir der Energieindustrie mehr Macht, uns die Atomkraft aufzuzwingen. Wenn wir die ArbeiterInnen zum Energiesparen aufzufordern, kann das die Regierungspolitik rechtfertigen, uns im Winter frieren zu lassen oder obdachlos zu machen. Unsere Forderungen müssen auf unseren Bedürfnissen, auf dem, was wir wollen, und auf unserer Solidarität mit unseren ausgebeuteten Mitmenschen auf dem ganzen Planeten beruhen.

Schlußfolgerung

Am besten wehren wir uns gegen die militaristische US-Politik im Nahen Osten, indem wir der Bush-Regierung, den internationalen Banken und den Energiekonzernen zeigen, daß sie nicht von den Preiserhöhungen profitieren können, die die US-Truppen durch ihre Anwesenheit dort mit aufrechterhalten. Das können wir hier tun, indem wir sowohl für niedrigere Benzin-, Heiz- und Strompreise, als auch für die Demobilisierung des US-Militärs kämpfen. Diese Strategie scheint indirekt und ökonomisch zu sein. Aber vergeßt nicht: was die Elefantenarmee von Abraha, dem christlichen König von Abessinien, daran hinderte, die Kaaba in Mekka zu zerstören, war ein Regen von kleinen "Tonsteinen".

Boston, November 1990



AKTIONEN GEGEN DEN GOLFKRIEG IN ITALIEN

In ganz Italien hat die Breite und Qualität der Mobilisierungen gegen den schmutzigen Krieg des kapitalistischen Westens für das Öl einen zweifachen Aspekt: eine breite, aber widersprüchliche friedliche Spannung, die Medien, Parteien und Gewerkschaften zu verwerten und instrumentalisieren versuchen als Unterstützung der Entscheidung der italienischen Regierung gegen Saddam Hussein. Der zweite Aspekt: eine bewußte Opposition gegen den Angriffskrieg unter den Parolen **"Italien raus aus der NATO"**, **"Den imperialistischen Krieg boykottieren, desertieren, sabottieren"** und **"Zusammen mit der Intifada des palästinensischen Volks"**.

Besonders bedeutende Demonstrationen haben in zahlreichen italienischen Städten stattgefunden.
Hier einige Infos über die einzelnen Mobilisierungen.

Padua

15.1.91: Demo der Koordination der SchülerInnen und der StudentInnen (StudentInnen der "Pantera") gegen den Krieg. Ca. 10 000 Leute gehen durch das Stadtzentrum, verlassen die genehmigte Route und gelangen zu einer Kaserne, in der Musterungen stattfinden, und auch zu einer anderen Militäreinrichtung. In der Provinz Padua gibt es Streiks und Demo (in Este ca. 2000 Leute), in Monselice und Conselve.

17.1.91: Es findet eine der größten Demos statt, die es in Pauda je gegeben hat. Ca. 30 000 Leute demonstrieren ihre Ablehnung des Krieges. Bedeutend ist die Teilnahme, neben der StudentInnen, von ArbeiterInnen, die in großer Zahl an einem selbst ausgerufenen Streik teilnehmen, was gegen die Vorschriften der Gewerkschaften verstößt.
Am Nachmittag, nach einer knackvollen Versammlung an der Uni, entscheiden die StudentInnen, auf der Stelle eine Demo zu machen. Sie erreichen geschlossen eine Kaserne und stellen sich vor das Präfekturgebäude (Sitz des Stadtrats des Inneren).

Venedig

12.1.91: 1500 SchülerInne protestieren mit einer Demo gegen den Außenminister De Michelis, der für einen italienischen Einsatz am Golf eintritt und in der Uni reden wollte. Es fliegen Eier und die Bullen greifen die Demo an.

15.1.91: Demo mit 5000 StudentInnen, die die Präfektur und den Sitz der Regionalregierung belagern.

16.1.91: Demo mit 15 000 StudentInnen und ArbeiterInnen zum Markusplatz.

17.1.91: Ein von ArbeiterInnen selbst ausgerufener, von den Gewerkschaften nicht authorisierter Generalstreik. 20 000 StudentInnen und ArbeiterInnen sind in Mestre auf den Straßen. 500 StudentInnen gehen zum Britischen Konsulat zu einer Protestkundgebung. Einige Schulen werden von SchülerInnen besetzt, d. h. von Versammlungen gegen den Krieg.

Mailand

15.1.91: SchülerInnen organisieren eine Demo, an der ca. 40 000 Leute teilnehmen. Der Demozug mit den GenossInnen von Leoncavallo an der Spitze hat das Motto **"Aufhören mit dem imperialistischen Krieg / Sofortiger Rückzug der italienischen Truppen vom Golf / Solidarität mit der Intifada"**.

16.1.91: Unmittelbar nach dem amerikanischen Angriff um 1.00 Uhr geht eine Spontandemo von ca. 500 GenossInnen vom Leoncavallo aus zur Scala.

17.1.91: Eine riesige Demo mit ca. 200 000 Leuten wird von MetallarbeiterInnen organisiert. An ihr beteiligten sich auch StudentInnen, die Centri Sociali Occupati (besetzte Bewegungszentren), AnarchistInnen. Die "Democrazia Proletaria" schließt sich auch an. Die Demo geht durch das Zentrum. Nach dem Verbot, vor dem amerikanischen und dem israelischen Konsulat zu demonstrieren, erreicht ein Teil des Zuges das Präfekturgebäude, wo sehr viele Eier fliegen. Es folgen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Turin

16.1.91: Eine von StudentInnen organisierte Demo mit 40 000 Leuten wird von den Bullen brutal auseinandergeprügelt. Mehrere Festnahmen und Verletzte. Ein Genosse wird verhaftet.

Florenz

17.1.91: Demo von SchülerInnen und StudentInnen vor dem amerikanischen Konsulat. Trotz der Provokationen der Bullerei kommt es zu keinen Auseinandersetzungen.

Rom

12.1.91: An der großartigen Massendemonstration gegen die US-Intervention im Nahen Osten nehmen mehr als 20 000 Leute teil. Ein großer Block von ca. 7000 GenossInnen versucht zum Montecitorio (Sitz des Parlaments) durchzudringen. Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei, die Tränengas aus tieffliegenden Hubschraubern schießt. Einige Autos werden angezündet und viele Steine fliegen in Richtung der "Ordnungshüter". Brutale Angriffe der Bullen wiederholen sich später am Piazza S. Giovanni, wo tausende von GenossInnen an den Auseinandersetzugen teilnehmen. Bilanz: zehn Festnahmen, davon bleiben sechs im Knast, und 19 verletzte Bullen.

16.1.91: Als die Nachricht des Angriffs gegen den Irak ankommt, gehen einige Hundert GenossInnen zum Parlamentsgebäude und skandieren Parolen gegen die italienische Intervention am Golf.
Eine von SchülerInnen und StudentInnen organisierte Demo mit 50 000 Leuten geht durch das Zentrum und skandiert kämpferische Parolen gegen den US-Imperialismus.

17.1.91: Nach der Interventionsentscheidung des Parlaments gehen einige Tausend Leute zum Parlament. Der Wut der GenossInnen steht ein massives Polizeiaufgebot gegenüber, was aber ein pausenloses Werfen von "stumpfen Gegenständen" auf die Abgeordneten nicht verhindern kann. Am Nachmittag findet noch eine Demo mit ca. 25 000 Leuten statt.

18.1.91: Eine Demo mit ca. 3000 GenossInnen, ArbeiterInnen und StudentInnen geht am Sitz der CGIL (Gewerkschaft der KPI und der Sozialisten) vorbei und ruft Parolen gegen die Gewerkschaftskader, die sich weigern, den Generalstreik auszurufen.

Neapel

18.1.91: Die Versammlung der IngenieurstudentInnen entscheidet, eine Demo gegen die Präsenz der NATO in Italien und insbesondere in Neapel und gegen die Interventionslinie der Regierung zu organisieren. Die Demo geht durch das Zentrum von Bagnoli, einem Industriegebiet, und endet mit einem Sit-In vor einer NATO-Basis. Am Morgen findet in der besetzten humanistischen Fakultät der Uni eine Versammlung statt, die zusammen mit mehreren BetriebsrätInnen und selbstorganisierten ArbeiterInnen zu einer Demo am nächsten Morgen aufruft.

Tarent/Apulien

15.1.91: Eine Demo von ca. 200 GenossInnen bricht durch eine Polizeikette, um das Präfekturgebäude zu erreichen.

16.1.91: Es wird anläßlich der Abfahrt italienischer Kriegsschiffe zum Golf zu einer Blockade aufgerufen, an der ca. 500 GenossInnen teilnehmen. Da die Polizei überraschend die Drehbrücke öffnet, die die Stadt in zwei völlig voneinander getrennte Hälften teilt, können die GenossInnen ihre direkte Aktion nicht mehr fortsetzen. Sie formieren sich zu einer nicht genehmigten Demo, nachdem es Auseinandersetzungen mit der Polizei gegeben hatte, wobei zwei Leute festgenommen wurden.

Palermo/Sizilien

15.1.91: Die humanistische Fakultät der Uni wird besetzt.

16.1.91: Nach dem Kriegsausbruch werden verschiedene Aktionen in der ganzen Stadt organisiert.

Orgosolo/Sardinien

17.1.91: Demo gegen die US-Intervention am Golf.

Letzte Meldungen (21.1.)

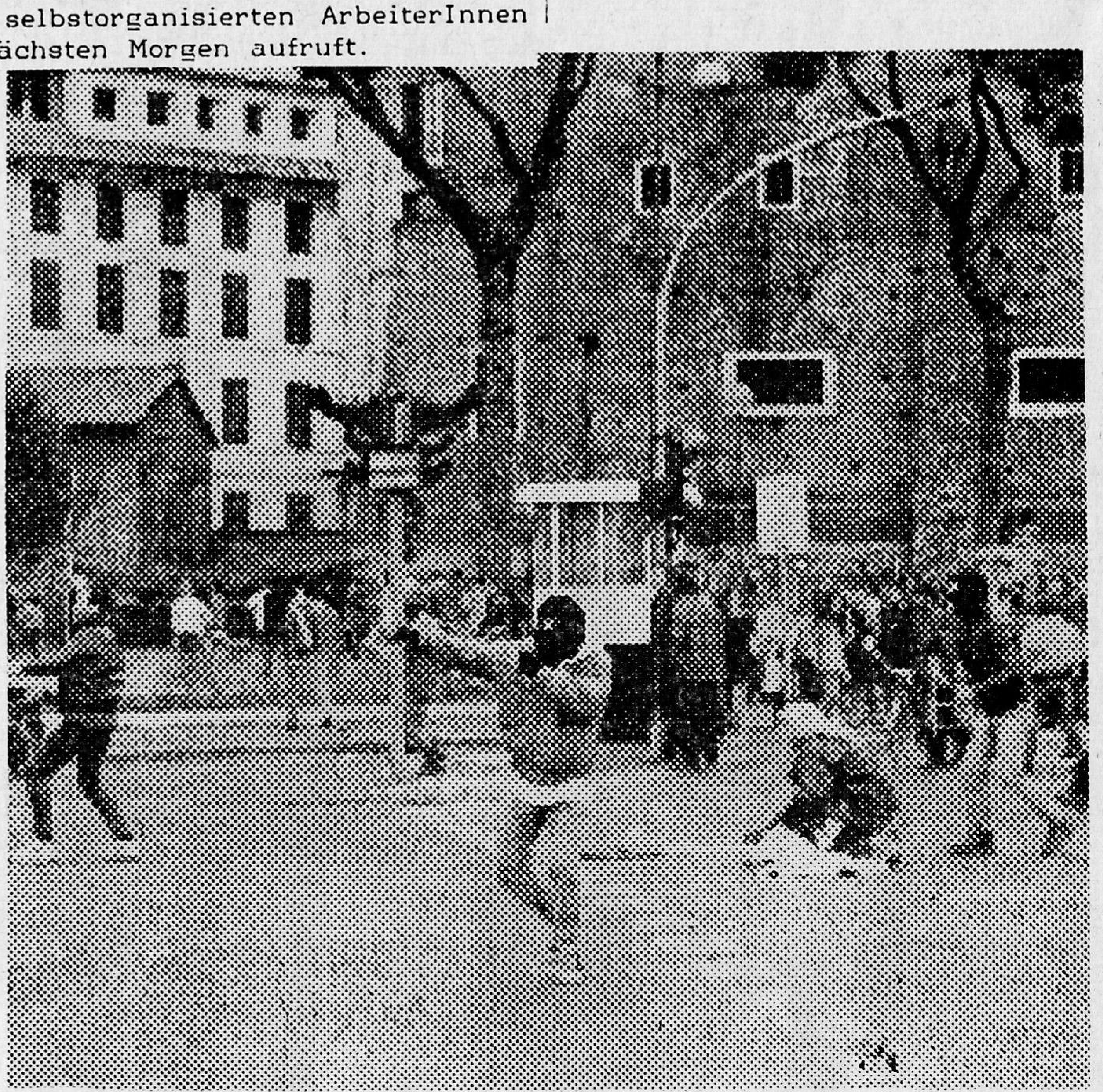
Turin: Die PanAm-Zentrale wurde mit Mollis angegriffen. Zu dem Anschlag bekannte sich die PFLP.

Mailand: Die Schaufenster von einigen Fluggesellschaften gehen zu Bruch. Nachtdemos und brennende Straßenblockaden.

Rom: Ein israelisches Geschäft wird abgefackelt. Die Banca d'America e d'Italia wird angegriffen, Schaufenster gehen zu Bruch und es werden Parolen gegen den Krieg gesprüht.

Perugia: Mollis gegen die Firma Ford.

COORDINAMENTO NAZIONALE ANTINUCLEARE E ANTI-IMPERIALISTA ITALIA



STELL DIR VOR, ES IST KRIEG...

... keine/r will ihn, und er findet trotzdem statt!

Die Massenproteste in aller Welt haben die USA und ihre Verbündeten nicht davon abhalten können, den Irak anzugreifen und damit den befürchteten Golfkrieg zu eröffnen, ohne Rücksicht darauf, daß die Folgen dieses Krieges unkalkulierbar sind, ohne Rücksicht darauf, daß sie damit den einzig möglichen Kompromiß: Räumung von Kuwait im Gegenzug für eine Nahost-Friedenskonferenz, endgültig zerschlagen.
Die USA wollen weder Frieden noch einen Kompromiß, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen. Sie wollen den Irak in ihre „Neue Weltordnung" einverleiben (George Bushs Kriegseintrittsrede Mittwochnacht). Angeblich, um das irakische Regime für seinen Griff nach dem Nachbarland Kuwait zu bestrafen und Kuwait zu „befreien", tatsächlich aber, um sich die Vorherrschaft im Nahen Osten und damit den Zugriff zu den Ölquellen zu sichern. Gleichzeitig hoffen sie damit, die brisante Thematisierung der Befreiungsbewegungen im Nahen Osten, Palästina und Kurdistan, wieder vom Tisch wischen zu können, die im Zusammenhang mit der Golfkrise in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gedrungen war.
Die USA stützen sich dabei angeblich auf das von der UNO abgesegnete Gerechtigkeitsempfinden der „Weltgemeinde", tatsächlich aber einzig und allein auf ihre militärische Überlegenheit und die Vasallentreue ihrer Bündnispartner.
Was hätten wir tun müssen, was können wir noch immer tun, um diese Vasallentreue im eigenen Lande zu untergraben?
Nur einfach gegen den Krieg zu sein und weiße Bettücher zu schwenken, reicht nicht aus. So wichtig es ist, den Protest zu verbreitern, so notwendig ist es gleichzeitig, die Schuldigen an diesem Krieg zu benennen und die Ursachen zu bekämpfen.
Hunderttausend auf dem Ku'damm tun den Herrschenden, die ein Interesse an diesem Krieg haben — ob es nun die Bundesregierung oder Daimler Benz ist — nicht weh. Wir werden erst zu einer Bedrohung und so zu einem politischen Faktor, wenn wir beginnen, die Parole vom „Kampf gegen den Krieg im Irak" ernstzunehmen und in die Praxis umzusetzen.
Zucken wir nicht resigniert mit den Schultern, wenn wir unseren Protest zum Ausdruck gebracht haben, und gehen zurück an unsere Arbeitsplätze und in unsere Wohnungen!
Tragen wir den Kampf gegen diesen Krieg in unseren Alltag!
Legen wir die Arbeit nieder, bleiben wir den Büros, Schulen und Universitäten fern und gehen raus auf die Straße!
Diskutieren wir mit unseren FreundInnen und KollegInnen, was wir zusammen machen können! Schauen wir uns um in dieser Stadt: die Kriegstreiber und -profiteure sitzen um die Ecke! Es gibt viele Möglichkeiten, ihre Geschäfte und ihr politisches Kalkül zu stören!

— Sofortige Einstellung der Kriegshandlungen!
— Keine weitere Kriegsfinanzierung durch die BRD (bisher 3,5 Mrd. DM!)
— Abzug der Bundeswehr aus dem Mittelmeer und der Türkei!
— Sofortige Einberufung einer Nahost- Friedenskonferenz!

Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, diese Forderungen zu stellen, wir müssen auch dafür sorgen, daß sie umgesetzt werden müssen! Wer sollte es sonst tun?

JETZT ERST RECHT:
KAMPF DEM KRIEG AM GOLF!

Aufruf
Menschenkette gegen die alltägliche Gewalt

Von der Taz zum Axel Springer Haus

Kochstraße bleibt Kochstraße

"Wer am Donnerstagabend mit Hingabe und Hämmern Auto - und Kaufhausscheiben zertrümmerte , hat nur eins eindrucksvoll bewiesen : daß sein moralischer Horizont sich ungefähr auf dem Level jener Politiker in Washington , London oder Bonn eingependelt hat, die seit Kriegsausbruch von Betroffenheit faseln,...."(Taz,19.1.)
Ist das nun nur großer Schwachsinn , oder nicht auch GEWALT ?
"Das ist doch Krieg in Berlin " (gleiche Ausgabe ,Bericht über die Demo)
GENAU !
Dieses Meinungsmachermonopol der etablierten Medien ist alltäglicher Terror. Diese gewaltätige Sprache der Ausgrenzung , diese brutalen Angriffe auf unsere Subjektivität, ja auf die Freiheit unserer Ausdrucksformen des Protests. Aber: Gegen Gewalt kann mensch natürlich glaubwürdig nur gewaltfrei protestieren.

Steine gegen Raketen? - Wirklich lächerlich. Kaputte Scheiben von Luxuskaufhäusern sind doch wirklich viel schlimmer als bombardierte Städte. Und natürlich sind wir nicht wütend auf die TAZ, sondern tief betroffen. Deshalb wollen wir mahnen. Für den Frieden in dieser Stadt. Wir fassen uns an den Händen und bilden eine Menschenkette - von der gewaltätigen TAZ zu den Kriegshetzern im Axel-Springer-Haus. Prädikat: Besonders gewaltfrei. Ein fröhliches Lied auf den Lippen , das uns das Böse in der Welt vergessen läßt. Walter Momper mitten unter uns, so ganz als Mensch. Und nochmal: Keine GEWALT!!! Für Krieg und Gewalt lassen sich schließlich auch keine Schuldigen benennen, das ist mehr so ein böses Naturereignis, da kann mensch nur betroffen sein und vielleicht beten. In Klaus Hartung ist wahrscheinlich auch nur der Teufel gefahren, als er uns in der taz Sondernummer die Parteinahme für die Yankees nahelegte.

Deshalb nehmen wir natürlich keine Farbeier mit, um sie eventuell auf eins der beiden Objekte zu werfen (Nein,Nein). Auch keine Trillerpfeifen (Könnte Leute erschrecken, oder noch schlimmer - aufschrecken). Und nur weiße Transparente (Es besteht sonst die Gefahr der Bombardierung anderer Menschen mit einseitigen Positionen, und dann kommt Momper vielleicht nicht). Das einzige Problem was noch besteht ist, daß die Taz und das Axel-Springer-Haus auf verschiedenen Straßenseiten liegen. So ist die Gefahr nicht ganz von der Hand zu weisen, daß eine Menschenkette zwischen beiden Gebäuden, den Straßenverkehr blockieren könnte, und damit die Normalität, die trotz des schrecklichen Krieges in dieser Stadt noch herrscht, gestört wird. Ist es nicht auch Gewalt, andere Menschen, die trotz Smoggefahr noch Autofahren möchten, daran zu hindern?

Laßt uns dieses Problem gemeinsam lösen !

Montag 20.1. 16.30 Uhr . Kochstraße

UnterstützerInnen: Initiative: Aufhören, Aufhören, Aktionsgruppe Steine für den Frieden, Bündnis Es ist alles so schrecklich, Gruppe Reuiger Autonomer-Gewaltfreiheit jetzt, Symp. d. Rev. Defätisten, ASTA TÜV-Berlin.

ViSdP: Axel Cäsar Hartung, Kochstr.18-50, 1000 Berlin 61

REDEBEITRÄGE ALS SELBSTBEFRIEDIGUNG?

19.1.91, Kietz-Antikriegs-Demo, Halt am Hermannplatz, Redebeitrag, dazu (auch zu vielen ähnlichen Texten...) einige Anmerkungen:
Der Inhalt: das Übliche: USA, Irak, Kurdistan, BRD, Türkei, is ja klar, darum ging es ja.

Das Problem war die SPRACHE:

Über soviele Phrasen und ideologische Kampfwörter ging der Inhalt fast verloren, die Wirkung auf die zuhörenden PassantInnen war eher abschreckend. Haben sich die AutorInnen eigentlich überlegt, für wen sie den Beitrag geschrieben haben?
Analysen wie die, "daß der Golfkrieg der imperialistischen Ausbeutung des Trikont dient" und, "daß das auch mit der alltäglichen Ausbeutung und Repression hier zusammenhängt" sind ja ganz richtig, aber wer soll das verstehen?

Inzwischen haben wir es soweit gebracht, daß Z.B. der Begriff "Imperialismus" bei den "Bürgers" erstmal negativ besetzt ist. Negativ nicht, weil der Imperialismus das "Böse an sich" sei (so tun höchstens einige linke Flugis...), sondern daß Leute, die den Begriff benutzen, arrogante, agresive Möchtegernintelektuelle sind, die mit IHRER Lebenspraxis nichts zu tun haben Wer mit "Imperialismus" was verbinden kann, hat sich schon durch so viel linkes Papier gewälzt, daß ihm/ihr niemand mehr erzählen braucht, daß die USA einen imperialistischen Krieg führt.
Dasselbe mit der "alltäglichen Repression hier". Wer verstanden hat, was damit gemeint ist, sieht das ab da von alleine, für die anderen (nicht-Linksradikalen) bleibt es eine inhaltslose Phrase.

Ich fürchte aber, daß sich viele von uns nicht viel Gedanken dazu machen. Vielmehr wird mit politischen Kraftausdrücken um sich geworfen, um einen Text "politischer" erscheinen zu lassen, als er ist, um sich durch die pauschale Verteufelung des Gegners über die eigene Schwäche hinwegzutrösten und uns unserer (verbalen) Stärke immer neu zu versichern.
Wenn ich jemanden anklage, er sei ein "imperialistischer Kindermörder", kann ich mich stark fühlen, agressiver brüllen. Aber die neuköllner Hausfrau, die das zufällig aus der Demo hört, würde mehr verstehn, wenn wir ihr klarmachen, daß da Kinder wie ihre eigenen bombardiert werden.

Haben wir es nötig, kraftmaierisch klarzustellen, daß es uns gibt und daß wir ganz toll und stark und gefährlich sind (müssen wir es uns selbst beweisen?)? Lieber sollten wir klarmachen, worum es uns geht, die Leute erstmal aus ihrer Bequemlichkeit aufrütteln, sie auch bei ihren eigenen Erfahrungen abholen (Arbeit, Familie, Wohnen,...) um von da aus solidarischen Bezug zu den sozialen Kämpfen zu schaffen.
Dann ist auch vermittelbar, daß die Kriegstreiber und -Profiteure hier angegriffen werden müssen, daß wir ihnen den Krieg hier so teuer wie möglich machen können.

STELL DIR VOR, NEUKÖLLN WÄR EIN STADTTEIL VON BAGDAD!

P.S.: Wenn Euch das alles zu spießig, peacig, nicht militant genug ist, warum geht Ihr dann eigentlich überhaupt zu Demos oder zum Sprühen (außer um FreundInnen zu treffen, Dampf abzulassen, die eigene Stärke zu zeigen, weil das Wetter so schön ist, dem Nervenkitzel,...)?

VOLXSPORT

An alle aktionsbereiten Gruppen in Westeuropa:
Die Profiteure des Golfkriegs angreifen!
Aufruf zum großen Tankstellensterben!
Der angekündigte Krieg hat begonnen. Es geht ums Öl und dessen imperialistische Kontrolle sowie um die Neuordnug der Länder der gesamten Region im Interesse der kapitalistischen Metropolen. Es geht gegen die Befreiungskämpfe der Völker und es geht um die Vernichtung eines gefährlich gewordenen Ziehkindes dieser Metropolen.
Wir sehen und hören rund um die Uhr die Nachrichten kriegsbegeisterter reporter, Interviews mit Piloten, die ihre Mordmaschinen rund um die Uhr über den größten Städten des Iraks abwerfen. Statistiken, Zahlen, 80% erfolgreich?
Nur eines sehen und hören wir nicht, die Opfer, die unbekannte, doch offensichtlich große Zahl ermordeter Zivilisten, verletzter Menschen, hungernder Kinder und flüchtenden Menschenmassen. Vielen Menschen hier ist das klar, sie haben Angst vor dem Krieg, vor einer Ausweitung, davor, selber mitmachen zu müßen. Die Angst und Sorge, das Entsetzen treibt sie und uns auf die Straße. Doch wofür und wogegen? Wen müßen wir verantworlich machen, für den kalkulierten Wahnsinn? Wer hat Saddam Hussein so gefährliche Mittel wie Giftgas und Massenvernichtungswaffen in die Hand gegeben? Wer setzt sich statt für "freedom and Democracy" auf einmal für den rassistischen Feudalklan von Kuwait ein? Wer gewinnt am Krieg?
Ein Teil der Gewinner des Golfkriegs stehen bereits fest. Sie heißen Daimler, Siemens, Thyssen, Shell, BP, ESSO, TEXACO usw. Die Rüstungsschmieden deshalb, weil sie zunächst im 8-jährigen Irak/Irankrieg beide Seiten äußerst profiträchtig mit Maschinen, Anlagen, Rüstungsgütern, Waffen usw. versorgt haben. Diese skrupellose, nur den eigenen Profitnteressen entsprechende Politik (mit Deckung durch staatliche Stellen) führte zu einer Brutalisierung und Verlängerung dieses Krieges. Zu Beginn der neunziger Jahre, wo die Rüstungsmärkte enger werden (beispielweise steht die NATO-Gewehrschmiede Heckler und Koch vor dem Ruin) kommt den Konzernen dieser inszenierte Krieg gerade recht, um den Bedarf an Rüstungsgütern innerhalb der NATO-Kriegstruppen zu steigern. Das Herz des Daimler- Benzcheffs Reuter wird bei jedem abgeschoßenen Alphajet oder Tornado höher schlagen, sichert sich so die DaimlerTochter MBB doch die Aufträge für die nächsten Jahre.
Ähnlich sieht es für die Ölmultis aus. Sie setzen bereits seit mehr als einem halben Jahrhundert die imperialistische Kontrolle über die Ölreserven der Erde wirtschaftlich um. Das tun sie in quasi monopolistischer Stellung. Das mächtigste Kartell der welt nutzte 1990 wie schon 1974 zu Zeiten der sogenannten Ölkrise die Gunst der Stunde, um durch hemmungslose Preistreiberei auf Kosten der Endverbraucher die eigenen Gewinne zu vervielfachen. Eine reale Erdölverknappung in den Metropolen hatte damals wie heute zu keinem Zeitpunkt bestanden.

Mit der Annexion Kuwaits hat das irakische regime (versucht, von der rolle einer militärischen Regionalmacht auch zu einer wirtschaftlichen zu werden, die die Kontrolle über einen bedeutenden Teil der Welterdölreserven ausüben könnte. Offensichtlich hat das irakische Regime damit versuchtr, sein eigenes Schuldenproblem, bedingt durch den langen Krieg gegen Iran, durch die Aneignung der kuwaitischen Reichtümer zu lösen. Darüberhinaus wäre es potentiell in der Lage, die Macht des in der OPEC dominierenden Saudiarabiens zu brechen. Das inenpolitisch instabile Saudiarabien hat als Gegenleistung für seine Stütztung durch die westlichen Metropolenländer (Rüstungstransfer, GSG-) Ausbildungsbeihilfe ...) die Erzeugerpreise für Rohöl in den

letzten Jahren beweußt niedrig gehalten und somit den kapitalistischen Metropolen einen Wirtschaftsboom ermöglicht und gleichzeitig versucht, die irakische Wirtschaft zu ruinieren.
Die imperialistische Kontrolle über einen ausreichenden Teil der Welterdölreserven besteht seit der Besetzung Kuwaits nicht mehr.
Die Ölmultis haben diese Situation hemmungslos für ihren eigenen Profit ausgenutzt und werden es auch weiterhin tun. Damit profitieren sie wie niemand sonst von Krise und Krieg am Golf.
Sie und auch die anderen Konzerne werden ebenfalls die Profiteure eines irgendwann anstehenden Wiederaufbaus des Iraks sein, das aufgrund seiner eigenen Erdölvorkommen ein kreditwürdiger und zahlungskräftiger Kunde sein wird.
Eine internationale, militante Kampagne gegen die Ölkonzerne, insbesondere gegen die Tankstellen der Großen, halten wir für eine adäquate Antwort, könnte Massencharakter bekommen, könnte den wirtschaftlichen und politischen Preis für den Krieg in den Metropolen in die Höhe treiben.
Die Zusammenhänge zwischen Golfkrieg, Benzinpreis und Profit sind jeder/jedem Betroffenen also allen AutofahrerInnen leicht vermittelbar.
Darüberhinaus wurden Techniken der Sabotage an Tankstellen bereits in der Kampagne gegen Shell entwickelt und sind durch ihre Einfachheit von vielen Gruppen praktizierbar.
Übrigens, eine Tankstelle kann nicht explodieren.

Wir haben heute 19.1./20.1. einen Anfang gesetzt und im Berliner Bezirk Spandau in der Nonnendammallee 2 Tanklastzüge der Firma Hoyer in Brand gesetzt. Hoyer beliefert damit die Tankstellen der großen Ölkonzerne. Außerdem wurde von uns die ELF-Tankstelle Eichborndamm in Brand gesetzt. ELF gehört zu 97% dem französischen Staat.

Unterstützt den Befreiungskampf der KurdInnen und PalästinenserInnen!
NATO raus aus dem persischen Golf!
Kein Blut für Ölmultis!

Kommitee zur sofortigen Beendigung des Völkermords

Anschlag

wir haben gestern nacht (17.01.) die Citroen - Filiale an der Bismarckstrasse angegriffen. Dabei gelang es uns, einen ganz neuen, 30.000 mark teueren Stinker so zu demolieren, dass er am besten gleich in die Presse reingesteckt werden sollte.
Citroen ist seit Jahrzehnten eine der wichtigsten Stützen des französischen Kapitals und unterstüzt nun mit Materiallieferungen für die französische Mörderarmee (genauso wie bis August die irakische) den imperialistischen Krieg am Golf.

Kampf dem Krieg !

Eine autonome Zelle

ELSE KÄMPFT, HERR – MANN DENK – MAL

Am Vorabend eines möglichen Krieges in der arabischen Region beziehen wir uns mit unserer Aktion gegen die Siegessäule, einem Symbol, das den Krieg und die Männergewalt verherrlicht, auf den Widerstand gegen den Krieg.

<u>Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Patriarchat</u>
In unserem Verständnis von Internationalismus haben wir "Nation" als Widerspruch zur sozialen Revolution gesehen. Heute fangen wir an, die Zusammenhänge von Patriarchat, Nationalismus, Rassismus und Sexismus zu begreifen. Es fällt uns dabei noch immer leichter, das Patriarchat im Nationalismus zu erkennen, als den Sexismus in uns. Es ist ein alter Trick im Patriarchat, wenn jetzt die Neubestimmung des "Nationalen" als eine Debatte um das "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" verkauft wird.
Nation war stets das Vehikel zur Durchsetzung der Ökonomie des Patriarchats und Nationalismus wurde mit immer bestialischeren Mitteln des Rassismus und Sexismus verzahnt. So war es doch immer, wie der Blick in die Vergangenheit der Männerbünde zeigt; darüber hat die feministische Theorie ausführlich aufgeklärt :
<u>In der Gründerzeit</u>, wo die neue Bourgeoisie sich ausdrücklich auf "Brüderlichkeit" berief, die Frauen als persönliches Eigentum der Männer definierte und in die Kleinfamilien zwang.
<u>Im 1. Weltkrieg</u>, wo sich die Arbeiteraristokraten aller Länder im Nationalismus einreihten und sich dafür mit der Teilhabe an der Ausbeutung der SklavInnen des Trikont belohnen ließen.
<u>Im Nationalsozialismus</u>, wo der Kampf und der Widerstand gegen die kapitalistische, rassistische und sexistische Ausbeutung in der völkischen Gemeinschaft erstickt werden sollte und sich der "deutsche Mann" in der faschistischen Neuordnung als "Herrn der Welt" einsetzte.
Heute wird der neue deutsche Nationalismus mit verbaler Distanz zur faschistischen Vergangenheit garniert, mit Teilhabeangeboten an Frauen gesüßt und mit garantiert echter Suche nach einem wirklich guten Nationalismus gewürzt. Und nicht einmal die Erinnerung an Ausschwitz kann große Teile der Linken daran hindern, Hilfestellung dabei zu leisten, den deutschen Nationalismus in einen europäischen zu überführen : "ein vereintes Deutschland in einem vereinigten Europa" soll die Erfahrungen aus der Geschichte tilgen helfen. Es ist bezeichnend, daß die Diskussion um die "nationale Frage" auch in linker Verkleidung geführt wurde. Sie soll verschleiern, daß diese Teile der Linken am Profit der erstarkenden Nation teilhaben wollen.
Ohne das Reinigungsbad der "nationalen Frage" können keine neuen männlichen Identitäten für die nächste Etappe männlicher Herrschaftssicherung geschaffen werden. Wir sehen, wie sie den Zugang zu allen Teilen des "europäischen Hauses" suchen, wie sie neue nationale Eliten zu einem neuen patriarchalen Bündnis verketten wollen. Sie wollen den männlichen Schulterschluß herstellen, egal, ob in Freundschaft oder in Feindschaft. Denn wie immer taugt beides gleich gut, um die sozialen Konflikte zu überspülen und im Rassismus noch den Sexismus zu verdecken.
Als einen Beitrag zur notwendigen Diskussion über die skizzierten Zusammenhänge von Patriarchat, Nationalismus, Rassismus und Sexismus haben wir die Siegessäule – die "Goldelse" erschüttert.
Sie steht wie kaum ein anderes Symbol für die verschiedenen Etappen männlicher Gewalt.

Bei der Gründung des zur Nation erstarkten Bundes wurde es 1870 aufgestellt, feierte die Kriege von 1864/1866/1870 und erhob zugleich den Anspruch auf die Kolonien und den "Raum im Osten". Mit der Umsetzung und der Aufstockung 1936 steht es für die Unterwerfung neuer Heere von ArbeitssklavInnen. Es steht damit auch für die "Verwertung" und Vernichtung in den Konzentrationslagern.
Frischvergoldet ist sie heute wieder in das Zentrum eines neuen imperialen Anspruchs gerückt, der die DDR einverleibt hat, der die Bevölkerung Osteuropas und des Trikont ausgrenzt und den europäischen Großraum unter deutscher Vorherrschaft anstrebt.

Wir wollen unseren Beitrag nicht allein als eine Warnung vor den Schatten der Vergangenheit verstanden wissen. Wir meinen die rassistische und die sexistische Gewalt, die der Nationalismus transportiert. Seine europäische Variante ist nicht friedensstiftend, sondern ein aggressives Werkzeug zur Neuformierung männlicher Gewalt.
Wir meinen das kapitalistische "SELBST" in der "BESTIMMUNG" der Ökonomie. Wir meinen das rassistische"SELBST" in der "BESTIMMUNG" anderer Völker. Wir meinen das männliche "SELBST" in der "BESTIMMUNG" der Frauen.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN



Wichser in den Mixer 1. Folge

Das Checkpoint-Kino in der Leipziger Straße 55 (ein links-alternatives Off-Kino) hat in der letzten Woche Pornos gezeigt. Darunter war ein Snuff-Film. In Snuff-Pornos werden Frauen vor laufender Kamara totvergewaltigt und -gefoltert.

Unter dem Vorwand, sich über Gewalt gegen Frauen zu "informieren" wird (linken) Männern ermöglicht sich an Vergewaltigungen aufzugeilen. Das Checkpoint hat mit dieser vermeintlich kritisch-aufklärerischen Filmreihe kritisch alternativen Wichsern einen legitimen Rahmen geboten anstatt in ach so schmuddeligen und ach so spießigen Pornokinos sich im Szenekino mit kritischem Bewußtsein einen runterzuholen.

Um das zu verhindern sind wir nicht mehr bereit zu diskutieren!

Geplant war, am Sonntag, den 13.1.91 abends den Snuff-Film zu stehlen und zu vernichten. Dies ist uns nicht gelungen. Beim Verschwinden ließen wir viel bunte Farbe, Buttersäure und einen Haufen Scherben im Kino zurück. Bestimmt hat die Checkpoint-Wichser der Versuch Pornos zu zeigen, soviel gekostet, daß sie es sich nicht mehr leisten können!

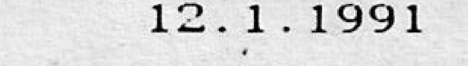
Hartnäckig hält sich das Gerücht, daß dies nicht das einzige Bekennerinnenschreiben sein wird.

Klirrende Grüße an unsere Genossinnen! Unsere spontane Zusammenarbeit war toll und ist hoffentlich ausbaufähig!

P.S. Unbeteiligte sind nicht zu Schaden gekommen doch wir müssen vielleicht noch etwas üben.

Frauen bildet Banden! Eine FAF





12.1.1991

wir haben heute bei einer vw-niederlassung in koblenz mehrere brandsätze an autos angebracht und so einen hoffentlich hohen sachschaden produziert.

gegen vw sind in den letzten monaten schon einige aktionen im zusammenhang mit dem hungerstreik in spanien gelaufen.
es ist einer der fetten deutschen multis, die sich die spanische wirtschaft unterwerfen und bestimmte strategische und profitable bereiche aufkaufen - so wie vw mit dem kauf von seat. für die menschen in spanien - und nicht nur dort läuft das so - wirkt sich das so aus, daß eine zentralstrukur, die eg, die dicken konzerne immer mehr über die politischen strukturen, die gesamte gesellschaft bestimmen, sie ihren maßstäben unterwerfen. so läuft das auch mit der "inneren sicherheit", wo von oben, den eg und nato-strukturen aus entschieden wurde, die politischen gefangenen aus ihren gruppen auseinanderzureissen und auf ihre forderung nach wiederzusammenlegung nicht einzugehen.

unsere aktion reiht sich in die bewegung ein, die seitdem die gefangenen in spanien vor über einem jahr ihren hungerstreik begonnen hatten, eingesetzt hat und die auch bis heute weiterläuft.
uns geht es um eine kontiunität von aktionen, solange, bis die zusammenlegung dort wieder durchgesetzt ist und die folter durch zwangsernährung, isolation und permanenter mordrohungen beendet ist.

wir sehen diesen kampf als untrennbar von dem kampf um die zusammenlegung der kämpfenden gefangenen hier an. wie der hungerstreik in spanien auch ausgehen wird, das ergebnis wird sich auch über spanien hinaus auswirken.

wir wollen ein befreites leben und dafür müssen wir uns gegen einen machtblock durchsetzen, gegen großdeutschland, einem westeuropa. das dabei ist mit einem faschistischen durchmarsch jede form von selbstorganisierung und anderem leben zu zerstören. das gleiche interesse wie in spanien, die selbe politik, zeigt sich auch bei der aggression am golf. jetzt kurz nach der wiedervereinigung werden die ersten deutschen truppen ins kriegsgebiet, nach kurdistan an die irakische grenze geschafft. der arabische raum, der befreiungskampf der palästinenser, das war für sie schon länger ein unsicherheitsgebiet. in ihrem allgemeinen machtzuwachs soll jetzt ein neuer krieg damit schluß machen.

wir wollen eine starke bewegung gegen solche kriegerische, imperialistische politik, eine starke bewegung gegen die weltmacht brd/westeuropa. deswegen kämpfen wir für die front, für eine organsierung unter den kämpfenden. wir brauchen organisierte kämpferische strukturen im widerstand.

ZUSAMMEN KÄMPFEN!
SCHLUß MIT DER FOLTER - ZUSAMMENLEGUNG DER KÄMPFENDEN GEFANGENEN!
GRÜßE AN ALLE DIE HEUTE GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG AUF DER STRASSE WAREN

eine revolutionäre flamme

ERSTER MAINZER-PROZEß

Am Mo., 21.Jan. 91, fand im Amtsgericht an der Turmstraße der erste Prozeß im Zusammenhang mit den Kämpfen um die Mainzer statt. Martina wurde beschuldigt, am 12.Jan. bei den ersten Auseinandersetzungen in der Mainzerstr. nach den Räumungen in der Pfarrstr. einen Stein auf eine Gruppe Bullen geworfen zu haben, die gerade einen Menschen festnahmen.
Beim Prozeß waren etwa 10 Leute da, und die ganze Sache wurde ganz schnell durchgezogen. Martina sagte zu diesem Vorwurf nix. Der zweite Anklagepunkt -Widerstand bei der Festnahme- wurde vom Staatsanwalt und vom Richter fallengelassen. Zu dem angebl. Steinwurf sagten 3 Bullen aus, die so blöd waren (oder so dreist ?), daß sie sich nicht mal vorher abgesprochen hatten. So sagte der eine, die steinewerfende Person sei vermummt gewesen, und der andere, sie sei garantiert unvermummt gewesen. Keiner der Zeugen hatte gesehen, daß der Stein, um den es ging, auch getroffen hat. So beantragte der Staatsanwalt denn 6 Monate auf Bewährung wegen versuchter schwerer Körperverletzung. Trotz der Widersprüche bei den Bullen gabs dann das Urteil auf 4 Monate auf 3 Jahre Bewährung.

Mit diesem ersten Prozeß haben die Schweine noch nicht versucht das große Zeichen zu setzen, jedoch ist ihr fester Verurteilungswille klar geworden.
5 weitere Prozesse stehen konkret an, viele, viele werden folgen! Besucht die Prozesse! Schafft Öffentlichkeit!

MAINZA LEBT !!!
Hafen bleibt !

KEINE VERTRÄGE MIT DEN VÖLKERMÖRDERN VON CDU/SPD

in der nacht vom 16. zum 17. januar begann um 0.40 h die us-amerikanische, saudi-arabische, kuwaitische und britische luftwaffe mit der bombardierung bagdads.
laut medienberichten wurden militärisch und strategisch wichtige ziele wie z.b. chemische und nukleare fabriken, aber auch zivile einrichtungen zerstört. 2500 flugzeuge waren im einsatz. über zivile opfer ist bislang noch nichts berichtet worden, doch es kann sich wohl jede und jeder selbst vorstellen, was ein permanenter luftangriff auf eine millionenstadt wie bagdad heißt.
dies ist völkermord.
die brd trägt diesen krieg mit. es kann nicht mehr ausgeschlossen werden, daß die bundeswehr direkt zum einsatz kommt. bereits jetzt sind deutsche fliegerstaffeln in der türkei stationiert. gerade auch deutsche rüstungskonzerne verdienen an diesem wahnsinn.

in dieser situation können wir nicht mit den politisch für den krieg verantwortlichen um häuser verhandeln. weder spd noch cdu sind bereit, aus der nato-kriegsstrategie auszusteigen.
WIR RUFEN ALLE BESETZTEN HÄUSER AUF, DIE VERHANDLUNGEN MIT DEN KRIEGSTREIBERN ABZUBRECHEN.
vertragsverhandlungen unter diesen bedingungen wären eine ignoranz der politischen realität.
mensch kann nicht diesen krieg bekämpfen wollen und gleichzeitig mit den politisch verantwortlichen verträge aushandeln !!

WIR RUFEN ALLE BESETZTEN HÄUSER AUF, DESERTEUR/INN/EN AUFZUNEHMEN.
beteiligt euch an aktionen gegen den golfkrieg und überlegt euch selber welche !

DISKUTIERT DIESEN VORSCHLAG !

Presseerklärung

Hinter der Räumungspolitik des Senats steckt mehr, als die HausbesetzerInnen loswerden zu wollen:

Berlin soll zur deutschen Hauptstadt ausgebaut werden; einem Ort der Representation und des großen Geldes; 2000 soll die Olympiade nach Berlin kommen.

Dies alles bedeutet:
- enorme städtebauliche und soziale Umstrukturierung
- spekulativ hochgeschraubte Mieten, die für die meisten nicht mehr aufzubringen sind (so wurden schon 1990 20.000 MieterInnen in Westberlin aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt)
- einen Beschluß des Regionalausschuß, in Berlin zwei Autobahnringe zu bauen. Die Autobahnringe durchschneiden gewachsene ArbeiterInnen Stadtteile wie Kreuzberg, Friedrichshain und Prenzlauer Berg - ca. 80.000 Menschen müssen um ihre Wohnungen bangen!

Um ihre Pläne gegen die Menschen durchzusetzen zu können, wollen der Senat und die Konzerne Ruhe haben - und nicht nur hier!

1992 werden die meisten innereuropäischen Grenzen fallen. Mit der Angleichung der Wirtschaftsstrukturen und Gesetzgebungen wird die Grundlage für den Aufbau einer 3. Weltmacht geschaffen. Diese 'grenzenlose' Freiheit bedeutet allerdings gleichzeitig z.B. die Ausgrenzung von Minderheiten, die Isolation von politisch Gefangenen(u.a. in Spanien) sowie die Ausweitung der bundesdeutschen Datenerfassung auf alle EG-Staaten. Im Rahmen der TREVI-Vereinbarungen zur Aufstandsbekämpfung soll die Europäisierung von politischen Bewegungen, die sich gegen diese Großmacht- und Ausgrenzungsinteressen wehren, verhindert werden. Die Schaffung von Freiräumen, eine Voraussetzung für den Aufbau von Gegenstrukturen, wird so Schritt für Schritt unmöglich gemacht, wie die Kriminalisierung und Räumung des WNC in Groningen, der Mainzer Straße und die Entwicklung in der Hafenstraße zeigen.

In der zukünftigen Hauptstadt soll dieses Ziel mit der altbewährten 'BERLINER LINIE' durchgesetzt werden. Nach Berliner Linie kann nur geräumt werden, wenn für das jeweilige Haus ein vollständiges Sanierungskonzept vorliegt. Das Konstrukt 'Berliner Linie' wurde vom Senat eindeutig mehrmals durchbrochen und führt sich damit selbst ad absurdum.
Sowohl die Räumung in der Pfarrstraße als auch die Räumung der Jadamowitzstraße erfolgten NICHT nach den Kriterien der Berliner Linie. Auch in der Kadiner Straße gibt es noch kein fertiges Sanierungskonzept, wie man aus den Aussagen des GSW Geschäftsführers Hajo Davignau im Interview mit der BZ (Ost) am 4.1.1991 schließen kann. Dort heißt es: " Das Hinterhaus der Kadiner Straße 15 wird zunächst gesichert - mit Bezirk und Magistrat müssen wir nach einer Lösung suchen."

Auch die mehrfach in der Presse geäußerte Feststellung, durch die Besetzung seien die Sanierungsarbeiten in der Rigaer Straße unterbrochen worden, ist unwahr. So war u.a. in der BZ (ost) zu lesen: "In der Rigaer Straße führen wir die Sanierungsarbeiten, die vor der Besetzung begonnen hatten, weiter fort." Wir wissen aber nach Aussagen von AnwohnerInnen, daß die Sanierungsarbeiten schon vor ca. 2 Jahren eingestellt worden sind.

Zu dem Vorwurf der 'Jungen Welt' " Mieter aus der Proskauer protestierten mehrfach gegen die Besetzung, da sie nicht mehr an Abstell- und Kellerräume im besetzten Seitenflügel des Hauses Nr. 4 gelangen konnten" ist zu sagen, daß während der Besetzung der Zugang möglich war. Erst durch die polizeilichen Bau- und Sicherungsmaßnahmen NACH der Räumung wurde den MieterInnen jegliche Zugang unmöglich gemacht.

Zum Thema Instandbesetzung list man in der BZ (ost): " Der zweite Hinterhof der Kadiner Straße bot - übersät mit Schutt und Dreck - ein düsteres Bild. Mit Instandbesetzung hat das alles nichts zu tun." Das stimmt so nicht: **Der Dreck war schon vor uns da!!!**
Dazu meinte auch Polizeioberrat Detlef Scheibner in der Berliner Zeitung: " Das einzige, was die Besetzer getan haben: Mauern durchbrochen und Zugangserschwernisse gebaut. Verbarrikadierte Eingänge und Falltüren, das waren die einzigen Baumaßnahmen." Diese Aussage ist so nicht haltbar: Wir, die BesetzerInnen, brachten die Häuser durch viel Eigeninitiative und ohne Bereitstellung von geforderten Winterfestmachungsmitteln in einen bewohnbaren Zustand und bewahrten sie so vor dem weitern Verfall.

Erst nachdem wir die Eingänge gegen Faschoüberfälle gesichert hatten, konnten wir mit dem Legen von Stromleitungen, dem Anschluß von Öfen und Wasserleitungen beginnen.
Aber wer steckt, unter permanentem Räumungsdruck stehend und ohne Vertrag, mehr Geld und Arbeit in ein Haus als notwendig???

Ganz im Gegensatz dazu beschränkte sich die angebliche 'Rekonstruktion' von seiten der WBG bisher auf pure Zerstörung von Wohnraum: So wurden zum Beispiel in der Proskauer Straße nach der Räumung die Öfen zerstört, in der Kadiner Straße wurden die Sanitäranlagen zerschlagen, die Gas- und Wasser- sowie neugelegte Stromleitungen herausgerissen.

Die auch diesmal wieder oft zitierte Nichtverhandlungsbereitschaft der BesetzerInnen ist eine Lüge!
Im Rahmen einer Berlinweiten Lösung über das Vertragsgremium (VG) waren Voraussetzungen gegeben gewesen. Senat und Magistrat gingen auf die Vorbedingungen eines Nichträumungsmoratoriums und Rückgabe der geräumten Häuser , sowie auf akzeptable Vorverträge für ALLE besetzten Häuser **nicht** ein. Wir warten immer noch auf die Antwort von Momper und Diepgen zu unserem offenen Brief vom 17.12.1990.
Selbst Häuser, die bereit sind, zu so unmöglichen Bedingungen zu verhandeln, sind vor einer Räumung **nicht** geschützt (laut Pressekonferenz der Polizei sollen 2/3 der Häuser abgeräumt und nur 1/3 Verträge bekommen). Solange es keine politische Lösung gibt, sind Einzelverhandlungsangebote der WBG ein Teil der Hinhalete- und Spaltungstaktik.

Das Angebot Mendiburus, Wohnungen für obdachlose BesetzerInnen bereit zu stellen, ist eine Pharce. Würden wir auf dieses Angebot eingehen, wäre es sehr wohl ein 'Vorbeimogeln' an der Warteschlange der Wohnungssuchenden. Weiterhin können wir darauf nicht eingehen, weil durch verteilte Einzelwohnungen die Herstellung von selbstverwalteten Lebensräumen unmöglich gemacht wäre. Er könne uns auch keine Ersatzhäuser anbieten, so Mendiburu, obwohl 40 Häuser in Friedrichshain allein noch leerstehen. Im übrigen hat sich dieses Angebot nach unseren Recherchen als gegenstandslos erwiesen.

Es ist ein Hohn von 'friedlichen' Räumungen zu sprechen, wenn dieser Gewaltakt mit einem Schlag, Lebensräume vieler Menschen zerstört. Die Gewalt machte auch nicht vor 'legalen' Mietern halt. In der Kadiner Straße 15 brach die Staatsgewalt (Polizei) bei 2 legal wohnenden Menschen die Türen trotz mehrmahligem Protests auf, und setzte die Mieter auf die Straße.

Wir sehen uns als selbstbestimmt handelnde Menschen und lassen uns nicht verwalten, aus unseren Wohnungen treiben und zu Arbeiten unter erniedrigenden Bedingungen zwingen. Solche Menschen gefährden damit die Macht derjenigen, denen Profit über alles geht.

Deshalb will der Staat das HausbesetzerInnen-Problem mit Gewalt beseitigen - doch sie werden damit nicht durchkommen!!

Sie können uns vielleicht räumen, vertreiben und einsperren, aber sie können uns nicht entmutigen, können unseren Willen nicht brechen, dafür zu kämpfen, daß alle Zustände ein Ende haben, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist !!!!!
Deshalb forder wir:

1. die Rückgabe der geräumten Häuser:
   13 Häuser in der Mainzer Straße, Pfarrstraße, Cotheniusstraße, Lübbener Straße, Proskauer Straße 4, Rigaer Straße 101 und Kadiner Straße 15 sowie KEINE WEITEREN RÄUMUNGEN!!!
2. die Rücknahme der mit den Räumungen entstandenen Strafanträge
3. eine politische Lösung für alle Besetzten Häuser
4. langfristige Verträge für alle Besetzten Häuser
5. die Bestrafung der politisch Verantwortlichen
6. und, daß die Hafenstraße bleibt!!!!!

Die 3 am 3.1.1991 geräumten

Häuser

MARCHSTRAßE RÄUMEN?

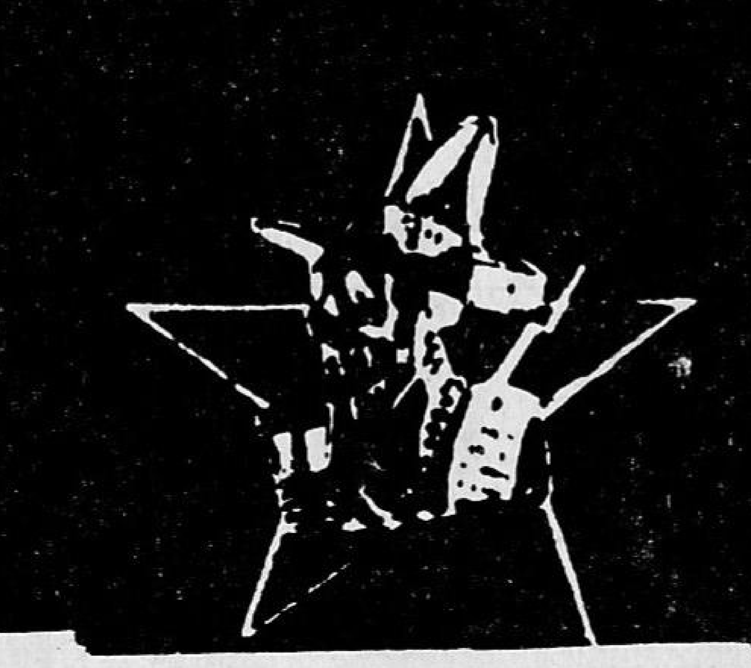
DEMO FR 25.1. 17°°

U HOHENZOLLERNPLATZ

Auf der TREVI-Konferenz beschlossen die EG Innenminister ua, bis '92 alle besetzten Häuser Europas zu räumen. Im letzten Jahr sind sie ihrem Ziel näher gekommen, sie räumten ua: C.S. Leoncavallo/Mailand, das WNC/Groningen, zwei Häuser in Christiania/Kopenhagen, die Weißhausstr/Köln, den Bahnhof/Duisburg die Lama, Hamburg...
In Berlin wurde nicht nur die Mainzerstr, sondern insgesamt über 50 Häuser geräumt.
Besetzte Häuser stellen für die Regierenden ein Unruhepotential dar; dort treffen sich Menschen wie wir, die die Schnauze voll davon haben, alleine zu leben, die überhaupt keine Wohnung haben oder die sich nicht durch hohe Mieten ausbeuten lassen wollen. Uns stinkt es, für die Profite von Spekulanten immer mehr arbeiten zu müssen. Das Zusammenleben in großen Gruppen ermöglicht uns gemeinsam unseren Alltag zu organisieren und uns gegen die alltäglichen Schweinereien von Hausbesitzern, auf Ämtern usw zur Wehr zu setzen. Wir wollen den TREVI-Bonzen einen Strich durch die Rechnung machen und lassen uns aus unseren Lebensräumen nicht wehrlos vertreiben.
SOLIDARITÄT MIT ALLEN BESETZTEN HÄUSERN!
HÄNDE WEG VOM HAFEN!

Die March soll geräumt werden-was ist die March? Erstmal stehen hier die letzten besetzten Häuser im Westteil der Stadt, in denen wir seit fast zwei Jahren zusammen leben. Die drei Häuser, das Gelände für die Wagenburg und unser Hüttendorf haben wir der Spekulationsfirma Henning, von Harlessem & Co GmbH mit Sitz in der Fasanenstr.73 abgenommen. Die wollen hier ein Großcomputerzentrum bauen, das nicht nur überflüssig ist, sondern auch noch von Rüstungsmultis genutzt werden soll. Seit zwei Jahren lehnen wir Verhandlungen über Selbsthife ab, weil wir Wohnen für ein Recht halten, das wir uns nich durch Sklavenarbeit erkaufen wollen. Wir fordern stattdessen die Beseitigung der Baumängel auf Kosten der Spekulanten und die Übergabe der Häuser an die BewohnerInnen.
Die besetzten Häuser im Osten wurden gespalten, die allermeisten wurden zur Unterzeichnung von Einzelmietverträgen und Sklavenarbeit gezwungen. Nach über 50 Räumungen unter RotGrün herrscht im Westen Grabesstille im Häuserkampf. Trotz Obdachlosigkeit, Mietenterror und Leerstand gibt es kein offen besetztes Haus mehr, nachdem die Lübbi kurz vor Weihnachten ohne große Gegenwehr geräumt wurde. Jetzt sollen wir dran glauben! Schon zweimal haben die Bullen erfolglos versucht, uns rauszuschmeißen. Dank unserer UnterstützerInnen sind wir immer noch drin, zwischenzeitlich sogar mit Duldung der Spekulanten.
Letzten Dienstag(15.1.)haben wir erfahren, daß die HvH GmbH Strafantrag gegen uns gestellt hat. Spätestens nach der Senatsneubildung werden sie versuchen, ihren Profit abzukassieren un mit dem Projekt. Marchstraße endgültig Schluß zu machen. Auf dem Gelände wird dann der Großcomputer gebaut.
Dagegen werden wir uns wehren! Die March muß durchgesetzt werden: Als selbstbestimmter Lebensraum. Als Teil unserer Strukturen. Als Terrornest in Kudammnähe! Wir werden unsere Häuser verteidigen. Wir lassen uns nicht widerstandslos auf die Straße setzen, weder im Winter noch sonstwann!

V.i.S.d.P. W. Witz, Schwarzkittelweg 1/28





Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepfickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

OST-TIMOR: 15 JAHRE WIDERSTAND DES VOLKES GEGEN DIE BLUTIGE BESETZUNG DURCH INDONESIEN

2.Teil: Aus der Perspektive des Widerstands

Wenn wir den Kampf für die nationale Befreiung Ost-Timors nach Etappen analysieren, könnte eine erste Etappe für den Zeitraum von Dezember '75 bis März '79 konstatiert werden, in der die FRETILIN den größten Teil des Territoriums kontrollierte, während die indonesi-chen Truppen nur einige Städte besetzt halten konnten, v.a. in der Küsten- und Grenzregion zu West-Timor. In dieser Phase war der bewaffnete Widerstand gegen die Invasoren allgemein, ca.80 % der Bevölkerung flüchtete in die von der FRETILIN kontrollierten Gebiete und die timoresischen Truppen führten einen durch Guerillaaktionen ergänzten Stellungskrieg.

Diese Etappe kann in zwei Abschnitte geteilt werden. Während des ersten, der bis zum September 1977 dauert, konnte die FRETILIN alle Versuche der Indonesier, vorzudringen, zurückschlagen. Im zweiten, von da an bis zum März '79, erlaubte der ständige Fluß nordamerikanischer Unterstützung den indonesischen Truppen ein Wiedererstarken der Kriegskapazitäten und die Durchführung dreier langer Kampagnen zur "Annäherung und Vernichtung" im September '77 und im Mai und September '78

Diese Kampagnen bestanden aus massiven Bombardements vom Boden und vom Meer aus und aus der Luft, dem Gebrauch chemischer Waffen zur Zerstörung des produktiven Bodens, der Zerstörung von Dörfern, sollten eine möglichst große Zahl an Todesopfern verursachen und so den Widerstand schwächen. Die Schwierigkeiten, einerseits die noch nicht besetzten Gebiete weiterhin zu verteidigen und andererseits die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zu decken, das absolute Fehlen jeder ausländischen Unterstützung und auch einige Fehler der FRETILIN-Führung ermöglichten die allmähliche Besetzung des ganzen Landes durch die indonesischen Truppen und die Eliminierung eines Großteils der Führung der Bewegung.

Nicolau Lobato, der Präsident von FRETILIN und der Demokratischen Republik Ost-Timor, starb am 31.Dezember 1978 im Kampf.

Die Zivilbevölkerung, von drei Jahren Krieg erschöpft, unterernährt, krank, mußte sich zu Tausenden ergeben. Noch einmal wiederholten sich die Szenen von 1975, die Rückschläge waren immer von Massakern und unmenschlichen Grausamkeiten begleitet: Tausenden von TimorianerInnen wurden Arme und Beine abgehackt, die Zunge abgeschnitten, die Finger, die Genitalien, anderen wurde der Magen geöffnet oder sie wurden lebendig verbrannt, viele Frauen wurden vergewaltigt und sadistisch zu Tode gefoltert.

Die zweite Etappe, die von Anfang 1979 bis heute andauert, ähnelt mehr einem klassischen antinationalen Befreiungskampf, wie ihn viele afrikanische und asiatische Länder von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren erlebten. 1980 schafften es die versprengten Guerillatruppen wieder, untereinander Kontakt aufzunehmen. 1981 wurde die FRETILIN reorganisiert. Eine neue Führung namens "Revolutionsrat des Nationalen Widerstands" wurde aufgebaut, die einen breiten Aufruf zur nationalen Einheit verabschiedete. Zum Vorsitzenden des Revolutionsrats wurde Xanana Gusmao, einer der wenigen Überlebenden aus dem früheren FRETILIN-Zentralkomitée gewählt.

Während der Jahre 1982/83 konsolidierte sich der Widdrstand, indem er sich vor allem im Landesinnern und im Osten Ost-Timors festsetzte und Gebiete zur logistischen Unterstützung der Guerilla aufbaute. Der bewaffnete Kampf geht bis heute in Form von Guerillaaktionen weiter, jetzt wieder in ganz Ost-Timor, und operiert von stabilen Basislagern aus. Dies wurde wieder möglich durch die Zusammenarbeit der FRETILIN mit dem sich ausweitenden klandestinen Unterstützungsnetz der Bevölkerung. Ihre Existenz ist in der timoresischen Gesellschaft allgegenwärtig, auch und vor allem in StudentInnenkreisen, und auch Teile der von Indonesien eingesetzten Truppen und der Ziviladministration sind von ihr infiltriert. Andererseits sind alle von Indonesien durchgefürten Militärkampagnen und die brutale Repression gegen die Bevölkerung mit ihrem Ziel gescheitert, mit dem Widerstand Schluß zu machen.

Seit 1975 hat die FRETILIN eine Auslandsvertretung aus einigen Ministern der Demokratischen Republik Ost-Timor und MitgliederInnen (?) der Bewegung, die die Insel kurz nach der Invasion verlassen haben. Ihre Arbeit erstreckt sich von der Werbung für internationale Solidarität mit dem Kampf des Maubere-Volkes über die Weiterleitung von Unterstützungsgeldern bis zur Organisation der TimorianerInnen, die im Ausland leben. Von Anfang an hat diese FRETILIN-Delegation ähnliche Entwicklungen durchgemacht wie diejenigen im Inneren des Landes.

Seit 1975 hat die Guerilla in Timor weder Waffen noch Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Die indonesische Blockade ist total und der einzige Versuch, die Insel von außen zu erreichen, wurde 1976 von den australischen Behörden verhindert, die das Schiff mitsamt seiner Ladung, Medikamenten, beschlagnahmte.

Deshalb mußte die FRETILIN die vorhandenen Möglichkeiten stets durch Erfindungsgabe und Improvisation erweitern. Ein einzigartiges Beispiel dafür ist die Geschichte der "Mau Bulac", eines "Kriegsschiffes", das die FRETILIN während des kurzen Bürgerkriegs gegen die UDT 1975 einsetzte. Anfang September lag im Hafen von Dili eine 7 Meter lange Barkasse der Hafenverwaltung. Mit Seilen wurde darauf eine 75-mm-Kanone befestigt und so ein Kriegsschiff improvisiert.

Damit wurden dann die UDT-Kräfte in Tacitolo angegriffen. Das Boot näherte sich dem Strand und überraschte die dort verschanzten mit einer Kanonade vom Meer aus, worauf diese sich, beeindruckt von der "Marine", nach Liquica zurückzogen. Die FRETILIN rückte an der Küste vor und eroberte, immer mit Unterstützung des Kanonenbootes, Liquica, dann Maubara und schließlich Badugadé an der indonesischen Grenze, womit der Bürgerkrieg zu Ende war.

Ende 1982 erreichten die Aufrufe des Revolutionsrates, daß ein neuer Weg eingeschlagen wurde mit dem Ziel, den Volkswiderstand in einen wirklichen Nationalen Widerstand zu transformieren. Als Resultat dieser Bemühungen wurde die Nationale Konvergenz 1986 gebildet, in der die FRETILIN und die im Exil wiederaufgebaute UDT integriert sind.

Als Konsequenz der gemachten Erfahrungen schuf sich der timoresische Widerstand im August '89 neue Strukturen. Der Revolutionsrat verschwand, und der Nationalrat des Maubere-Widerstands wurde gebildet, der aus



El movimiento de resistencia ha acumulado fuerzas y diversificado formas de actuación en ya casi dieciseis años de lucha.

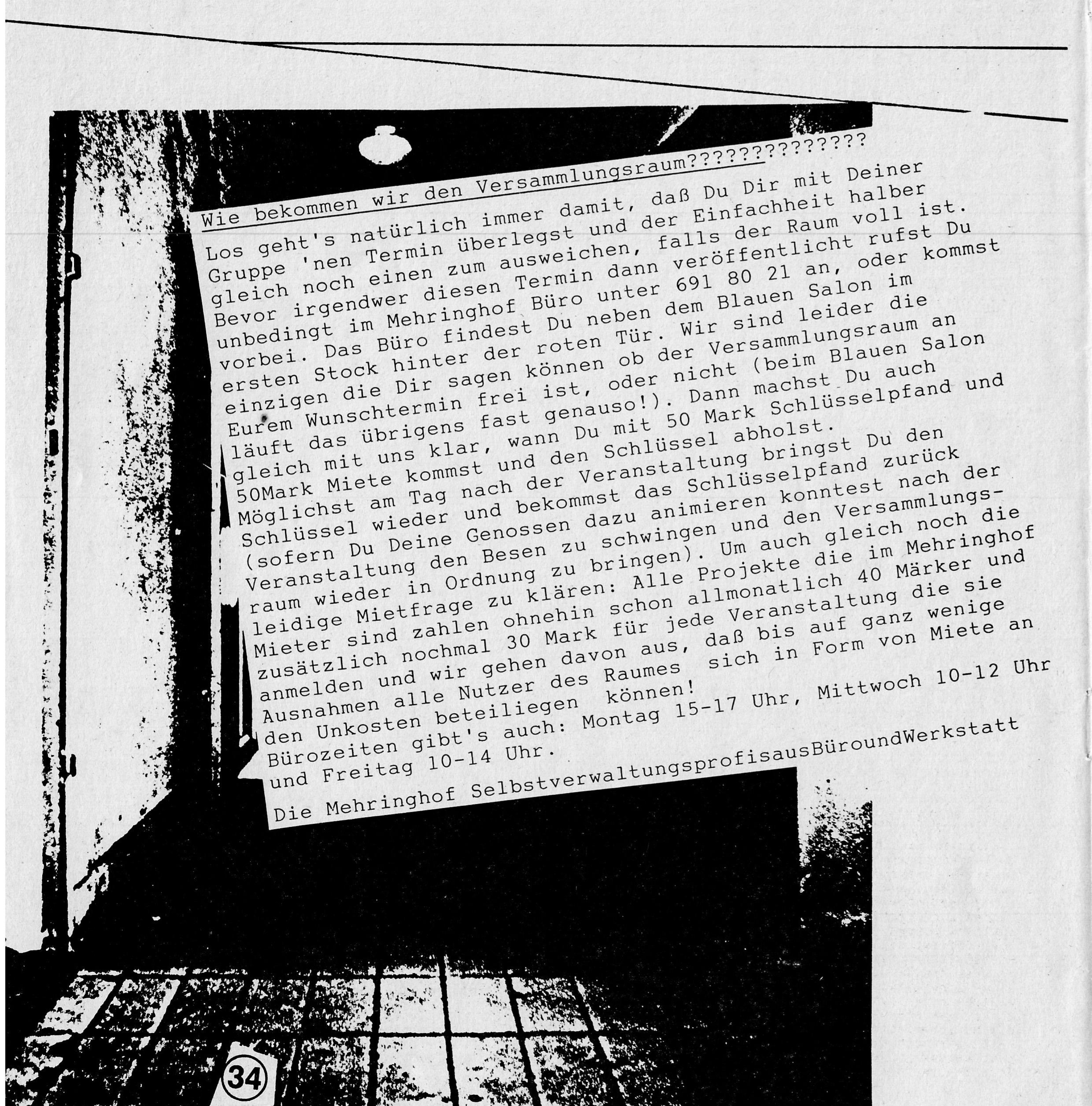
zwei Organen besteht: Die innere Front wird durch die Bewaffneten Kräfte zur Nationalen Befreiung Ost-Timors (FALINTIL) unter dem Kommando von Xanana Gusmao gebildet. Sie bestehen aus etwa 1500 Guerillas und einigen Tausend UnterstützerInnen. Die äußere Front besteht aus der FRETELIN-Auslandsdelegation unter der Leitung von Abilio Araujo und aus der von Paulo Pires repräsentierten UDT in der Politischen Kommission.

Mit dieser Reorganisation wurde die Einbindung aller nationalen Sektoren in eine anwachsende politische Einheit erreicht, was sich an allen Fronten des Kampfes positiv auswirkte und eine einheitliche Vertretung des Maubere-Volkes ermöglichte.

Die Nachrichten, die uns in letzter Zeit vom Innern der Insel erreichen, signalisieren eine ständige Aktivität der FALINTIL. Im ersten Halbjahr 1990 gab es etwa 30 Guerillaaktionen, die den indonesischen Truppen über 100 Tote beibrachten und am 4.1. 1990 wurden in der Region Baucau zwei Hubschrauber abgeschossen. Die Angriffe fanden sowohl im Landesinnern wie auch im Osten statt, wo die Guerilla traditionell stark verankert ist, wie auch im Westen, wo am 5.April sogar die Stadt Maubara für vier Stunden besetzt wurde.

Die Nachrichten über zivilen Widerstand häufen sich. Der Besuch des Papstes am 12.10.89 ermöglichte die erste friedliche Demonstration gegen die indonesische Besetzung, für Unabhängigkeit und für die FRETILIN seit 1975. Diese Tatsache ist ein Indikator für die Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes durch die jüngeren Generationen, diese Kontinuität zeigte sich auch bei späteren Gelegenheiten.

All diese Mobilisierungen wurden durch die indonesischen Okkupationstruppen wieder barbarisch beantwortet, die seit Oktober 1989 mehrere Hundert Personen verhafteten.



Wie bekommen wir den Versammlungsraum???????????????????

Los geht's natürlich immer damit, daß Du Dir mit Deiner Gruppe 'nen Termin überlegst und der Einfachheit halber gleich noch einen zum ausweichen, falls der Raum voll ist. Bevor irgendwer diesen Termin dann veröffentlicht rufst Du unbedingt im Mehringhof Büro unter 691 80 21 an, oder kommst vorbei. Das Büro findest Du neben dem Blauen Salon im ersten Stock hinter der roten Tür. Wir sind leider die einzigen die Dir sagen können ob der Versammlungsraum an Eurem Wunschtermin frei ist, oder nicht (beim Blauen Salon läuft das übrigens fast genauso!). Dann machst Du auch gleich mit uns klar, wann Du mit 50 Mark Schlüsselpfand und 50Mark Miete kommst und den Schlüssel abholst. Möglichst am Tag nach der Veranstaltung bringst Du den Schlüssel wieder und bekommst das Schlüsselpfand zurück (sofern Du Deine Genossen dazu animieren konntest nach der Veranstaltung den Besen zu schwingen und den Versammlungsraum wieder in Ordnung zu bringen). Um auch gleich noch die leidige Mietfrage zu klären: Alle Projekte die im Mehringhof Mieter sind zahlen ohnehin schon allmonatlich 40 Märker und zusätzlich nochmal 30 Mark für jede Veranstaltung die sie anmelden und wir gehen davon aus, daß bis auf ganz wenige Ausnahmen alle Nutzer des Raumes sich in Form von Miete an den Unkosten beteiliegen können!
Bürozeiten gibt's auch: Montag 15-17 Uhr, Mittwoch 10-12 Uhr und Freitag 10-14 Uhr.

Die Mehringhof SelbstverwaltungsprofisausBüroundWerkstatt

(SCHWARZ-) ROTE KAPELLE

Als Informatons- Aktionszentrum ist die Nazarethkirche am Leopoldplatz (im Wedding) zur "ROTEN KAPELLE" umfunktioniert worden. dort finden regelmäßig Veranstaltungen zum Golfkrieg statt.
Durchbrechen wir die Nachrichtensperre! Kommt vorbei schlaft dort, wenn ihr mit eure Angst, eure Wut und Traurigkeit nicht alleine sein wollt.
Meldet uns Aktionen und Termine.
NUR GEMEINSAM WERDEN WIR ES SCHAFFEN!

TERMiNE

DO. 24.1.:

21.oo Video"Gaza Ghetto"
über palästinensische Familien
im Infoladen DANEBEN, Rigaerstr. 84

22.3o FRUCHTFLEISCH-das Stück, von Boguth, Hentschel, Rossi
im SO 36

22.00 ♀- Fete im OPERATION MIND FUCK in der Wissmannstr. 2o, 1/44, U Herrmannplat

FR. 25.1.:

17.oo Marchstraßen- Demo

19.oo Diskussions- und Informationsveranstaltung mit irakischen Opositionellen
in der ROTEN KAPELLE,Nazarethkirche am Leopoldplatz

21.oo ♀♀♀- Fete im Drugstore -Prozesskostenfete für die Mainzer

20.oo Veranstaltung mit Menschen aus dem Hafen
im X-BELIEBIG

DAUERDATE: Mo 16.00 Infocafe Vamos, Marchstraße

SA. 26.1.:

19.oo Feministische Widerstandsformen
anhand verschiedener Beispiele der 80er
im El Locco

17.oo Ein Volk, ein Reich, ein Zar
Russischer Nationalismus auf dem Vormarsch
Aktuelle Info- Veranstaltung über die nationalistischen und rassistischen Strömungen in der UDSSR
im El Locco

20.oo Info- Veranstaltung und Film, mit Menschen aus dem Hafen
im Versammlungsraum

21.oo Video "BRAZIL"
im INfoladen Daneben, Rigaerstraße 84

22.oo Hafen- Soli- Fete mit Haifischbar, Essen, Musika, Narkotika...
in der SFE

den ganzen Tach: Überregionale Akton gegen den Golfkrieg
in Bremerhafen

SO. 27.1.:

17.oo Dokumente des Häuserkampfes
Eine Tondiakollage über die Instandbesetzungen und den Häuserkampf Anfang der 80er in Berlin
im El Locco

DI.29.1.:

19.oo Film " MUTTER Courage und ihre Kinder"
im El Locco

21.oo Video "Leo Ferre, Musiker und Anarchist"
im El LOcco

MI.30.1.:

18.oo DEMO- Keinen Fußbreit den Faschisten
Treff: Potsdamm, Stadtbahnhof

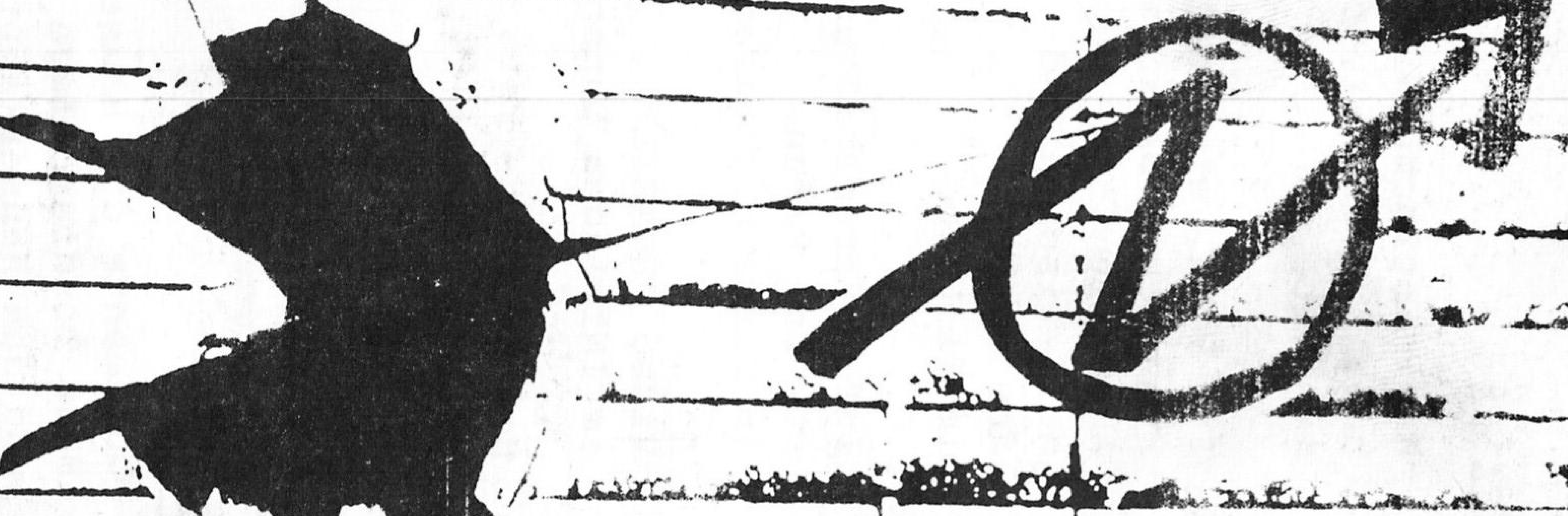
21.oo Öffentliche Session mit diversen Musikern
im SO 36

PRESSEBÜRO DER HAUSBESETZERINNEN IM HAUS DER DEMOKRATIE

ES BEFINDET SICH IM RAUM 2o1 IM HAUS DER DEMOKRATIE IN DER FRIEDRICH-STRAßE 165.
DAS BÜRO IST MO - FR. VON 13 UHR BIS 17 UHRGEÖFFNET UND SOLL DER KOORDINIERUNG VON INFOS, AKTIONEN ETC.DER HAUSBESETZERINNEN DIENEN!

DEMO GEGEN RÄUMUNG

MARCHSTR



EINSTEINUFER

Bleibt!

FR 25.1.91 17°°

U HOHENZOLLERN PLATZ